

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1980

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer 1979

- 225 Der fortschreitende Ausbau der Beschäftigten- und Entgeltstatistik ermöglicht jetzt eine tief gegliederte Darstellung der Sozialversicherungspflichtigen nach Alter und Wirtschaftsbereich.
-

Personalwechsel im öffentlichen Dienst 1978/79

- 231 Die Daten aus der Personalwechselstatistik geben Auskunft über Umfang und Struktur der Personalfluktuations im öffentlichen Dienst.
-

Schülerverkehr 1970 bis 1979

- 234 Im letzten Jahrzehnt hat der Schülerverkehr innerhalb des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs zunehmend an Bedeutung gewonnen. Im Jahre 1979 benutzten 156 Mill. Schüler die öffentlichen Verkehrsmittel.
-

Großhandel 1979

- 240 Der Großhandel übt eine wichtige Funktion im Rahmen der gewerbsmäßigen Vermittlung zwischen Herstellern und Verbrauchern von Gütern aus. Die Konkurrenz der Verbrauchermärkte führte in diesem Bereich zu verstärkter Konzentration.
-

Schwangerschaftsabbrüche 1979

- 242 Die neuen rechtlichen Bestimmungen über einen Schwangerschaftsabbruch sind jetzt vier Jahre in Kraft. Es wird ein Überblick über die Entwicklung von 1977 bis 1979 gegeben.
-

Landwirtschaftlicher Grundstücksmarkt 1977 bis 1979

- 246 Die Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke vermittelt einen Überblick über den landwirtschaftlichen Grundstücksmarkt. Sie gibt die Zahlenbasis für agrarpolitische Entscheidungen, für die Veräußerung und für die Verwaltung landwirtschaftlicher Grundstücke.
-

Steuerstatistiken in neuer wirtschaftssystematischer Gliederung

- 249 Die 1961 herausgegebene Systematik der Wirtschaftszweige ist einer grundlegenden Revision unterzogen worden.
-

Anhang

- 73* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
79* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Kreisübersichten 1980

Teil I und II: Zusammenstellung der wichtigsten bei Redaktionsschluß vorliegenden Kreisergebnisse aus allen Gebieten der amtlichen Statistik.

80% der unter 20jährigen Angestellten sind Frauen

In Rheinland-Pfalz waren Ende Juni 1979 rund 1 077 000 sozialversicherungspflichtige Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Etwa 11% sind unter 20 Jahre, nicht ganz 2% 60 bis 65 Jahre alt. Etwa 37% aller Beschäftigten sind Frauen. Ihr Anteil beläuft sich bei den unter 20jährigen auf über 44%, bei den 20- bis 25jährigen sogar auf fast die Hälfte aller Arbeitnehmer. In den höheren Altersgruppen geht der Anteil der weiblichen Beschäftigten stetig zurück, da in diesen Lebensabschnitt das durch die Kindererziehung bedingte Ausscheiden aus dem Berufsleben fällt.

Rund 58% aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer sind Arbeiter. Wegen der allgemein längeren Ausbildung der Angestellten machen die Arbeiter sogar zwei Drittel der unter 20jährigen Arbeitnehmer aus. Bereits in der folgenden Altersgruppe sind die Arbeiter mit 54% unterdurchschnittlich vertreten und erreichen erst bei den 40- bis 55jährigen wieder Anteile über dem Durchschnitt.

Der Anteil der Frauen differiert bei den Arbeitern in den Altersgruppen bis 55 Jahre nur zwischen 22 und 27%, erst im Alter zwischen 55 und 60 Jahren steigt der Anteil der weiblichen Beschäftigten auf etwa ein Drittel. Im Gegensatz dazu weisen die Anteile der Frauen bei den Angestellten deutlichere Unterschiede auf. Während von der Gesamtheit der Angestellten über die Hälfte (53%) Frauen sind, beläuft sich ihr Anteil bei den unter 20jährigen auf rund 80%. Auch bei den 20 bis 25 Jahre alten Angestellten sind noch drei von vier, bei den 25- bis 30jährigen drei von fünf weibliche Arbeitnehmer. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 225

Über 2 Millionen Besucher nutzten Angebot der Weiterbildungseinrichtungen

Im Jahre 1979 haben die sechs staatlich anerkannten Weiterbildungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz 68 000 Veranstaltungen durchgeführt, das sind 7 000 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Unterrichtsstunden stieg um 13,3% auf über 905 000. Von den angebotenen Veranstaltungen nahmen Themen aus dem Bereich der Erziehungs- und Geisteswissenschaften mit 273 000 Unterrichtsstunden (30%) den größten Raum ein, gefolgt von Veranstaltungen über Gesundheits- und Körperpflege, Haushaltsführung und Gymnastik mit 155 000 Unterrichtsstunden (17%) sowie Sozialwissenschaften und Sprachen mit jeweils 129 000 Unterrichtsstunden (14%).

Insgesamt wurde das Angebot der Weiterbildungseinrichtungen von über 2 Millionen Interessenten genutzt, wobei die Einzelveranstaltungen mit 1 370 000 Teilnehmern den stärksten Besuch verzeichneten. Die Gesamteinnahmen betrugen über 53 Mill. DM. Die Teilnehmergebühren stellten hier mit 18,3 Mill. DM (34,5%) den größten Einzelposten. we

Fast 20% Personalwechsel beim Land und den Kommunen

Von Anfang Juli 1978 bis Ende Juni 1979 fand bei den Dienststellen des Landes, den Gemeinden mit 3 000 und mehr Einwohnern sowie den Gemeindeverbänden in 25 240 Fällen ein Personalwechsel statt: 13 623 Personen wurden eingestellt, 11 617 schieden aus. Bezogen auf die Vollbeschäftigten wurden 9% aller Stellen durch Personalabgänge frei, während 10,6% durch Zugänge wieder besetzt oder neu geschaffen wurden. Die Gesamtfuktuationsrate belief sich also auf 19,6%. Sie wurde von den weiblichen Bediensteten mit 27,4% deutlich übertroffen. In der Unterscheidung nach Dienstverhältnissen zeigt sich die relativ größte Fluktuation bei den Angestellten, deren Quote bei 26,2% (Land) bzw. 24,1% (Kommunen) lag.

Von den 7 650 Personalabgängen des Landes entfielen 6 772 oder 88,5% auf Abgänge vor Erreichen der Altersgrenze. 878 Beschäftigte oder 11,5% schieden nach Erreichen der Altersgrenze aus, darunter jeder Fünfte nach dem 65. Lebensjahr und jeder Zweite unter Inanspruchnahme der vorgezogenen Altersgrenze. Bei den Gemeinden (Gv.) zeigten sich in etwa die gleichen Relationen. 3 510 Bedienstete schieden vor, 457 nach Erreichen der Altersgrenze aus dem Dienst aus. Die Möglichkeit der flexiblen Altersgrenze nahmen hier sogar 57,8% in Anspruch. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 231

97% aller legalen Schwangerschaftsabbrüche ohne Komplikationen

Für das Jahr 1979 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 1 232 legale Schwangerschaftsabbrüche gemeldet. Das bedeutet, daß jeweils 28 Lebendgeburten ein Schwangerschaftsabbruch gegenüberstand. Die meisten Eingriffe, nämlich sechs von zehn, wurden wegen einer sozialen Notlage vorgenommen, namentlich bei jungen sowie bei ledigen und geschiedenen Frauen. Allgemein-medizinische Gründe dagegen, die in 24% der Fälle den Ausschlag gaben, wurden vornehmlich bei älteren und bei verheirateten Frauen anerkannt. Am häufigsten waren Schwangerschaftsabbrüche in der Altersgruppe der 30- bis 35jährigen, obwohl diese die mit Abstand schwächste Altersgruppe unter den Frauen im gebärfähigen Alter ist. Mehr als die Hälfte aller Schwangerschaftsabbrüche betraf verheiratete, über ein Viertel ledige Frauen. Ein Drittel der Frauen, die ihre Schwangerschaft abbrachen, war kinderlos, bei nicht ganz einem Drittel erfolgte der Abbruch bei der ersten Schwangerschaft.

Die gemeldeten legalen Schwangerschaftsabbrüche wurden ausnahmslos in Krankenhäusern vorgenommen. In neun von zehn Fällen erfolgte der Eingriff bis zur zwölften Schwangerschaftswoche. 97% aller Abbrüche verliefen ohne Komplikationen. ku

Mehr über dieses Thema auf Seite 242

Rückläufige Nachfrageentwicklung

Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe von Rheinland-Pfalz haben im August 1980 gegenüber dem Vormonat um 16% abgenommen. Der stärkste Rückgang wurde beim Investitionsgüter produzierenden Gewerbe mit — 26% registriert, beim Grundstoff- und Produktionsgütersektor waren es 12% weniger. Im Verbrauchsgüterbereich ergab sich eine Nachfrageminderung um 2%. Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat ging die Bestelltätigkeit um 6,8% deutlich zurück, insbesondere wenn man noch den Preisanstieg berücksichtigt (+ 6,3%).

Die von Januar bis August 1980 registrierten Auftragseingänge lagen zwar noch um 6,3% über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums, jedoch kann dieser Zuwachs weitgehend nur die zwischenzeitlich eingetretenen Preiserhöhungen ausgleichen. Während im ersten Vierteljahr 1980 die Order-tätigkeit noch um 17% über dem entsprechenden Vorjahresquartal gelegen hatte, kamen im zweiten Vierteljahr um 1,3% weniger Bestellungen herein. In den Monaten Juli und August 1980 konnte dann zwar auf Grund des kräftigen Auftragsschubs im Juli wieder eine leichte Zunahme der Bestelleingänge erzielt werden (+ 1,9%), jedoch verdeutlicht die Gesamtentwicklung auch für Rheinland-Pfalz die im gesamten Bundesgebiet festgestellte Konjunkturabschwächung. fn

Konjunktur weiter abgeschwächt

Im August 1980 konnte die Produktion des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Ferienmonat Juli um 7,9% gesteigert werden, das Ergebnis von August 1979 wurde indessen nicht erreicht (— 3,2%). Dabei erzielte das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe gegenüber dem Vorjahresmonat mit 7,2% die höchste Steigerungsrate. Auch der Investitionsgüter produzierende Bereich (+ 4,5%) und das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe (+ 2,7%) zeigten eine günstige Entwicklung. Im Grundstoff- und Produktionsgütersektor ergab sich dagegen ein Rückgang von 11%. Allein die chemische Industrie produzierte um 23% weniger als im August 1979.

Von Januar bis August 1980 wurde gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum insgesamt eine Produktionszunahme von 3,2% erzielt. Die Zuwachsrate hatte im ersten Vierteljahr 1980 noch bei 10,5% gelegen und sank im zweiten Vierteljahr auf 1,6% ab. Im Juli und August 1980 konnte das Produktionsergebnis der beiden Vorjahresmonate nicht mehr erreicht werden (— 4,8%). Diese Daten signalisieren auch für Rheinland-Pfalz eine Konjunkturabschwächung. fn

Reales Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz 4,6%

Im ersten Halbjahr 1980 ist das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt - gemessen in jeweiligen Preisen - um 8,7% auf 38,3 Mrd. DM gewachsen. Für das Bundesgebiet errechnet sich gleichzeitig ein nominales Wirtschaftswachstum von 8,3%, in den Flächenstaaten von 8,2%. Dies ist das Ergebnis einer ersten von den Statistischen Landesämtern gemeinsam abgestimmten Berechnung.

Real, das heißt unter Ausschaltung der Preisentwicklung, hat das rheinland-pfälzische Sozialprodukt im ersten Halbjahr um 4,6% zugenommen. Dies ist die höchste Zuwachsrate unter allen Flächenstaaten bei einem Bundesdurchschnitt von + 3,7%.

Hauptträger des wirtschaftlichen Wachstums waren wie seit jeher das verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe. Der überdurchschnittlich hohe Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten wirtschaftlichen Leistung des Landes hat in Verbindung mit dem in diesem Wirtschaftsbereich relativ niedrigen Preisanstieg dazu geführt, daß der Preisindex des rheinland-pfälzischen Sozialprodukts im ersten Halbjahr 1980 mit etwa + 4% geringer war als in allen übrigen Ländern des Bundesgebietes. ge

Konkurrenz der Verbrauchermärkte führt zu verstärkter Konzentration im Großhandel

Am 31. März 1979 waren nach ersten Ergebnissen der Handels- und Gaststättenzählung in Rheinland-Pfalz rund 6 500 Großhändler mit 58 000 Beschäftigten und einem Umsatz von insgesamt 19 Mrd. DM im Jahre 1978 tätig. Das sind pro Unternehmen 9 Beschäftigte und 2,9 Mill. DM Umsatz. Damit hat sich die Zahl der Unternehmen gegenüber 1968 um 3,5% verringert, der Umsatz jedoch mehr als verdoppelt. Dieses Wachstum resultierte allerdings zur Hälfte aus Preissteigerungen. Zu dem Konzentrationsprozeß trug vor allem der Nahrungs- und Genußmittelbereich bei, der mit einem Marktanteil von einem Drittel der bedeutendste rheinland-pfälzische Großhandelszweig ist. Die wachsende Konkurrenz der Verbrauchermärkte führte zu einer Verringerung der Unternehmenszahl um 12% auf rund 2 000 bei gleichzeitiger Verdoppelung des Jahresumsatzes (6,1 Mrd. DM). Pro Unternehmen entspricht dies einem Umsatz von 3 Mill. DM gegenüber 1,3 Mill. DM vor elf Jahren.

Im Jahre 1978 erzielte gut ein Drittel der Großhandelsunternehmen mehr als 1 Mill. DM Umsatz und erreichte damit einen Marktanteil von mehr als 90%. Zu Beginn der 60er Jahre lagen die Anteilsätze noch bei 18% (Unternehmen) und 75% (Umsatz). mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 240

Steuereinnahmen der Gemeinden um 23% gestiegen

Die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände sind im ersten Halbjahr 1980 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 10,4% auf 4 190 Mill. DM gestiegen. Die entsprechenden Einnahmen erhöhten sich um 9,3% auf 4 206 Mill. DM. Damit ergab sich ein kassenmäßiger Überschuß von 16 Mill. DM.

Im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des vorangegangenen Jahres erhöhten sich die Personalausgaben um 7,4% auf 837 Mill. DM und die sächlichen Verwaltungsausgaben um 12,7% auf 531 Mill. DM. Die Sachinvestitionen verzeichneten eine Zunahme um rund ein Fünftel auf 973 Mill. DM, darunter die Bauinvestitionen sogar um 28,4% auf 780 Mill. DM. Nach der kommunalen Finanzplanung sollen die Bauausgaben im Jahr 1980 um rund 50% steigen.

Unter den Einnahmen kommt den Steuern die größte Bedeutung zu. Sie erreichten im ersten Halbjahr 1980 netto 1 401 Mill. DM, was einer Zuwachsrate von 23% entspricht. Das Gewerbesteueraufkommen belief sich auf 780 Mill. DM (+ 18,9%). Da gemäß Steueränderungsgesetz 1979 zum Ausgleich für den Wegfall der Lohnsummensteuer ab 1980 die von den Gemeinden abzuführende Gewerbesteuerumlage um ein Drittel gesenkt wurde, verblieben Gewerbesteuer-einnahmen von netto 598 Mill. DM. Das sind 40,1% mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig stiegen die Einnahmen der Gemeinden aus der Einkommensteuer um 26% auf 552 Mill. DM. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist mit Wirkung vom 1. 1. 1980 von 14 auf 15% erhöht worden. he

Gemüse und Obst wurden billiger

Von Mitte August bis Mitte September verteuerten sich in Rheinland-Pfalz die in die Preisbeobachtung einbezogenen Waren und Dienstleistungen etwa in gleichem Maße wie im Vormonat.

Gemüse und Obst wurden im September saisonbedingt meist preiswerter angeboten als im August, so Kopfsalat (— 45%), Zwiebeln (— 18), Äpfel (— 24), Birnen (— 17) und Weintrauben (— 49%). Kartoffeln sind um 8% billiger als im Vormonat, jedoch werden sie im Vergleich zum Vorjahr noch immer um 9% teurer verkauft. Gegenüber August verteuerten sich Blumenkohl (+ 53%), Tomaten (+ 5) und Südfrüchte (bis 8%). Frischer Seefisch kostete bis zu 10% mehr, wogegen tiefgekühltes Fischfilet (— 2,3%) günstiger eingekauft werden konnte. Die steigende Tendenz der Brotpreise setzte sich auch in diesem Monat fort. Brötchen verteuerten sich um 4% und sind nunmehr 8,4% teurer als vor einem Jahr.

Der Preis für Heizöl ermäßigte sich erneut, und zwar um 5,2% auf durchschnittlich 56,12 DM je 100 Liter, und erreichte damit den niedrigsten Stand seit Mai 1979. hr

66 „Lebenslängliche“

Ende März 1980 befanden sich in den Strafvollzugsanstalten des Landes Rheinland-Pfalz 2 478 Strafgefangene, darunter sieben Frauen. 2 281 Personen sind in geschlossenem, 197 in offenem Vollzug untergebracht.

Zu Freiheitsstrafe waren 2 128 Personen verurteilt. Die voraussichtliche Vollzugsdauer betrug bei 906 Einsitzenden (43%) weniger als ein Jahr, bei 45% ein bis fünf Jahre, bei 201 (9%) fünf bis 15 Jahre. 66 Männer waren zu lebenslänglichem Freiheitsentzug verurteilt. 61% der Inhaftierten hatten ein Alter zwischen 21 und 35 Jahren.

504 Personen - darunter 154 aus dem Jugendstrafvollzug gemäß § 92 JGG ausgenommen - verbüßten eine Jugendstrafe. 45 (9%) dieser Einsitzenden waren noch keine 18 Jahre alt; 57% gehörten der Altersgruppe der Heranwachsenden (18 bis 21 Jahre) an.

Eine Vorstrafe hatten 2 001 Inhaftierte, von denen 1 664 bereits zu einer Freiheitsstrafe verurteilt waren. Hierunter befanden sich 748 Gefangene, die schon im ersten oder zweiten Jahr nach Strafverbüßung erneut in eine Strafanstalt eingewiesen werden mußten.

Wegen eines vollendeten oder versuchten Mordes waren 126 Personen verurteilt worden. Diebstahl und Unterschlagung (35%) sowie Raub und Erpressung (12%) gehörten zu den häufigsten Deliktsgruppen. nö

Neue Grundlage für die wirtschaftssystematische Gliederung der Steuerstatistiken

Die vom Statistischen Bundesamt herausgegebene Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, bildet die neue Grundlage für die Einordnung wirtschaftlicher Institutionen nach Wirtschaftszweigen. Sie ersetzt die Wirtschaftszweigsystematik aus dem Jahre 1961, die wegen der vielfältigen Strukturveränderungen in der Wirtschaft den heutigen ökonomischen Anforderungen nicht mehr gerecht wird. Darüber hinaus wird durch die Revision der Systematik der Wirtschaftszweige eine Angleichung an die Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige der Europäischen Gemeinschaften (NACE) angestrebt. Der Revision sind insofern gewisse Grenzen gesetzt worden, als die Vergleichbarkeit mit der bisherigen Gliederung grundsätzlich gewahrt werden mußte, zumal die Systematik der Wirtschaftszweige nicht nur die Grundlage für die branchenmäßige Darstellung in allen Erhebungen der amtlichen Statistik ist, sondern darüber hinaus von vielen Stellen für entsprechende Zwecke übernommen wird. Die Umstellung der Wirtschaftszweig-Nummern auf die neue Systematik wird mit einer generellen Überprüfung der wirtschaftssystematischen Einordnung der steuerpflichtigen wirtschaftlichen Einheiten verbunden. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 249

Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer nach Alter und
Wirtschaftsbereich 1979

Die Fortentwicklung des statistischen Programms und die verbesserte Qualität der Ergebnisse ermöglichen nun eine fachlich tief gegliederte Darstellung der Daten aus der Beschäftigten- und Entgeltstatistik. Obwohl der angestrebte Zeitpunkt der Datenlieferung, etwa sechs Monate nach Stichtag, noch nicht erreicht werden konnte, geben die Zahlen dieser Statistik doch ein verhältnismäßig zeitnahes Bild der Beschäftigungslage von Angestellten und Arbeitern, die der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Ein besonderer Vorteil der vierteljährlichen Datenbereitstellung liegt darin, daß mit diesen Zahlen auch die saisonalen Komponenten, die den Arbeitsmarkt beeinflussen, dargestellt werden können. Als nachteilig für einen Gesamtüberblick über die Erwerbstätigkeit erweist sich die Einschränkung des in der Beschäftigtenstatistik erfaßten Personenkreises, da Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte sowie Beschäftigte mit einem über oder unter der Sozialversicherungspflichtgrenze liegenden Entgelt nicht nachgewiesen werden. Vergleiche der Ergebnisse aus der Beschäftigtenstatistik mit den Daten der Bevölkerungs- und Erwerbstätigkeitsstatistik werden außerdem dadurch eingeschränkt, daß die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten am Arbeitsort, die Bevölkerung und die Erwerbstätigen dagegen am Wohnort gezählt werden.

Beschäftigtenstatistik erfaßt rund 70% der Erwerbstätigen

Um eine Vorstellung von der Größenordnung des durch die Beschäftigtenstatistik erfaßten Personenkreises zu erhalten, sollen, trotz der erwähnten Einschränkungen, einige Vergleichsdaten genannt werden.

Der Mikrozensus im April 1979 weist knapp 43% der in Rheinland-Pfalz lebenden Bevölkerung als Erwerbstätige aus, dagegen beträgt der Anteil aller am 30. Juni 1979 in Rheinland-Pfalz Beschäftigten, die der Sozialversicherungspflicht unterliegen, an der Bevölkerung rund 30%. Die Vergleichswerte für das Bundesgebiet liegen mit etwa 44% und knapp 34% jeweils höher. Auch bei einer Gegenüberstellung der Zahlen des Mikrozensus und der Beschäftigtenstatistik zeigen sich diese Unterschiede. So zählen auf Bundesebene rund drei Viertel der Erwerbstätigen zum Personenkreis der Beschäftigtenstatistik, in

Rheinland-Pfalz erreicht dieser Anteil nicht ganz 70%. Für diese Abweichungen gibt es mehrere Gründe. Zum einen ist in Rheinland-Pfalz der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen an den Erwerbstätigen wegen des höheren Anteils der Landwirtschaft größer; dieser Personenkreis wird in der Beschäftigtenstatistik nicht erfaßt. Zum anderen weist unser Land einen über dem Durchschnitt liegenden Überschuß der Berufsauspendler aus.

Bezieht man die Beschäftigten nur auf die annähernd vergleichbaren Arbeiter- und Angestelltenzahlen des Mikrozensus, dann liegen die Anteile weit höher. Hiernach sind durch die Beschäftigtenstatistik rund 85% der Angestellten und ungefähr 97% der Arbeiter aus der Erwerbstätigenstatistik erfaßt.

Für die vierteljährlichen Ergebnisse bestehen Programme mit unterschiedlichem Umfang. Während für drei Quartale nur Kreisdaten für Arbeiter und Angestellte sowie eine wirtschaftliche Gliederung veröffentlicht werden, ist das Programm zum Stichtag 30. Juni stark erweitert. Es liegen dann Beschäftigten-daten nach Alter, Staatsangehörigkeit, Ausbildung und beruflicher Gliederung vor. Außerdem sind die Auszubildenden gesondert nachgewiesen. In diesem Beitrag werden die nach Alter und Wirtschaftsbereich tief gegliederten Ergebnisse zum 30. Juni 1979, soweit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
am 30. Juni 1978 und 1979

Stellung im Beruf Staats- angehörigkeit	30. Juni 1978		30. Juni 1979		Ver- änderung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt						
Beschäftigte	1 045 017	100,0	1 076 874	100,0	31 857	3,1
Arbeiter	618 273	59,2	625 872	58,1	7 599	1,2
Angestellte	426 744	40,8	451 002	41,9	24 258	5,7
Deutsche	983 113	94,1	1 012 266	94,0	29 153	3,0
Ausländer	61 904	5,9	64 608	6,0	2 704	4,4
Frauen						
Beschäftigte	381 866	100,0	397 491	100,0	15 625	4,1
Arbeiter	158 490	41,5	157 256	39,6	-1 234	-0,8
Angestellte	223 376	58,5	240 235	60,4	16 859	7,6
Deutsche	363 988	95,3	378 849	95,3	14 861	4,1
Ausländer	17 878	4,7	18 642	4,7	764	4,3

notwendig im Vergleich mit dem Vorjahr, dargestellt. Diese Resultate werden ergänzt durch Daten für ausländische Beschäftigte. In weiteren Beiträgen folgen Darstellungen der Beschäftigten nach ihrer Ausbildung, beruflichen Gliederung, Voll- und Teilzeitebeschäftigung sowie in regionaler Gliederung. Dabei sollen auch saisonale Einflüsse auf die Beschäftigtenzahlen untersucht werden.

Zwischen 1978 und 1979 stärkere Zunahme der weiblichen Beschäftigten

Ende Juni 1979 gab es in Rheinland-Pfalz 1 076 874 sozialversicherungspflichtige Angestellte und Arbeiter. Das sind 31 857 Personen bzw. 3% mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Hierin schlägt sich die konjunkturelle Verbesserung in diesem Zeitraum nieder. Von den Beschäftigten sind 679 383 Männer und 397 491 Frauen. Die Zahl der männlichen Beschäftigten nahm zwischen Juni 1978 und 1979 um 2,4%, die der weiblichen um 4,1% zu. Damit stieg gleichzeitig der Anteil der Frauen von 36,5 auf 36,9%.

Die Gliederung der Beschäftigten nach ihrer Stellung im Beruf zeigt mit 625 872 Personen ein deutliches Überwiegen der Arbeiter; die Zahl der Angestellten belief sich auf 451 002. Die Zahl der Arbeiter hat seit 1978 um 7 599 oder 1,2% zugenommen, die der Angestellten sogar um 24 258 bzw. 5,7%. Dadurch verringerte sich der Anteil der Arbeiter an der Gesamtzahl der Beschäftigten von 59,2% im Jahre 1978 auf 58,1% Ende Juni 1979.

Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer um 4,4% auf 64 608 Beschäftigte, die der Deutschen um 3% auf 1 012 266. Der Anteil der Ausländer blieb mit 6% etwa konstant.

Unterschiedliche Altersgliederung bei Arbeitern und Angestellten

Die Altersgliederung der Beschäftigten ist kurzfristig keinen großen Schwankungen unterworfen. Um ein Bild von der Zusammensetzung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer zu gewinnen, genügt es daher, die Altersgliederung Ende Juni 1979 zu untersuchen.

Von den 1 076 874 Beschäftigten sind rund 11% unter 20 Jahre, nicht ganz 2% zwischen 60 und 65 Jahre alt. Etwa 15% stehen im Alter zwischen 20 und 25 Jahren, knapp 13% zwischen 25 und 30 Jahren. Die 30- bis 40jährigen haben einen Anteil von nicht ganz 21%, die 40 bis 50 Jahre alten Beschäftigten machen 22% der Gesamtzahl aus. Immerhin noch 16% aller Beschäftigten sind im Alter von 50 bis 60 Jahren.

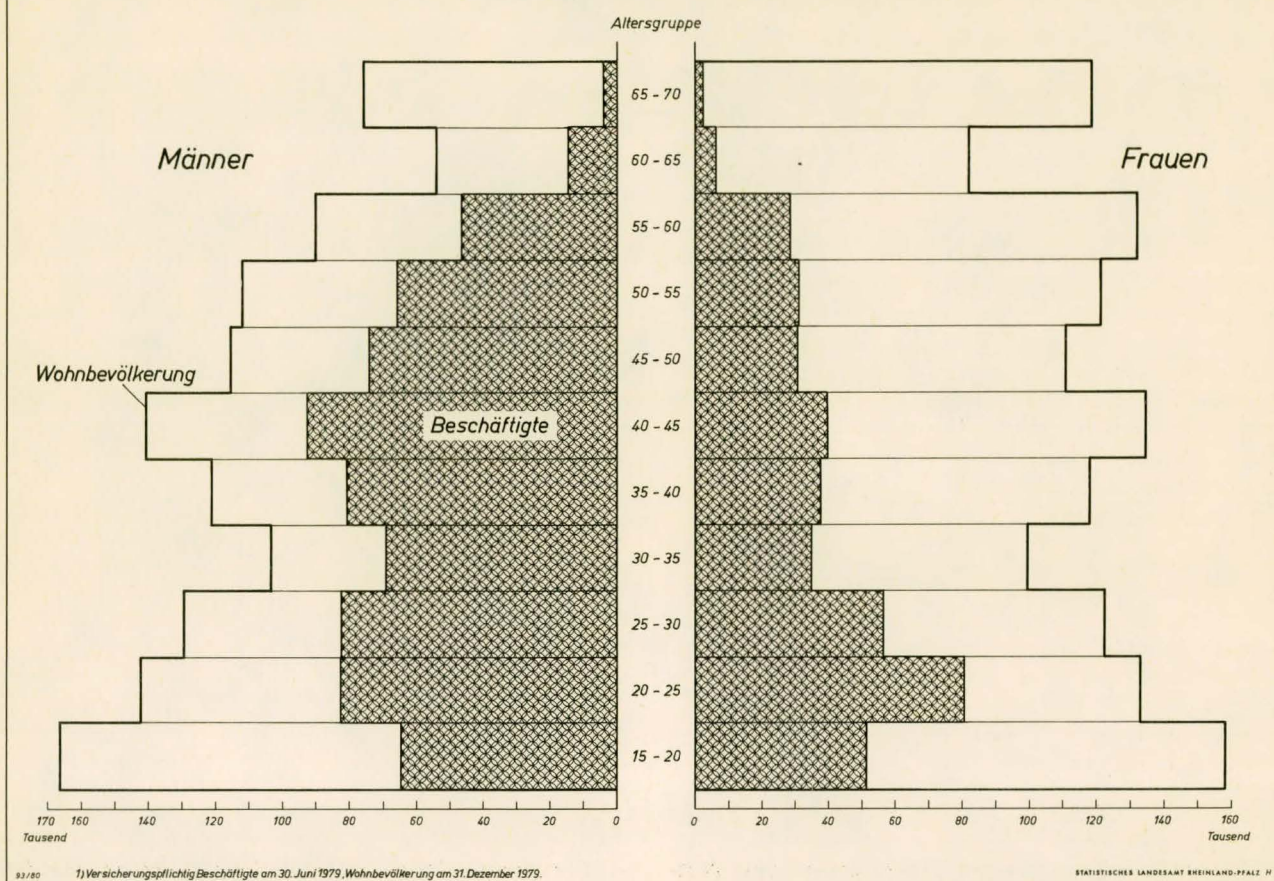
Die genannten Altersgruppen weisen stark unterschiedliche Frauenanteile auf. Während 37% aller Beschäftigten Frauen sind, liegt deren Anteil bei den unter 30jährigen deutlich über dem Durchschnitt. Von den unter 20 Jahre alten Arbeitnehmern sind über 44% Frauen, bei den 20- bis 25jährigen sogar fast die Hälfte (49%). Bei den 25 bis 30 Jahre alten Beschäftigten sind die Frauen mit knapp 41% immer noch überdurchschnittlich vertreten. Der Rückgang setzt sich in den höheren Altersgruppen fort, da in dieses Lebensalter hauptsächlich das durch die Kindererziehung bedingte Ausscheiden aus dem Berufsleben fällt. Ab dem 50. Lebensjahr steigt der Anteil der beschäftigten Frauen wieder und erreicht bei den 55- bis 60jährigen mit knapp 38% den Durchschnittswert. Im Alter zwischen 60 und 65 sind die Frauen mit nicht ganz 30% der Beschäftigten als Folge der flexiblen Altersgrenze unterrepräsentiert.

Unter den in der Beschäftigtenstatistik nachgewiesenen Personen sind 58,1% Arbeiter und 41,9% Angestellte, deren Verteilung auf die einzelnen Altersgruppen allerdings recht unterschiedlich ist. Bei den unter 20 Jahre alten Arbeitnehmern überwiegen die Arbeiter mit zwei Dritteln erwartungsgemäß deutlich, da die häufig längere Ausbildung der Angestellten einen späteren Eintritt in das Berufsleben mit sich bringt. Bereits in der nächsten Altersgruppe von 20 bis 25 Jahren sind die Angestellten mit rund 46% überdurchschnittlich vertreten. Dies gilt auch für die folgenden Altersgruppen. Erst bei den 40- bis 55jährigen Beschäftigten erreichen die Arbeiter mit über 60% wieder überdurchschnittlich hohe Anteile. Danach sinken ihre Anteilswerte auf 57% bzw. 56%, so daß die Arbeiter bis zum Rentenalter unterdurchschnittlich vertreten sind.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Altersgruppen am 30. Juni 1979

Altersgruppe	Insgesamt		Arbeiter		Angestellte		Ausländer	
			zu-	Frauen-	zu-	Frauen-	zu-	Frauen-
	Anzahl		sammen	anteil	sammen	anteil	sammen	anteil
%								
unter 20 Jahre	115 835	10,8	66,6	26,5	33,4	79,6	2,9	40,7
20 - 25 "	163 158	15,2	54,4	26,4	45,6	76,5	4,6	37,8
25 - 30 "	138 943	12,9	53,2	22,7	46,8	60,7	7,4	38,2
30 - 40 "	222 366	20,7	53,7	21,8	46,3	44,9	10,3	26,9
40 - 50 "	237 446	22,1	63,0	24,0	37,0	39,1	5,9	21,8
50 - 55 "	97 043	9,0	60,5	27,2	39,5	39,0	3,6	22,3
55 - 60 "	75 042	7,0	56,9	33,3	43,1	43,2	3,1	18,6
60 - 65 "	20 815	1,9	55,7	27,6	44,3	30,6	3,3	12,0
65 u. mehr "	6 226	0,6	62,5	34,8	37,5	36,9	2,1	20,3
I n s g e s a m t	1 076 874	100,0	58,1	25,1	41,9	53,3	6,0	28,9

Altersaufbau der Beschäftigten und der Wohnbevölkerung 1979¹⁾



Von den Arbeitern ist ein Viertel Frauen. Deren Anteil schwankt bei den Altersgruppen der bis 55-jährigen nur zwischen 22% und 27%, wobei auch bei dieser Personengruppe der erwähnte Rückgang bei den über 25 Jahre alten Frauen zu beobachten ist. Allerdings deutet der bereits ab 40 Jahre wieder steigende Anteil der Frauen auf eine etwas frühere Rückkehr ins Berufsleben der als Arbeiterinnen beschäftigten Mütter hin. Im Alter zwischen 55 und 60 Jahren steigt der Anteil der Frauen bei den Arbeitern auf ein Drittel und liegt auch bei den 60- bis 65-jährigen mit knapp 28% über dem Durchschnitt.

Deutlichere Unterschiede weisen die Anteile der Frauen bei den Angestellten auf. Während von der Gesamtheit der Angestellten über die Hälfte (53%) Frauen sind, beläuft sich ihr Prozentsatz bei den unter 20-jährigen auf rund 80. Auch bei den 20 bis 25 Jahre alten Angestellten sind noch drei von vier, bei den 25- bis 30-jährigen immerhin noch drei von fünf weibliche Arbeitnehmer. Erst ab diesem Alter sinken die Anteile der Frauen stärker ab und liegen mit Werten zwischen 45% und 39% deutlich unter dem Durchschnitt. Bei den über 60-jährigen Angestellten stellen die Frauen nicht einmal mehr ein Drittel (31%) der Beschäftigten.

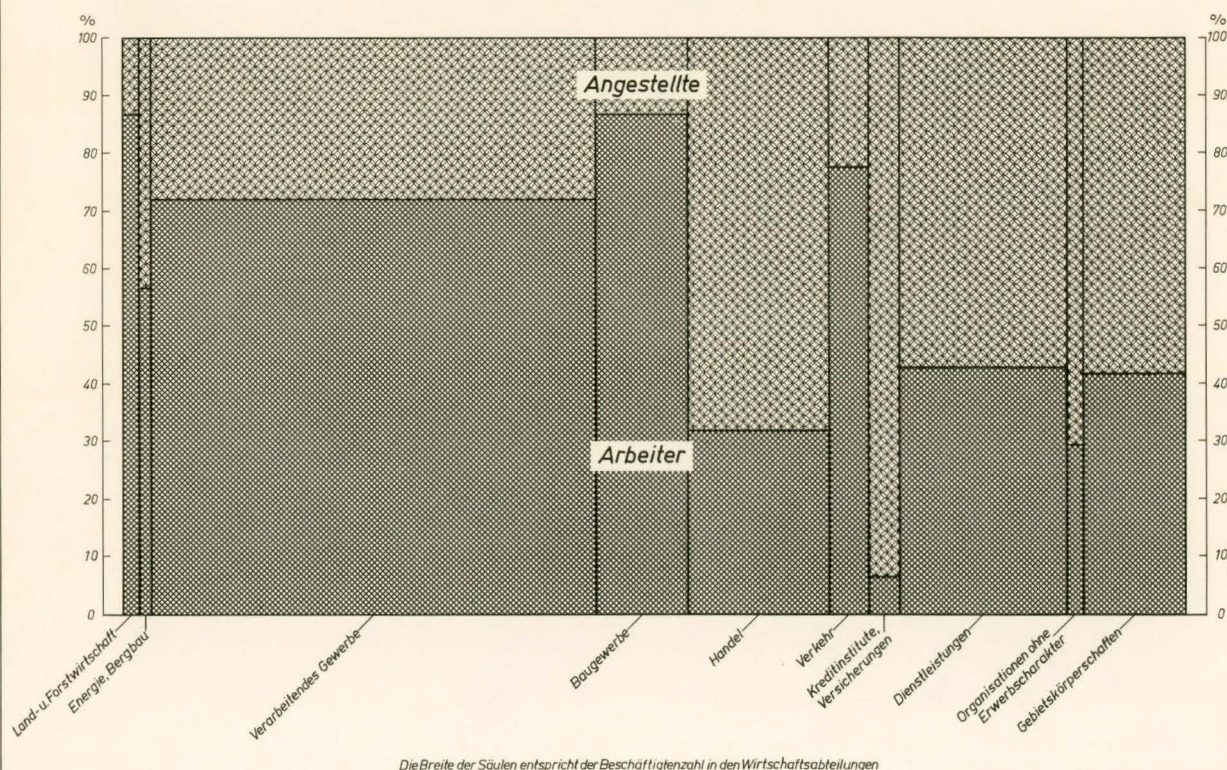
Die Altersgliederung der 64 608 Ausländer unter den Beschäftigten weicht eindeutig von der der Ge-

samtheit der Arbeitnehmer ab. So sind 11% aller Beschäftigten, aber nur 5% der Ausländer unter 20 Jahre alt. Im Alter zwischen 20 und 40 Jahren stehen 63% der ausländischen Arbeitnehmer gegenüber 49% der Gesamtheit. Dafür sind 38% aller Beschäftigten 40 bis 60 Jahre alt, bei den Ausländern aber nur knapp 31%. Ebenso unterschiedlich ist auch der Anteil der Ausländer an den verschiedenen Altersgruppen. Während insgesamt 6% aller Beschäftigten eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, ist dieser Personenkreis bei den 25- bis 30-jährigen mit über 7%, bei den 30- bis 40-jährigen sogar mit 10% deutlich höher vertreten.

Im Dienstleistungsbereich überdurchschnittlich viele Frauen

Die Aufteilung der 1 076 874 Beschäftigten auf die zehn Wirtschaftsabteilungen zeigt die große Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes. Hier sind 451 633 Arbeitnehmer beschäftigt. Zwei von fünf Beschäftigten (42%) gehören also Betrieben an, deren wirtschaftliche Aktivitäten in diesem Bereich liegen. Deutliche Schwerpunkte im verarbeitenden Gewerbe bilden der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau mit 109 943 sowie die chemische Industrie einschließlich Mineralölverarbeitung mit 72 369 Arbeitnehmern. Auf diese zwei Wirtschaftszweige entfallen allein bereits über 40% der Beschäftigten des gesamten verarbeitenden Gewerbes.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf am 30. 6. 1979



Zahlenmäßig an zweiter Stelle unter den Wirtschaftsabteilungen stehen die Dienstleistungen; hier gehen 168 314 (15,6%) aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ihrem Erwerb nach. Hervorzuheben sind die Wirtschaftszweige Gesundheits- und Veterinärwesen mit 50 484 und Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik mit 40 284 Arbeitnehmern. Das sind zusammen 53,9% der im Dienstleistungsgewerbe beschäftigten Personen. Die große Bedeutung des Fremdenverkehrs für Rheinland-Pfalz zeigt sich daran, daß fast jeder fünfte Beschäftigte (18,6%) des Dienstleistungsbereichs im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe tätig ist.

Die Wirtschaftsabteilung Handel mit insgesamt 143 540 Beschäftigten (13,3%) ist überwiegend vom Einzelhandel besetzt, auf den 59,1% aller Arbeitnehmer dieses Bereichs entfallen. Im Großhandel sind 37,5% der Beschäftigten, während die Handelsvermittlung mit weniger als 5 000 Arbeitnehmern zahlenmäßig von untergeordneter Bedeutung ist.

In der Wirtschaftsabteilung Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, auf die 9,5% der Beschäftigten unseres Landes entfallen, dominieren die Gebietskörperschaften mit 95 197 Arbeitnehmern (92,6%). Im Baugewerbe, wo 8,7% der rheinland-pfälzischen Sozialversicherungspflichtigen beschäftigt sind, entfallen auf das Bauhauptgewerbe fast drei Viertel (74,1%) der Arbeitnehmer, während das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe nur 24 142 Arbeitsplätze in diesem Bereich stellt.

Den übrigen Wirtschaftsabteilungen kommt von der Gesamtzahl gesehen eine geringere Bedeutung zu. Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sind 40 197 oder 3,7% aller Beschäftigten tätig, bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe 31 530 (2,9%) und in der Land- und Forstwirtschaft 16 592 (1,5%). Den gleichen Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten wie die Landwirtschaft weist die Abteilung Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte auf, während Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau mit 12 361 Arbeitnehmern (1,1%) der Bereich mit der niedrigsten Zahl an Beschäftigten ist.

Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt 36,9%. Die höchste Beschäftigung von Frauen ist im Dienstleistungsbereich, besonders in den Wirtschaftszweigen Reinigung und Körperpflege (82,5%) sowie Gesundheits- und Veterinärwesen (81,1%). Auch in anderen Wirtschaftsbereichen sind hohe Anteile an Frauen. Zu nennen sind der Einzelhandel und das Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe, wo etwa zwei Drittel der Beschäftigten Frauen sind. Andererseits gibt es Bereiche mit besonders wenigen Frauen. Hierzu zählen das Baugewerbe (6,4%), die Eisenbahn (9,3%) und die Metallherzeugung (11,9%).

Erwartungsgemäß ist auch die Verteilung der Beschäftigten nach ihrer Stellung im Beruf auf die verschiedenen Wirtschaftszweige sehr unterschiedlich. Schwerpunkte der Beschäftigung von Arbeitern bilden

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen am 30. Juni 1979

Wirtschaftszweig	Insgesamt	Frauen	Arbeiter	An- gestellte	Ausländer
	Anzahl	%			
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	16 592	21,9	86,8	13,2	6,8
Produzierendes Gewerbe	557 161	23,0	74,1	25,9	7,9
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	12 361	16,8	56,1	43,9	1,0
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	451 633	26,5	72,0	28,0	8,3
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)					
und Mineralölverarbeitung	72 369	19,5	56,1	43,9	6,4
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	24 682	24,9	77,8	22,2	10,4
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden;					
Feinkeramik und Glasgewerbe	37 495	18,4	75,9	24,1	13,6
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und					
Stahlverformung	22 351	11,9	80,8	19,2	12,2
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	109 943	14,3	70,5	29,5	8,0
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung					
von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten,					
Spiel- und Schmuckwaren	52 245	35,8	77,5	22,5	8,7
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	48 494	22,1	78,4	21,6	7,9
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	44 683	66,4	85,4	14,6	7,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	39 371	38,8	62,6	37,4	4,3
Baugewerbe	93 167	6,4	86,7	13,3	7,1
Bauhauptgewerbe	69 025	4,8	87,0	13,0	8,5
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	24 142	11,0	85,8	14,2	3,0
Handel und Verkehr	183 737	46,5	41,7	58,3	2,3
Handel	143 540	52,5	31,7	68,3	2,3
Großhandel	53 771	33,3	40,3	59,7	2,8
Handelsvermittlung	4 911	35,2	46,9	53,1	2,6
Einzelhandel	84 858	65,7	25,4	74,6	2,0
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	40 197	25,1	77,5	22,5	2,4
Eisenbahnen	8 121	9,3	94,5	5,5	1,9
Deutsche Bundespost	11 143	52,5	74,5	25,5	0,8
Verkehr (ohne Eisenbahnen und Deutsche Bundespost)	20 933	16,6	72,5	27,5	3,5
Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)	318 687	56,5	38,1	61,9	4,7
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	31 530	48,9	6,6	93,4	0,7
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute	25 682	51,1	7,4	92,6	0,7
Versicherungsgewerbe	5 848	39,3	3,1	96,9	0,8
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	168 314	67,9	42,9	57,1	6,5
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	31 377	66,5	74,4	25,6	14,3
Reinigung (einschl. Schornsteinfeger) und Körperpflege	15 599	82,5	91,9	8,1	7,6
Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik	40 284	64,2	30,5	69,5	4,9
Gesundheits- und Veterinärwesen	50 484	81,1	24,1	75,9	4,4
Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie andere,					
vorwiegend für Unternehmen erbrachte					
Dienstleistungen	20 414	55,5	12,9	87,1	2,1
Sonstige Dienstleistungen	10 156	23,2	72,7	27,3	7,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter und private					
Haushalte	16 082	70,4	28,9	71,1	2,3
darunter:					
Christliche Kirchen, Orden, religiöse und welt-					
anschauliche Vereinigungen	5 721	72,4	23,6	76,4	2,5
Organisationen des Wirtschaftslebens und übrige					
Organisationen ohne Erwerbscharakter	7 643	60,7	16,9	83,1	2,1
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	102 761	38,2	41,5	58,5	3,4
Gebietskörperschaften	95 197	36,5	43,8	56,2	3,6
Sozialversicherung	7 564	59,1	12,1	87,9	0,7
Ohne Angabe	697	53,4	59,3	40,7	8,2
I n s g e s a m t	1 076 874	36,9	58,1	41,9	6,0

die Land- und Forstwirtschaft und das Baugewerbe mit einem Anteil an den Beschäftigten von jeweils knapp 87%. Im verarbeitenden Gewerbe sind das Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe sowie die Metall-erzeugung weit überdurchschnittlich mit Arbeitern besetzt. Die Angestellten sind dagegen überproportional im Dienstleistungsbereich vertreten, besonders im Kredit- und Versicherungsgewerbe mit einem Anteil

der Angestellten von weit über 90%. Ein weiterer Schwerpunkt der Beschäftigung von Angestellten bildet der Einzelhandel. Hier sind immerhin drei Viertel aller Beschäftigten Angestellte.

Die Gegenüberstellung der Ergebnisse von Ende Juni 1978 und 1979 macht deutlich, daß die Veränderung der Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Wirt-

Staatsangehörigkeit	Insgesamt		Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
	Anzahl	%				
Insgesamt						
EG-Länder zusammen	19 966	30,9	1,3	64,5	7,9	26,3
Italien	11 458	57,4	1,5	66,2	7,2	25,1
Übriges Ausland zusammen	44 642	69,1	1,9	70,0	6,1	22,0
Griechenland	2 631	5,9	0,1	74,6	5,7	19,7
Jugoslawien	9 335	20,9	1,6	69,4	6,7	22,4
Portugal	2 242	5,0	1,4	82,1	4,0	12,5
Spanien	2 501	5,6	1,5	74,3	7,6	16,6
Türkei	16 710	37,4	2,5	84,6	3,4	9,5
I n s g e s a m t	64 608	100,0	1,7	68,3	6,7	23,3
Frauen						
EG-Länder zusammen	5 677	30,5	0,6	48,3	8,6	42,5
Italien	2 788	49,1	0,5	48,6	7,5	43,4
Übriges Ausland zusammen	12 965	69,5	1,7	53,6	7,1	37,6
Griechenland	908	7,0	-	63,8	3,6	32,6
Jugoslawien	2 996	23,1	0,6	44,9	6,5	48,0
Portugal	831	6,4	0,8	70,6	3,9	24,7
Spanien	712	5,5	0,6	56,6	8,3	34,6
Türkei	4 448	34,3	3,6	74,4	4,7	17,4
Zusammen	18 642	100,0	1,3	52,0	7,6	39,1

schaftsabteilungen unterschiedlich stark war. Während die Gesamtzahl der Arbeitnehmer in diesem Zeitraum um 3% zunahm, verzeichneten die Dienstleistungen und das Baugewerbe mit 6,1% bzw. 5,1% weit größere Zuwachsraten. Ein deutlich unterdurchschnittlicher Anstieg war in der Land- und Forstwirtschaft (2,1%) festzustellen, bei den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung nahm die Beschäftigtenzahl um 0,8% ab.

Hoher Anteil der Ausländer an den Beschäftigten im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Die Ausländer stellen Ende Juni 1979 rund 6% der Beschäftigten, ihr Bevölkerungsanteil liegt bei etwa 4%. Von den 64 608 in Rheinland-Pfalz arbeitenden Ausländern sind 18 642 oder 28,9% Frauen. Der gegenüber den deutschen Arbeitnehmern (37,4%) deutlich geringere Anteil der Frauen erklärt sich vor allem aus den großen Unterschieden in der Zusammensetzung des jeweiligen Bevölkerungsteils. So sind von den in unserem Lande lebenden Deutschen fast 53% Frauen, von den Ausländern aber gut 41%.

Die Besonderheiten der Ausländerbeschäftigung zeigen sich in weiteren Abweichungen dieser Personengruppe von der Gesamtheit der Beschäftigten. Neben der unterschiedlichen Altersgliederung der Ausländer weist auch die Aufgliederung nach der Stellung im Beruf und nach Wirtschaftszweigen in diese Richtung. Von den Ausländern sind 86,4% als Arbeiter beschäftigt, von den Gesamtbeschäftigten 58,1%. Insgesamt 8 800 ausländische Arbeitnehmer haben eine Stellung als Angestellte. Die Gründe für diese großen Unterschiede sind vor allem darin zu suchen, daß die nichtdeutschen Arbeitskräfte hauptsächlich für Arbeiten mit geringer Qualifikation angeworben werden. Dies wird dadurch bestätigt, daß von den Ausländern fast 58% keine abgeschlossene Berufsausbildung ha-

ben, während bei der Gesamtzahl der Beschäftigten dieser Anteil nicht ganz 37% beträgt.

Der Grund für die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte war in erster Linie der Arbeitskräftemangel in bestimmten Branchen. Auch heute noch zeigt sich deshalb eine Konzentration der beschäftigten Ausländer in gewissen Wirtschaftszweigen. So sind von der Gesamtzahl der Beschäftigten 42% im verarbeitenden Gewerbe tätig, von den Ausländern sind es dagegen fast 58%. Dabei ist der Ausländeranteil in den Wirtschaftszweigen Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe sowie bei der Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche (6%). Bei den Dienstleistungen ist das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, wo über 14% der Beschäftigten Ausländer sind, hervorzuheben. Auch im Baugewerbe sind überdurchschnittlich viele ausländische Arbeitnehmer zu finden. Dagegen wird im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen eine besonders niedrige Ausländerbeschäftigung registriert, weil in diesen Branchen Angestellte eindeutig dominieren. Deren Zahl ist aber wegen der weniger qualifizierten Ausbildung bei den Ausländern sehr niedrig.

Es gibt in Rheinland-Pfalz fast 20 000 ausländische Beschäftigte aus EG-Ländern, das sind ungefähr 31% aller hier beschäftigten Ausländer. Nach Nationalitäten entfallen davon etwa 11 500 oder gut 57% auf Arbeitskräfte aus Italien. Bei den etwa 44 600 Arbeitnehmern aus Ländern außerhalb der EG überwiegen die Türken mit 16 700 und die Jugoslawen mit rund 9 300 Personen. Aus Griechenland kommen über 2 600 und aus Spanien 2 500 Arbeitnehmer.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Personalwechsel im öffentlichen Dienst 1978/79

Die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten wird nach dem Finanzstatistischen Gesetz jährlich durch die Personalstandsstatistik erfaßt. Damit ist es zwar möglich, die zahlenmäßigen Veränderungen des Personals im Zeitablauf festzustellen; hierbei handelt es sich jedoch um reine Nettoveränderungen, die nur den Saldo der Personalzugänge und -abgänge zwischen den Erhebungsstichtagen widerspiegeln. Um Einzelheiten über Art und Ausmaß der Personalfluktuation zu erhalten, hat der Gesetzgeber die Durchführung einer Personalwechselstatistik angeordnet. Diese Statistik, die erstmals für den Zeitraum Juli 1975 bis Juni 1976 erhoben wurde, war gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 3 des Finanzstatistischen Gesetzes vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773) wiederum für die Erhebungsperiode 1. Juli 1978 bis 30. Juni 1979 durchzuführen. Durch das erste Statistikbereinigungsgesetz vom 14. März 1980 wird der ursprüngliche Erhebungsturnus allerdings in Zukunft von drei auf sechs Jahre verlängert. Die im Rahmen der Personalwechselstatistik ermittelten Zahlen geben Auskunft über die Personalzugänge und -abgänge nach Arten, und zwar in der Gliederung nach Geschlecht, Dienstverhältnissen und Laufbahngruppen. Diese Daten sind unter anderem Grundlage für die Personalplanungen der Gebietskörperschaften sowie für Untersuchungen über Gründe und Struktur des Personalwechsels.

In die vorliegende Erhebung waren die Personalzu- und -abgänge der hauptberuflich Vollbeschäftigten beim Land, den Gemeindeverbänden sowie den Gemeinden mit 3 000 und mehr Einwohnern einzubeziehen. Zu erfassen waren alle Fluktuationsfälle, die eine Veränderung des Personal-Iststandes der jeweiligen Gemeinde (Gv.) bzw. - beim Land - der einzelnen Berichtsstelle bewirkten. Als Berichtsstellen des Landes galten dabei grundsätzlich jede Dienststelle und jedes rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen, die im Landeshaushaltsplan unter einem eigenen Kapitel ausgewiesen waren. Bei Zusammenfassung mehrerer Dienststellen in einem Kapitel konnten Sammelmel-

dungen abgegeben werden. Im Gegensatz zur vorangegangenen Erhebung 1975/76 galten 1978/79 auch Personalveränderungen zwischen Berichtsstellen des gleichen Dienstherrn, also von Landesbehörde zu Landesbehörde, als Wechselfall, der nachzuweisen war. Da darüber hinaus nunmehr im Gegensatz zu früher auch der Wechsel von einem Teilzeit- in ein Vollbeschäftigungsverhältnis und umgekehrt innerhalb einer Berichtsstelle als Personalwechsel zählte, ist ein Vergleich mit der Personalwechselstatistik 1975/76 nur bedingt möglich.

Nicht als Personalwechsel im Sinne der Erhebung gelten ein Wechsel im Dienstverhältnis, also zum Beispiel die Übernahme eines Angestellten in das Beamtenverhältnis, weiterhin ein Laufbahngruppenwechsel, die Übernahme in ein aktives Vollbeschäftigungsverhältnis nach Beendigung einer Ausbildung bei der gleichen Berichtsstelle sowie alle übrigen berichtsstellen-internen Personalbewegungen. Auch die Abstellung zur Ableistung des Grundwehr- oder Zivildienstes rechnet nicht zu den Personalabgängen.

Rund 25 000 Fälle von Personalwechsel beim Land und den Kommunen

Vom 1. Juli 1978 bis 30. Juni 1979 wurden beim Land und den Gemeinden (Gv.) insgesamt 25 240 Fluktuationsfälle gezählt, und zwar 13 623 Personalzugänge sowie 11 617 Personalabgänge. Die Zugänge überwogen also die Abgänge um rund 2 000; im Prinzip wurden nicht nur die freigewordenen Arbeitsplätze wieder besetzt, sondern auch neue geschaffen. Bezogen auf den Gesamtstand an vollbeschäftigtem Personal im Juni 1978 wurden 9% der Stellen durch Abgänge frei, während 10,6% durch Zugänge neu besetzt bzw. geschaffen wurden. Die Gesamtfluktuationsrate belief sich also auf 19,6%. Die weiblichen Beschäftigten waren an den Zu- und Abgängen jeweils zu knapp der Hälfte (45,8 bzw. 47,1%) beteiligt. Gemessen am weiblichen Personalstand machten allerdings die Zugänge 14,6%

Wechsel beim vollbeschäftigten Personal des Landes und der Gemeinden ¹⁾ (Gv.)
in der Zeit vom 1. Juli 1978 bis 30. Juni 1979

Gebietskörperschaftsgruppe Dienstverhältnis	Abgang			Zugang			Saldo der Zu- und Abgänge		
	insgesamt	weiblich		insgesamt	weiblich		insgesamt	weiblich	
		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%
Land	7 650	3 383	44,2	8 886	3 717	41,8	1 236	334	27,0
Beamte/Richter	4 492	1 652	36,8	5 070	1 731	34,1	578	79	13,7
Angestellte	2 714	1 570	57,9	3 256	1 848	56,8	542	278	51,3
Arbeiter	444	161	36,3	560	138	24,6	116	- 23	.
Gemeinden (Gv.)	3 967	2 093	52,8	4 737	2 524	53,3	770	431	56,0
Beamte	221	18	8,1	271	54	19,9	50	36	72,0
Angestellte	2 816	1 718	61,0	3 314	2 125	64,1	498	407	81,7
Arbeiter	930	357	38,4	1 152	345	30,0	222	- 12	.
I n s g e s a m t	11 617	5 476	47,1	13 623	6 241	45,8	2 006	765	38,1

1) Ohne Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern.

und die Abgänge 12,8% der insgesamt bei den Gebietskörperschaften tätigen Frauen aus. Die Gesamtfluktuation lag bei den Frauen mit 27,4% somit deutlich über der Durchschnittsrate (19,6%).

Die Differenzierung nach staatlichem und kommunalem Personal ergibt, daß die Dienststellen des Landes innerhalb von zwölf Monaten 8 886 Personalzugänge und 7 650 Abgänge zu verzeichnen hatten. Die Gesamtfluktuation belief sich hier auf 19,8% und lag damit knapp über derjenigen der Gemeinden (Gv.), bei denen die entsprechende Rate unter Zugrundelegung von 4 737 Personalzugängen und 3 967 Personalabgängen 19,1% betrug. Von den weiblichen Landesbediensteten wechselten 26,5% ihren Arbeitsplatz (3 383 Abgänge und 3 717 Zugänge). Im kommunalen Bereich waren es sogar 29,1%; hier standen 2 093 Abgängen 2 524 Neueinstellungen gegenüber.

Fluktuationsrate bei den Angestellten am höchsten

Unter den einzelnen Dienstverhältnissen ergibt sich hinsichtlich der Fluktuationshäufigkeit ein recht unterschiedliches Bild. Sowohl beim Land als auch bei den Gemeinden (Gv.) zeigt sich die relativ größte Beweglichkeit bei den Angestellten. Denn von den beim Land insgesamt angestellten Bediensteten schieden im Betrachtungszeitraum 11,9% aus ihrem Dienstverhältnis aus und 14,3% kamen hinzu. Die analogen Anteilssätze im kommunalen Bereich beliefen sich auf 11,1 und 13%. Dagegen schieden nur 8,6% aller Landesbeamten und Richter aus ihren Tätigkeitsbereichen aus, die Zugangsrate lag bei 9,7%. Bei den Gemeinden (Gv.) verzeichneten die Beamten mit 3% (Abgänge) und 3,7% (Zugänge) sogar noch bedeutend geringere Fluktuationsraten. Bei den Arbeitern schließlich war die Häufigkeit des Arbeitsplatzwechsels bei Land und Gemeinden (Gv.) ebenfalls relativ unterschiedlich. Hier ergab sich im staatlichen Bereich ein Abgang von 5,4% und ein Zugang um 6,8%, wogegen bei den Kommunen die entsprechenden Anteilssätze immerhin 7,2 und 8,9% ausmachten.

Unterschiedliche Gründe des Personalwechsels

In aller Regel verursacht jeder Personalwechsel beim Arbeitgeber mehr oder weniger hohe Kosten. Denn abgesehen von den für die Beschaffung von Arbeitskräften anfallenden Nebenkosten (Inserate, Fahrtkosten, Entlohnung, Verwaltungsaufwand) entstehen Kosten für die Einarbeitung des neuen Mitarbeiters, der im Normalfall als Ersatz für einen Personalabgang eingestellt wird. Während der Einarbeitungszeit ist andererseits die Arbeitseffizienz naturgemäß noch unterdurchschnittlich, wobei die Einarbeitungsphase umso länger ist, je komplexer und schwieriger der betreffende Arbeitsbereich ist. Aus diesen Gründen ist es zum einen wichtig, die Ursachen der Personalfluktuation zu kennen und zum anderen - soweit Beeinflussungsmöglichkeiten bestehen - zu versuchen, das Ausmaß der Fluktuation gering zu halten. Im Rahmen der Personalwechselstatistik werden die Gründe für das Ausscheiden von Bediensteten sowie für die Personalzugänge erhoben und ausgewertet. Da die Personalzugänge in der Mehrzahl der Fälle eine Folge vorausgegangener Abgänge sind, ist die Kenntnis

der Ursachen für das Ausscheiden von Mitarbeitern von größerem Interesse. Demgemäß werden die Gründe der Personalabgänge entsprechend tiefer gegliedert dargestellt, wobei insbesondere auch ausgewiesen wird, inwieweit von der Möglichkeit der Inanspruchnahme der vorgezogenen Altersgrenze Gebrauch gemacht wurde.

Personalabgänge beim Land überwiegend vor Erreichen der Altersgrenze

Bei den Personalabgängen erfolgte zunächst einmal eine Aufteilung in solche vor und nach Erreichen der Altersgrenzen. Im Jahre 1978/79 entfielen von den insgesamt beim Land ermittelten 7 650 Personalabgängen 6 772 oder 88,5% auf solche vor Erreichen der Altersgrenze. Jeder Zehnte schied wegen Todes oder vorzeitiger Dienst-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit aus. In einer vergleichsweise großen Zahl von Fällen (23,9%) erfolgte ein Wechsel von einer Dienststelle zu einer anderen Dienststelle des Landes, weitere 7,1% verblieben zwar im öffentlichen Dienst, wechselten jedoch zu einem anderen öffentlichen Arbeitgeber (Bund, andere Länder, Gemeinden/Gv., sonstige Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts wie Zweckverbände und Sozialversicherungsträger). Die sonstigen Abgänge beliefen sich auf 58,7% aller Personalabgänge vor Erreichen der Altersgrenzen. Unter dieser Position sind zum einen die Umwandlungen von Vollbeschäftigungs- in Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse innerhalb der gleichen Dienststelle enthalten (565 Fälle). Weiterhin sind hier subsumiert die Fälle der Beendigung des Arbeitsverhältnisses infolge Kündigung durch den Arbeitgeber oder den Arbeitnehmer sowie auch das Auslaufen von Zeitverträgen, sofern nicht gleichzeitig ein unmittelbarer Übergang zu einer anderen Dienststelle des Landes oder zu einem anderen öffentlichen Arbeitgeber vorlag.

Beim weiblichen Personal handelte es sich sogar bei 94% der Personalabgänge um solche vor Erreichen der Altersgrenzen, wobei auch hier die sonstigen Abgänge dominierten, die allein drei Viertel aller Fälle ausmachten, während knapp 20% der den Arbeitsplatz wechselnden Frauen im öffentlichen Dienst (Land oder anderer öffentlicher Arbeitgeber) verblieben. Lediglich etwa jede 16. Mitarbeiterin schied infolge Todes oder vorzeitiger Dienst-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit aus.

Nur rund 1% der Landesbediensteten schied infolge Erreichens der Altersgrenze aus

Nach Erreichen der Altersgrenze schieden innerhalb des Berichtszeitraums 878 Landesbedienstete aus, das sind lediglich 11,5% aller Personalabgänge. Dabei erfolgte das Ausscheiden aus dem Dienst in 21,8% der Fälle nach Erreichen der allgemeinen Altersgrenze (65. Lebensjahr). Die Möglichkeit der vorgezogenen Altersgrenze nahmen 458 Beschäftigte in Anspruch, das sind immerhin 52,2% derjenigen, die altersbedingt ausschieden. Schließlich wurden noch 229 Fälle (26,1%) registriert, die, wie bei Polizeibeamten möglich, mit Erreichen der besonderen Altersgrenze (60. Lebensjahr und darunter) aus dem Dienst ausschie-

Wechsel beim vollbeschäftigten Personal des Landes und der Gemeinden¹⁾ (Gv.) in der Zeit vom 1. Juli 1978 bis 30. Juni 1979 nach Gründen des Wechsels und Dienstverhältnissen

Gründe des Personalwechsels	Ins- gesamt	Weib- lich	Beamte und Richter	Ange- stellte	Ar- beiter	Ins- gesamt	Weib- lich	Beamte und Richter	Ange- stellte	Ar- beiter
	Anzahl					Anteil an der jeweiligen Gesamtzahl des vollbeschäftigten Personals am 30. Juni 1978 ²⁾ in %				
Land										
<u>Personalabgänge</u>	7 650	3 383	4 492	2 714	444	9,2	12,6	8,6	11,9	5,4
Personalabgänge vor Erreichen der Altersgrenze	6 772	3 181	3 981	2 429	362	8,1	11,9	7,6	10,7	4,4
durch Tod, vorzeitige Dienst-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit	699	190	360	241	98	0,8	0,7	0,7	1,1	1,2
durch Wechsel zu einer anderen Dienststelle des Landes	1 620	391	1 289	312	19	1,9	1,5	2,5	1,4	0,2
durch Wechsel zu einem anderen öffentlichen Arbeitgeber	479	229	295	171	13	0,6	0,9	0,6	0,8	0,2
durch sonstige Abgänge	3 974	2 371	2 037	1 705	232	4,8	8,8	3,9	7,5	2,8
Personalabgänge nach Erreichen der Altersgrenze	878	202	511	285	82	1,1	0,8	1,0	1,3	1,0
Allgemeine Altersgrenze (65. Lebensjahr und später)	191	41	121	51	19	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Vor der allgemeinen Altersgrenze auf Antrag	458	106	226	181	51	0,6	0,4	0,4	0,8	0,6
von 60 - 63 Jahre	203	59	109	75	19	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2
von 63 - 64 "	197	26	81	89	27	0,2	0,1	0,2	0,4	0,3
von 64 - 65 "	58	21	36	17	5	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Besondere Altersgrenze (60. Lebensjahr und darunter)	229	55	164	53	12	0,3	0,2	0,3	0,2	0,2
<u>Personalzugänge</u>	8 886	3 717	5 070	3 256	560	10,6	13,9	9,7	14,3	6,8
Zugänge von einer anderen Dienststelle des Landes	1 312	320	1 091	210	11	1,6	1,2	2,1	0,9	0,1
einem anderen öffentlichen Arbeitgeber	557	191	311	228	18	0,7	0,7	0,6	1,0	0,2
Sonstige Zugänge	7 017	3 206	3 668	2 818	531	8,4	12,0	7,0	12,4	6,5
Gemeinden (Gv.)										
<u>Personalabgänge</u>	3 967	2 093	221	2 816	930	8,7	13,2	3,0	11,1	7,2
Personalabgänge vor Erreichen der Altersgrenze	3 510	1 953	169	2 545	796	7,7	12,3	2,3	10,0	6,2
durch Tod, vorzeitige Dienst-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit	523	133	77	275	171	1,2	0,8	1,1	1,1	1,3
durch Wechsel zu einem anderen öffentlichen Arbeitgeber	525	254	61	415	49	1,2	1,6	0,8	1,6	0,4
durch sonstige Abgänge	2 462	1 566	31	1 855	576	5,4	9,9	0,4	7,3	4,5
Personalabgänge nach Erreichen der Altersgrenze	457	140	52	271	134	1,0	0,9	0,7	1,1	1,0
Allgemeine Altersgrenze (65. Lebensjahr und später)	88	27	16	41	31	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Vor der allgemeinen Altersgrenze auf Antrag	264	34	32	158	74	0,6	0,2	0,4	0,6	0,6
von 60 - 63 Jahre	107	14	19	63	25	0,2	0,1	0,3	0,3	0,2
von 63 - 64 "	136	15	10	82	44	0,3	0,1	0,1	0,3	0,3
von 64 - 65 "	21	5	3	13	5	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
Besondere Altersgrenze (60. Lebensjahr und darunter)	105	79	4	72	29	0,2	0,5	0,1	0,3	0,2
<u>Personalzugänge</u>	4 737	2 524	271	3 314	1 152	10,4	15,9	3,7	13,0	8,9
Zugänge von einem anderen öffentlichen Arbeitgeber	631	321	60	522	49	1,4	2,0	0,8	2,0	0,4
Sonstige Zugänge	4 106	2 203	211	2 792	1 103	9,0	13,9	2,9	11,0	8,5

1) Ohne Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern. - 2) Weibliches Personal der Gemeinden (Gv.): 30. Juni 1977.

den. Die weiblichen Bediensteten weisen bei den Abgängen nach Erreichen der Altersgrenze fast die gleiche Häufigkeitsverteilung auf wie die Gesamtheit der Personalabgänge.

Die Personalzugänge wurden weniger stark differenziert erfaßt und nachgewiesen als die Abgänge. Bemerkenswert ist, daß von den 8 886 Zugängen des Lan-

des annähernd vier Fünftel auf die sonstigen Zugänge entfielen, das sind Neueinstellungen, soweit diese nicht zuvor bei einem öffentlichen Arbeitgeber tätig waren, sowie ehemalige Teilzeitkräfte, die in ein Vollbeschäftigungsverhältnis überwechselten. Bei einer anderen Dienststelle des Landes oder bei einem sonstigen öffentlichen Arbeitgeber waren zuvor 14,8 bzw. 6,3% der Zugänge beschäftigt gewesen.

Um die relative Fluktuationshäufigkeit zu ermitteln, werden die Personalwechselfälle in Relation zur Anzahl der Vollbeschäftigten der jeweiligen Gruppe gesetzt. Dabei zeigt sich, daß die gesamten Personalabgänge 9,2% der Vollbeschäftigten betrafen. Diese Quote war mit 12,6% bei den Frauen deutlich überdurchschnittlich, desgleichen, differenziert man nach Dienstverhältnissen, bei den Angestellten (11,9%). Bei den Abgängen vor Erreichen der Altersgrenze zeigt sich ein ähnliches Bild: Die Personalabgangsquote der weiblichen Beschäftigten war mit 11,9% am höchsten, diejenige der Angestellten lag mit 10,7% ebenfalls deutlich über dem Gesamtdurchschnitt (8,1%).

Die Personalabgänge nach Erreichen der Altersgrenze machten lediglich 1,1% aller Vollbeschäftigten aus. Die entsprechende Quote betrug bei den Frauen 0,8%, bei den Angestellten 1,3% und bei den Beamten, Richtern sowie Arbeitern jeweils 1%. Die flexible Altersgrenze nahmen 0,6% aller Vollbeschäftigten in Anspruch, darunter jeweils 0,4% der Frauen und der Beamten/Richter, 0,6% der Arbeiter, aber 0,8% aller Angestellten.

Bezogen auf den gesamten Personalbestand beliefen sich die Personalzugänge auf 10,6%. Die Zugänge der weiblichen Beschäftigten erreichten 13,9%, die der Beamten und Richter 9,7% und die der Angestellten 14,3%.

Kommunen weisen ähnliche Fluktuationsstruktur auf wie das Land

Bei 3 510 oder knapp neun Zehnteln der insgesamt 3 967 Personalabgänge, die bei den Gemeinden (Gv.) registriert wurden, handelte es sich um Abgänge vor Erreichen der Altersgrenze. Diese Relation entspricht derjenigen beim Land. Von den Personalabgängen vor Erreichen der Altersgrenzen entfielen je knapp 15% auf solche infolge Todes bzw. vorzeitiger Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit sowie auf Wechsel zu anderen öffentlichen Arbeitgebern. Die Personalabgänge der weiblichen Beschäftigten beruhten nur zu 6,8% auf Todesfällen oder vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit,

13% wechselten zu einem anderen öffentlichen Dienstherrn.

Die 457 Personalabgänge nach Erreichen der Altersgrenze, die nur 11,5% der gesamten Personalabgänge ausmachten, betrafen in der Hauptsache die Inanspruchnahme der vorgezogenen Altersgrenze, und zwar in 264 Fällen. Somit schieden auf eigenen Wunsch nicht weniger als 57,8% der altersbedingten Abgänge vor der allgemeinen Altersgrenze (65 Jahre) aus dem öffentlichen Dienst aus. In 88 Fällen (19,3%) wurde die allgemeine Altersgrenze erreicht, 105 Bedienstete (23%) schieden nach Erreichen der besonderen Altersgrenze aus.

Insgesamt 631 Fälle oder 13,3% der Personalzugänge der Kommunen in Höhe von 4 737 Fällen kamen von anderen öffentlichen Körperschaften.

Stärkere Fluktuation beim weiblichen Personal und bei den Angestellten

Die Fluktuationsrate, gemessen an den gesamten Vollbeschäftigten der jeweiligen Gruppe, zeigt bei den Kommunen folgende Werte: Die Personalabgänge insgesamt in Höhe von 3 967 Beschäftigten beliefen sich auf 8,7% des Personalstandes, wobei die Frauen und die Angestellten mit Quoten von 13,2% bzw. 11,1% deutlich über, die Beamten dagegen mit nur 3% wesentlich unter dem Durchschnittswert lagen. Vor Erreichen der Altersgrenze schieden 7,7% der Beschäftigten aus dem Dienst aus, dagegen 12,3% der weiblichen Mitarbeiter, 10% der Angestellten, 6,2% der Arbeiter, aber nur 2,3% der Beamten. Ähnlich wie bei den Landesbediensteten machten die altersbedingten Personalabgänge (457 Fälle) nur 1% des Gesamtpersonalstandes aus. Von diesen Abgängen nach Erreichen der Altersgrenze interessieren naturgemäß vor allem diejenigen, bei denen die flexible Altersgrenze in Anspruch genommen wurde. Dabei zeigt sich, daß 0,6% der Beschäftigten im Rahmen der vorgezogenen Altersgrenze in den Ruhestand traten, darunter nur 0,4% der Beamten und jeweils 0,6% der Angestellten und Arbeiter.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

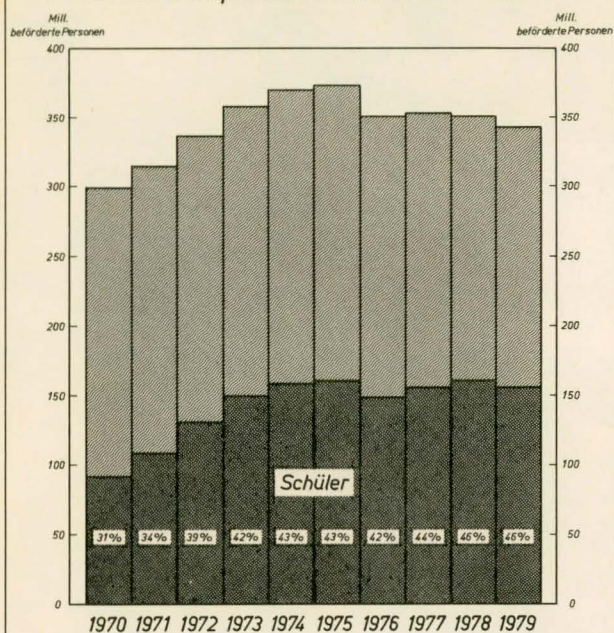
Schülerverkehr 1970 bis 1979

Über die Personenbeförderung auf Straßen werden gemäß Gesetz zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr vom 28. Dezember 1968, geändert durch das Erste Statistikbereinigungsgesetz vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294) laufend Befragungen durchgeführt. Der öffentliche Straßenpersonenverkehr umfaßt die erwerbsmäßig betriebene Beförderung von Personen mit schienen- und fahrdrahtgebundenen Verkehrsfahrzeugen sowie mit Kraftomnibussen und Personenkraftwagen mit mehr als acht Fahrgastplätzen. Der Berichtskreis ist nach fachlichen Unternehmens- bzw. Betriebsteilen funktionell abgegrenzt, wobei als Verkehrsträger kommu-

nale, gemischtwirtschaftliche und private Unternehmen, die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost erfaßt werden.

Der öffentliche Straßenpersonenverkehr erfüllt eine wesentliche Voraussetzung zur optimalen Verkehrsbedienung in Ballungsräumen und in der Fläche. Dabei besteht ein enger Zusammenhang mit der Siedlungsstruktur. Die Anforderungen an eine bedarfsgerechte öffentliche Verkehrsbedienung in der Fläche waren in letzter Zeit Gegenstand aufschlußreicher Modellversuche, wobei die zeitweilige Zusammenlegung der Kraftomnibusdienste von Bundesbahn und

Anteil der Schüler
am Straßenpersonenverkehr 1970 - 1979



Bundespost in bestimmten Gebieten sowie spezielle Kooperationsvorhaben einzelner rheinland-pfälzischer Landkreise besonders hervorzuheben sind. Für die Zukunft ist eine generelle Zusammenlegung der Omnibusdienste von Bundesbahn und Bundespost geplant.

Unter den Verkehrsformen hat im letzten Jahrzehnt der Schülerverkehr am stärksten an Bedeutung gewonnen, was vornehmlich auf die Zentralisierung des Schulwesens zurückzuführen ist. Hinzu kommt die Tatsache, daß heute die Hälfte aller Kinder weiterführende Schulen besucht, wodurch die Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsleistungen beträchtlich gestiegen ist. Insgesamt gesehen schafft der Schülerverkehr zugleich günstige Voraussetzungen zur besseren Erschließung der Fläche.

Seit Mitte der 70er Jahre wird ein Großteil der Fahrkosten der Schüler durch Landesmittel getragen oder bezuschußt. Dies gilt für Grund- und Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und auch für den Besuch von Kindergärten. Gemäß den Richtlinien im Amtsblatt des Kultusministeriums von Rheinland-Pfalz vom 18. August 1978 trägt nach § 56 Abs. 1 des Landesgesetzes über die Schulen in Rheinland-Pfalz vom 6. November 1974 (GVBl. S. 487) das Land die angemessenen Kosten für die wirtschaftlichste Art der Beförderung zur zuständigen Grund- oder Hauptschule und zur Sonderschule, wenn der Schulweg dem Schüler ohne Benutzung eines Verkehrsmittels nicht zumutbar ist. Der Schulweg ist unzumutbar, wenn er für Grundschüler mehr als 2 km und für Hauptschüler mehr als 4 km beträgt. In der Regel werden dabei die Fahrkosten in der Weise übernommen, daß die Schüler Jahreskarten zur Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel erhalten. Ist die Beförderung mit bestehenden öffentlichen Verkehrslinien nicht zumutbar oder unwirtschaftlich, trägt das Land die Fahrkosten in der Weise, daß es

für die Schüler eigene Schulbusse einsetzt. Wenn eine Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder Schulbussen in zumutbarer oder wirtschaftlicher Weise nicht möglich ist, können den Erziehungsberechtigten selbst Kosten für eine Beförderung mit privaten Kraftfahrzeugen erstattet werden.

Für die Beförderung von Realschülern und Gymnasiasten gelten im wesentlichen die gleichen Bedingungen, wobei der kürzeste verkehrsübliche Weg länger als 4 km sein muß und der Vorrang der öffentlichen Verkehrslinien im allgemeinen noch stärker hervortritt. Hier wird allerdings für die beförderten Schüler eine Eigenbeteiligung an den Fahrkosten verlangt, deren Höhe vom Einkommen der Erziehungsberechtigten ab-

Straßenpersonenverkehr nach Unternehmensarten
1970 - 1979

Jahr	Beförderte Personen				Einnahmen	
	ins- gesamt	Schü- ler	Allgemeiner Linienverkehr			
			zu- sammen	Schü- ler	zu- sammen	Schü- ler
Insgesamt						
1970	298 695	30,5	267 689	27,6	125 649	16,2
1971	315 266	34,2	273 933	29,9	131 272	17,4
1972	336 898	39,0	286 710	34,3	142 342	19,8
1973	357 562	41,9	296 811	36,2	156 759	21,3
1974	369 733	42,7	303 690	36,4	169 279	23,4
1975	372 646	43,2	304 139	36,0	185 236	25,7
1976	350 798	42,4	280 708	33,8	185 346	23,6
1977	353 352	44,1	276 319	34,7	190 722	24,0
1978	350 825	45,9	272 703	36,2	200 913	26,1
1979	343 271	45,5	270 965	36,7	205 208	26,4
Kommunale und gemischtwirtschaftliche Unternehmen ¹⁾						
1970	142 825	20,7	139 961	19,5	51 830	9,9
1971	154 587	23,8	151 101	22,5	55 204	11,4
1972	163 505	27,1	159 908	26,0	59 681	13,1
1973	169 742	29,0	165 782	27,8	67 423	14,2
1974	178 779	29,5	174 745	28,3	70 230	14,6
1975	183 539	28,8	179 526	27,6	78 372	15,8
1976	171 351	27,1	167 077	25,7	82 622	15,2
1977	170 931	28,6	166 293	27,0	85 397	16,0
1978	170 561	30,1	165 683	28,4	91 638	18,2
1979	170 091	30,2	165 254	28,6	92 575	18,0
Private Unternehmen						
1970	33 643	38,4	15 768	25,0	8 573	17,5
1971	36 844	42,6	16 132	29,4	8 547	17,6
1972	41 458	48,1	17 053	35,7	9 506	21,6
1973	43 915	50,3	15 749	32,9	10 246	24,7
1974	45 663	52,2	16 115	34,4	11 217	27,6
1975	46 021	55,4	15 329	37,0	11 649	30,6
1976	48 624	59,2	15 217	37,4	12 005	30,2
1977	55 813	64,3	14 612	39,2	12 168	30,2
1978	55 443	65,4	14 419	41,2	12 754	32,0
1979	53 639	65,0	14 147	43,1	12 994	32,5
Deutsche Bundesbahn und Bundespost						
1970	122 227	39,9	111 960	38,1	65 246	21,0
1971	123 835	44,7	106 700	40,6	67 521	22,4
1972	131 935	51,0	109 749	46,1	73 155	25,1
1973	143 905	54,7	115 280	48,8	79 090	27,0
1974	145 291	56,0	112 830	49,3	87 832	29,9
1975	143 086	57,7	109 284	49,8	95 215	33,3
1976	130 823	56,1	98 414	47,1	90 719	30,3
1977	126 608	56,1	95 414	47,5	93 157	30,5
1978	124 821	58,8	92 601	49,4	96 521	32,9
1979	119 541	58,5	91 564	50,4	99 639	33,4

1) Einschließlich nichtbundeseigene Eisenbahnen.

Im Straßenpersonenverkehr beförderte Schüler nach Unternehmensarten und Verkehrsformen 1970 - 1979

Jahr	Insgesamt	Kommunale und gemischt- wirtschaftliche Unternehmen	Nicht- bundeseigene Eisenbahnen	Private Unternehmen	Deutsche Bundesbahn	Deutsche Bundespost
1 000						
Insgesamt						
1970	91 134	26 814	2 681	12 930	29 317	19 392
1971	107 786	33 524	3 197	15 699	31 609	23 757
1972	131 533	40 616	3 689	19 945	39 308	27 975
1973	149 944	45 126	4 071	22 083	47 599	31 065
1974	157 908	48 094	4 560	23 844	48 468	32 942
1975	160 843	48 091	4 758	25 481	49 455	33 058
1976	148 587	41 071	5 417	28 770	43 473	29 856
1977	155 771	42 833	6 021	35 890	43 956	27 071
1978	160 976	44 477	6 808	36 282	45 551	27 858
1979	156 137	44 689	6 681	34 882	43 571	26 314
Allgemeiner Linienverkehr						
1970	73 928	25 301	1 990	3 939	28 300	14 398
1971	81 955	31 786	2 145	4 739	26 324	16 961
1972	98 250	39 087	2 505	6 086	30 289	20 283
1973	107 572	43 321	2 764	5 180	34 155	22 152
1974	110 587	46 202	3 194	5 536	32 293	23 362
1975	109 506	46 065	3 403	5 667	30 870	23 501
1976	94 877	38 911	3 967	5 685	26 128	20 186
1977	95 927	40 383	4 496	5 728	27 869	17 451
1978	98 761	41 837	5 243	5 937	27 148	18 596
1979	99 444	41 999	5 214	6 094	27 781	18 356
Fahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten (§ 43 PBefG)						
1970	1 108	597	-	401	65	45
1971	836	471	-	275	50	40
1972	776	443	-	266	-	67
1973	2 178	320	-	304	1 480	74
1974	5 385	532	16	927	3 828	82
1975	7 540	886	25	1 348	5 203	78
1976	9 246	984	38	2 633	5 526	65
1977	10 492	1 085	70	4 973	4 241	123
1978	6 519	1 176	106	3 766	1 193	278
1979	6 681	1 153	83	3 973	1 183	289
Freigestellter Schülerverkehr						
1970	16 098	916	691	8 590	952	4 949
1971	24 995	1 267	1 052	10 685	5 235	6 756
1972	32 507	1 086	1 184	13 593	9 019	7 625
1973	40 194	1 485	1 307	16 599	11 964	8 839
1974	41 936	1 360	1 350	17 381	12 347	9 498
1975	43 797	1 140	1 330	18 466	13 382	9 479
1976	44 464	1 176	1 412	20 452	11 819	9 605
1977	49 352	1 365	1 455	25 189	11 846	9 497
1978	55 696	1 464	1 459	26 579	17 210	8 984
1979	50 012	1 537	1 384	24 815	14 607	7 669

hängt. Bei Kindergartenbesuchern übernimmt das Land die angemessenen Kosten der Beförderung von Kindern - und zwar überwiegend im Schulbus - aus Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern zu dem für sie zuständigen gemeinsamen Kindergarten einer benachbarten Gemeinde. Im Jahre 1979 wurden vom Land Rheinland-Pfalz mehr als 100 Mill. DM für die Schülerbeförderung ausgegeben.

Seit dem 1. August 1980 ist das Landesgesetz zur Neuregelung der Schülerbeförderung und der Kindergartenfahrten vom 2. Juli 1980 (GVBl. S. 146 f.) in Kraft, wonach es den Landkreisen und kreisfreien Städten als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung obliegt, für die Beförderung der Schüler zu den in ihrem Gebiet gelegenen Schulen zu sorgen. Von dieser Delegation wird eine noch bessere Verkehrsbedienun-

gung erwartet. Für die Aufwendungen sind im Landeshaushalt 123 Mill. DM für 1980 veranschlagt.

Fast die Hälfte aller beförderten Personen sind Schüler

Im Jahre 1979 wurden in Rheinland-Pfalz mehr als 343 Mill. Personen mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln befördert, wovon 46% Schüler waren. Dabei hat sich der Schüleranteil in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht; 1970 waren es 31% gewesen. Zwischen 1970 und 1979 stieg die Zahl der beförderten Schüler einschließlich der Kindergartenbesucher von 91 auf 156 Millionen um 71% gegenüber einer Veränderung für den gesamten Verkehr um 15%. Bringt man hier den Schülerverkehr in Abzug, errechnet sich für diese Zeitspanne sogar ein Rückgang

Im Straßenverkehr beförderte Schüler nach Verwaltungsbezirken¹⁾ 1979

Verwaltungsbezirk	Ins- gesamt	Allgemeiner Linien- verkehr	Fahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten 2)	Frei- gestellter Schüler- verkehr	Allgemeiner Linien- verkehr	Fahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten 2)	Frei- gestellter Schüler- verkehr
	1 000				Anteil in %		
Kreisfreie Stadt Koblenz	4 567	4 395	12	160	96,2	0,3	3,5
Landkreise							
Ahrweiler	3 115	1 221	215	1 680	39,2	6,9	53,9
Altenkirchen (Ww.)	3 183	1 223	89	1 871	38,4	2,8	58,8
Bad Kreuznach	2 691	1 820	212	659	67,6	7,9	24,5
Birkenfeld	1 619	688	158	774	42,5	9,7	47,8
Cochem-Zell	1 067	-	96	971	-	9,0	91,0
Mayen-Koblenz	885	264	292	329	29,8	33,0	37,2
Neuwied	4 859	3 245	322	1 293	66,8	6,6	26,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 531	52	333	1 146	3,4	21,7	74,9
Rhein-Lahn-Kreis	2 078	1 061	356	660	51,1	17,1	31,8
Westerwaldkreis	2 347	372	196	1 778	15,8	8,4	75,8
RB Koblenz	27 941	14 340	2 280	11 321	51,3	8,2	40,5
Kreisfreie Stadt Trier	11 186	5 092	201	5 893	45,5	1,8	52,7
Landkreise							
Bernkastel-Wittlich	1 274	66	320	888	5,2	25,1	69,7
Bitburg-Prüm	1 538	35	468	1 035	2,3	30,4	67,3
Daun	1 218	86	74	1 059	7,1	6,0	86,9
Trier-Saarburg	1 658	72	503	1 083	4,3	30,4	65,3
RB Trier	16 873	5 350	1 566	9 958	31,7	9,3	59,0
Kreisfreie Städte							
Frankenthal (Pfalz)	42	-	-	42	-	-	100,0
Kaiserslautern	6 433	5 382	-	1 051	83,7	-	16,3
Landau i.d.Pfalz	12	-	-	12	-	-	100,0
Ludwigshafen a.Rhein	12 022	11 871	-	151	98,7	-	1,3
Mainz	9 584	8 753	803	27	91,3	8,4	0,3
Neustadt a.d.Weinstr.	-	-	-	-	-	-	-
Pirmasens	1 823	1 592	15	216	87,4	0,8	11,8
Speyer	484	362	-	122	74,7	-	25,3
Worms	1 816	600	-	1 216	33,0	-	67,0
Zweibrücken	2 213	2 053	-	161	92,7	-	7,3
Landkreise							
Alzey-Worms	147	-	-	147	-	-	100,0
Bad Dürkheim	170	35	40	95	20,7	23,3	56,0
Donnersbergkreis	315	-	112	204	-	35,4	64,6
Germersheim	204	-	-	204	-	-	100,0
Kaiserslautern	1 647	456	6	1 186	27,7	0,3	72,0
Kusel	234	7	22	204	3,2	9,5	87,3
Südliche Weinstraße	2 142	1 519	115	508	70,9	5,4	23,7
Ludwigshafen	101	31	25	44	31,1	25,1	43,8
Mainz-Bingen	891	692	68	131	77,6	7,7	14,7
Pirmasens	1 159	266	157	736	22,9	13,6	63,5
RB Rheinhessen-Pfalz	41 436	33 617	1 363	6 456	81,1	3,3	15,6
Deutsche Bundesbahn	43 571	27 781	1 183	14 607	63,8	2,7	33,5
Deutsche Bundespost	26 315	18 356	289	7 669	69,8	1,1	29,1
Rheinland-Pfalz	156 137	99 444	6 681	50 012	63,7	4,3	32,0
Unternehmen ohne Bundesbahn und -post	86 251	53 307	5 208	27 736	61,8	6,0	32,2

1) Regionale Zuordnung nach dem Sitz des Unternehmens, wobei die Beförderungsleistungen von Bundesbahn und Bundespost nicht regionalisiert sind. - 2) Nach § 43 PBefG.

Personenbeförderung im Straßenverkehr nach Verkehrsformen 1974 – 1979

Verkehrsform	1974		1976		1978		1979	
	ins- gesamt	%	ins- gesamt	%	ins- gesamt	%	ins- gesamt	%
Beförderte Personen (1 000)								
Allgemeiner Linienverkehr ¹⁾	303 690	82,1	280 708	80,0	272 703	77,7	270 965	78,9
Sonderformen des Linienverkehrs	59 781	16,2	64 091	18,3	71 495	20,4	65 916	19,2
Berufsverkehr	12 460	3,4	10 381	3,0	9 273	2,6	9 197	2,7
Fahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten ²⁾	5 384	1,5	9 246	2,6	6 519	1,9	6 681	2,0
Freigestellter Schülerverkehr	41 936	11,4	44 464	12,7	55 697	15,9	50 012	14,6
Gelegenheitsverkehr	6 262	1,7	5 999	1,7	6 627	1,9	6 390	1,9
Ausflugsfahrten	1 231	0,3	1 400	0,4	1 664	0,5	1 716	0,5
Ferienziel-Reisen	44	0,0	40	0,0	57	0,0	78	0,0
Mietwagenverkehr	4 987	1,3	4 559	1,3	4 906	1,4	4 596	1,3
I n s g e s a m t	369 733	100,0	350 798	100,0	350 825	100,0	343 271	100,0
Wagenkilometer (1 000)								
Allgemeiner Linienverkehr ¹⁾	87 013	54,2	90 902	52,8	89 146	50,1	89 546	49,4
Sonderformen des Linienverkehrs	40 435	25,2	44 074	25,6	46 743	26,3	46 221	25,5
Berufsverkehr	15 842	9,9	13 716	8,0	12 721	7,2	12 879	7,1
Fahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten ²⁾	2 477	1,5	5 478	3,2	5 522	3,1	6 088	3,4
Freigestellter Schülerverkehr	22 115	13,8	24 879	14,4	28 492	16,0	27 226	15,0
Gelegenheitsverkehr	32 977	20,6	37 237	21,6	42 082	23,6	45 382	25,1
Ausflugsfahrten	10 281	6,4	11 762	6,8	13 596	7,6	14 839	8,2
Ferienziel-Reisen	1 136	0,7	1 354	0,8	1 656	0,9	2 494	1,4
Mietwagenverkehr	21 560	13,5	24 121	14,0	26 830	15,1	28 049	15,5
I n s g e s a m t	160 425	100,0	172 213	100,0	177 971	100,0	181 149	100,0
Personenkilometer (1 000)								
Allgemeiner Linienverkehr ¹⁾	2 277 895	49,9	2 135 055	47,4	2 051 820	43,9	2 059 840	43,3
Sonderformen des Linienverkehrs	1 070 102	23,4	1 063 308	23,6	1 086 536	23,3	1 004 725	21,1
Berufsverkehr	311 555	6,8	268 060	6,0	212 069	4,6	208 633	4,4
Fahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten ²⁾	74 844	1,6	112 006	2,5	94 757	2,0	104 035	2,2
Freigestellter Schülerverkehr	683 659	15,0	683 226	15,1	779 435	16,7	691 024	14,5
Gelegenheitsverkehr	1 219 150	26,7	1 306 627	29,0	1 532 746	32,8	1 696 767	35,6
Ausflugsfahrten	415 023	9,1	444 938	9,9	486 156	10,4	568 136	11,9
Ferienziel-Reisen	35 565	0,8	38 486	0,9	65 767	1,4	90 498	1,9
Mietwagenverkehr	768 562	16,8	823 203	18,2	980 823	21,0	1 038 133	21,8
I n s g e s a m t	4 567 147	100,0	4 504 990	100,0	4 671 102	100,0	4 761 332	100,0
Einnahmen ³⁾ (1 000 DM)								
Allgemeiner Linienverkehr ¹⁾	169 279	70,4	185 346	69,2	200 913	68,1	205 208	66,6
Sonderformen des Linienverkehrs	24 252	10,1	28 012	10,5	26 069	8,8	26 997	8,8
Berufsverkehr	20 442	8,5	19 403	7,3	18 450	6,2	18 741	6,1
Fahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten ²⁾	3 808	1,6	8 608	3,2	7 604	2,6	8 195	2,6
Gelegenheitsverkehr	46 766	19,5	54 457	20,3	68 056	23,1	75 983	24,6
Ausflugsfahrten	14 810	6,2	17 742	6,6	22 044	7,5	24 981	8,1
Ferienziel-Reisen	1 986	0,8	2 542	0,9	3 599	1,2	5 428	1,8
Mietwagenverkehr	29 970	12,5	34 173	12,8	42 413	14,4	45 574	14,8
I n s g e s a m t	240 297	100,0	267 815	100,0	295 038	100,0	308 188	100,0

1) Einschließlich Markt- und Theaterfahrten. – 2) Nach § 43 PBefG. – 3) Ohne Freigestellten Schülerverkehr.

von 10%, und zwar bedingt durch die Abwanderung zum Individualverkehr. Der Kraftfahrzeugbestand erhöhte sich in dieser Zeit um 56% auf 1,7 Mill.

Ein Drittel der im Jahre 1979 erfaßten Schüler wurde von Fahrzeugen der kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen oder Kraftomnibussen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen befördert. Auf private Verkehrsunternehmen entfiel ein Anteil von 22%, während die Omnibusdienste von Bundesbahn und Bundespost 45% der Schüler transportierten. Annähernd zwei Drittel aller Schüler benutzten den allge-

meinen Linienverkehr. Rund 4% machten spezielle Schülerfahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten, 32% der Beförderungsfälle zählten zum freigestellten Schülerverkehr, der unentgeltlichen Beförderung unter Ausschluß anderer Fahrgäste, wobei der Schulträger die Beförderungskosten übernimmt.

Von allen im Jahre 1979 durch kommunale und gemischtwirtschaftliche Verkehrsunternehmen beförderten Personen waren 30% Schüler. Bei den privaten Unternehmen (65%) sowie den Kraftomnibussen von Bundesbahn und Bundespost (59%) lagen die Schü-

leranteile wesentlich höher. 37% der im allgemeinen Linienverkehr transportierten Personen waren Schüler.

Ludwigshafen vorn

Die regionale Zuordnung des Schülerverkehrs erfolgte nach dem Unternehmenssitz, wobei die Beförderungsleistungen von Bundesbahn und -post nicht nach Verwaltungsbezirken aufgeteilt sind und daher bei den Regionaldaten unberücksichtigt bleiben. Im Jahre 1979 beförderten die rheinland-pfälzischen Straßenverkehrsunternehmen mehr als 86 Mill. Schüler. Unter den Verwaltungsbezirken lag die Stadt Ludwigshafen mit 12 Mill. beförderten Schülern vorn. Es folgen die Städte Trier (11,2 Mill.), Mainz (9,6 Mill.), Kaiserslautern (6,4 Mill.), der Landkreis Neuwied (4,9 Mill.) und die Stadt Koblenz (4,6 Mill.). Auch in den Landkreisen Ahrweiler und Altenkirchen wurden jeweils mehr als 3 Mill. Schüler befördert.

Im Landesdurchschnitt benutzten 62% der Schüler den allgemeinen Linienverkehr. Dieser Anteil lag in elf Verwaltungsbezirken höher. In den Städten Ludwigshafen und Koblenz wurden die Schüler fast ausschließlich im allgemeinen Linienverkehr befördert. Dagegen überwog in 20 Verwaltungsbezirken der freigestellte Schülerverkehr. Die Unternehmen der Städte Frankenthal und Landau sowie der Landkreise Alzey-Worms und Germersheim wiesen ausschließlich freigestellten Schülerverkehr aus. Spezielle Schülerfahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten hatten mit 35% im Donnersbergkreis den höchsten Anteil.

Freigestellter Schülerverkehr erbringt 15% der Wagenkilometer

Bei der Personenbeförderung im Straßenverkehr wurden 1979 rund 181 Mill. Wagenkilometer geleistet, wobei gegenüber den Vorjahren ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen ist. Im Jahre 1974 waren es 160 Mill. Wagenkilometer gewesen. Unter der Zahl der Wagenkilometer ist die Gesamtstrecke zu verstehen, die von den Fahrzeugen - Anhänger werden hier als selbständige Einheit miteingerechnet - zum Zwecke der Personenbeförderung zurückgelegt wurde. Die tatsächliche Besetzung der Verkehrsmittel ist unerheblich. 1979 entfiel auf den allgemeinen Linienverkehr knapp die Hälfte aller Wagenkilometer, während die Sonderformen des Linienverkehrs und der Gelegenheitsverkehr Anteile von jeweils 25% hatten. Der freigestellte Schülerverkehr war mit 15% und die Schülerfahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten mit 3,4% beteiligt. Im Vergleich zu 1974 nahm die Wagenkilometer-Leistung der letztgenannten Verkehrsform auf das 2,5fache zu, im Vergleich zu 1978 waren es 10% mehr.

Im Jahre 1979 leistete der öffentliche Straßenpersonenverkehr nahezu 4,8 Mrd. Personenkilometer, wobei im Vergleich zu den Vorjahren geringe Zunahmen zu registrieren sind. Die Zahl der Personenkilometer entspricht der Fahrstrecke, über welche die einzelnen Fahrgäste befördert wurden. Sie errechnet sich durch Multiplikation der Zahl der beförderten Personen mit

Einnahmen und Reiseweiten im Straßenpersonenverkehr nach Verkehrsformen 1974 und 1979

Verkehrsform	1974	1979	Veränderung in %
Einnahmen je Wagenkilometer in DM			
Allgemeiner Linienverkehr ¹⁾	1,95	2,29	17,4
Sonderformen des Linienverkehrs	1,32	1,42	7,6
Berufsverkehr	1,29	1,46	13,2
Fahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten ²⁾	1,54	1,35	- 12,3
Gelegenheitsverkehr	1,42	1,67	17,6
Ausflugsfahrten	1,44	1,68	16,7
Ferienziel-Reisen	1,75	2,18	24,6
Mietwagenverkehr	1,39	1,62	16,5
Insgesamt	1,74	2,00	14,9
Einnahmen je Personenkilometer in Pfennig			
Allgemeiner Linienverkehr ¹⁾	7,4	10,0	35,1
Sonderformen des Linienverkehrs	6,3	8,6	36,5
Berufsverkehr	6,6	9,0	36,4
Fahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten ²⁾	5,1	7,9	54,9
Gelegenheitsverkehr	3,8	4,5	18,4
Ausflugsfahrten	3,6	4,4	22,2
Ferienziel-Reisen	5,6	6,0	7,1
Mietwagenverkehr	3,9	4,4	12,8
Insgesamt	6,2	7,6	22,6
Mittlere Reiseweite in km			
Allgemeiner Linienverkehr	8	8	-
Sonderformen des Linienverkehrs	18	15	- 16,7
Berufsverkehr	25	23	- 8,0
Fahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten ²⁾	14	16	14,3
Freigestellter Schülerverkehr	16	14	- 12,5
Gelegenheitsverkehr	195	266	36,4
Ausflugsfahrten	337	331	- 1,8
Ferienziel-Reisen	815	1 160	42,3
Mietwagenverkehr	154	226	46,8
Insgesamt	12	14	16,7

1) Ohne Freigestellten Schülerverkehr. - 2) Nach § 43 PBefG.

der mittleren Reiseweite. Die 1979 ermittelten Personenkilometer entfielen zu 43% auf den allgemeinen Linienverkehr. Der Gelegenheitsverkehr verzeichnete einen Anteil von 36%, während die Sonderformen des Linienverkehrs mit 21% beitrugen. Darunter waren der freigestellte Schülerverkehr mit 15% und die Schülerfahrten zwischen Wohnung und Lehranstalt mit 2,2% beteiligt. Beim freigestellten Schülerverkehr blieb die Zahl der Personenkilometer gegenüber 1974 fast unverändert, für Schülerfahrten zwischen Wohnung und Lehranstalt errechnet sich eine Steigerung um rund 40%.

62 Mill. DM Einnahmen aus dem Schülerverkehr

Im Jahre 1979 erzielte der öffentliche Personenverkehr mit Straßenverkehrsmitteln 308 Mill. DM Einnahmen. Die Einnahmen aus dem Schülerverkehr ohne die Entgelte für den freigestellten Schülerverkehr beliefen sich auf 62 Mill. DM. Hiervon entfielen 54 Mill. DM auf die Schülertransporte innerhalb des allgemeinen Linienverkehrs und 8 Mill. DM auf Schülerfahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten. Mithin betrugen die aus dem Schülerverkehr erzielten Einnahmen unter Berücksichtigung der genannten Ein-

schränkung 20% der Gesamteinnahmen. Im Jahre 1974 waren es 18% gewesen.

Von den Unternehmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs wurden 1979 je gefahrenen Wagenkilometer Einnahmen von 2 DM erzielt. Gegenüber 1974 ist eine Steigerung um 15% zu verzeichnen, welche etwa der Entwicklung beim allgemeinen Linienverkehr (+ 17%) entspricht. Unter den Verkehrsformen errechnet sich mit + 25% für Ferienzielreisen die höchste Zunahme. Bei Schülerfahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten nahmen die Einnahmen je Wagenkilometer um 12% auf 1,35 DM ab.

Im Jahre 1979 wurden durchschnittlich 7,6 Pfennig Einnahmen je Personenkilometer ermittelt, das sind

23% mehr als 1974. Auch beim allgemeinen Linienverkehr mit 10 Pfennig Einnahmen je Personenkilometer verlief die Entwicklung seit 1974 überdurchschnittlich (+ 35%). Gleiches gilt für die Sonderformen des Linienverkehrs (+ 37%), worunter der Schülerverkehr mit 55% am stärksten expandierte. Für Schülerfahrten errechnen sich 1979 Einnahmen von 7,9 Pfennig je Personenkilometer.

Während zwischen 1974 und 1979 die bei der Personenbeförderung erzielten Einnahmen um 28% zunahmen, stiegen die je Wagenkilometer und je Personenkilometer errechneten Werte um 15 bzw. 23%.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Großhandel 1979

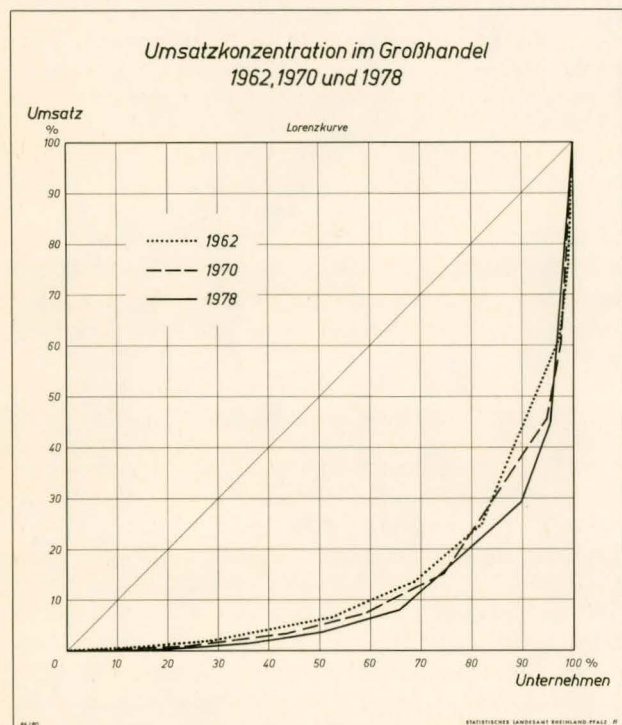
Der Großhandel übt eine wichtige Funktion im Rahmen der gewerbsmäßigen Vermittlung zwischen Herstellern und Verbrauchern aus. Während der Einzelhändler in der Regel direkten Kontakt zu den privaten Haushalten unterhält, ist es Aufgabe des Großhändlers, die räumliche Distanz zwischen Produzenten und Weiterverarbeitern bzw. zwischen Produzenten und den zahlreichen Einzelhändlern zu überbrücken. Eine zunehmende Konkurrenz für den Großhandel stellen daher inzwischen die großflächig angelegten Verbrauchermärkte dar, die durch direkten Großeinkauf beim Hersteller in der Lage sind, Preisvorteile für den privaten Verbraucher heraus zu schlagen. Mit den nachfolgenden Ausführungen, denen erste Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1979 zugrunde lie-

gen, soll ein Überblick über Struktur und Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges in Rheinland-Pfalz im Laufe der letzten elf Jahre gegeben werden.

Nahrungs- und Genußmittel bedeutendster Großhandelszweig

Am 31. März 1979 waren in Rheinland-Pfalz rund 6 500 Großhändler mit 58 000 Beschäftigten und einem Umsatz von insgesamt 19 Mrd. DM im Jahre 1978 tätig. Das sind durchschnittlich 9 Beschäftigte und 2,9 Mill. DM pro Unternehmen. Die Zahl der Unternehmen verringerte sich damit gegenüber 1968, dem Termin der letzten Zählung, um rund 250 oder 3,5% und die Zahl der hier tätigen Personen um 3 000 oder 5,1%. Mit Hilfe von verstärkten Rationalisierungsmaßnahmen in einigen Großhandelszweigen konnten trotz des Schrumpfungsprozesses die Jahreserlöse in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt werden. Allerdings ging das Wachstum nahezu zur Hälfte auf das Konto von Preisanhebungen, die sich von 1967 bis 1978 auf über 50% beliefen.

Die aufgezeigte Entwicklung ergibt sich jedoch als Saldo in den zum Teil recht heterogenen Großhandelszweigen, die vom Handel mit Erzen, Stahl und NE-Metallen bis zum Nahrungs- und Genußmittelgewerbe reichen. Die letzt genannte Branche spielt in Rheinland-Pfalz mit einem Marktanteil von einem Drittel weitaus die größte Rolle. Um vor allem auch gegen die wachsende Konkurrenz der Verbrauchergroßmärkte bestehen zu können, mußte sie in den letzten elf Jahren einen starken Konzentrationsprozeß über sich ergehen lassen. Während die Zahl der in diesem Zweig tätigen Unternehmen in dieser Zeit um 300 oder 12% auf rund 2 000 zurückging, erzielten die verbliebenen Firmen 1978 einen doppelt so hohen Jahresumsatz wie 1967. Pro Unternehmen sind dies 3 Mill. gegenüber 1,3 Mill. DM vor elf Jahren. Einen noch stärkeren Schrumpfungsprozeß machten der Großhandel mit Getreide, Futtermitteln und Tieren sowie derjenige mit Papier, Druckerzeugnissen und Wa-



Großhandelsunternehmen nach Wirtschaftsgruppen am 31. März 1979

Großhandelszweig	Unternehmen		Beschäftigte				Umsatz 1978 (ohne Umsatzsteuer)			
	ins- gesamt	Verän- derung zu 1968	ins- gesamt	Verän- derung zu 1968	je Unternehmen		ins- gesamt	Verän- derung zu 1967	je Unternehmen	
					1968	1979			1967	1978
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl		1 000 DM	%	1 000 DM	
Getreide, Saaten, Pflanzen, Futter- und Düngemittel, Tiere	707	- 53,6	3 643	- 41,8	4,1	5,2	1 677 625	48,7	740	2 373
Textile Rohstoffe, Halbwaren, Häute, Felle, Leder	38	58,3	233	94,2	5,0	6,1	123 510	515,9	836	3 250
Technische Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	27	17,3	343	211,8	4,8	12,7	73 435	835,0	341	2 720
Feste Brennstoffe, Mineralöl- erzeugnisse	127	-	1 321	5,4	9,9	10,4	1 269 777	355,3	2 196	9 998
Erze, Stahl, NE-Metalle, Halbzeug	59	25,5	1 777	- 2,0	38,6	30,1	952 029	131,6	8 748	16 136
Holz, Baustoffe, Installationsbedarf	638	17,1	8 002	12,2	13,1	12,5	2 163 258	147,1	1 606	3 391
Altmaterial, Reststoffe	395	106,8	1 174	13,5	5,4	3,0	161 957	109,2	405	410
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	2 075	- 12,1	16 455	- 15,1	8,2	7,9	6 138 949	102,1	1 286	2 959
Textilien, Bekleidung, Schuhe	362	83,8	2 991	29,2	11,8	8,3	773 252	213,1	1 254	2 136
Metallwaren, Einrichtungs- gegenstände	578	37,3	6 971	23,9	13,4	12,1	1 608 626	197,1	1 286	2 783
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Schmuck, Spielwaren	325	94,6	1 232	50,6	4,9	3,8	238 988	153,9	564	735
Fahrzeuge, Fahrzeugteile, -zubehör und -reifen	904	13,4	8 708	- 5,5	11,6	9,6	2 555 156	150,9	1 278	2 827
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse, Laborbedarf, medizinische Artikel, Reinigungsmittel	135	8,0	2 542	8,3	18,8	18,8	812 143	208,2	2 108	6 016
Papier, Schreibwaren, Druck- erzeugnisse, Waren verschiedener Art	189	- 23,2	2 185	- 32,7	13,2	11,6	433 123	- 15,9	2 093	2 292
Insgesamt	6 559	- 3,5	57 577	- 5,1	8,9	8,8	18 981 835	122,9	1 252	2 894

ren verschiedener Art durch. Während der Landhandel bei einer um 50% verringerten Unternehmenszahl noch eine etwa gleich hohe Umsatzsteigerung aufwies, war beim Handel mit Papierwaren und Waren verschiedener Art die Verkleinerung der Unternehmenszahl um nahezu ein Viertel von einer Umsatzeinbuße von 16% begleitet. Diese Entwicklung wurde in diesem heterogenen Restbereich jedoch ausschließlich vom Großhandel mit Waren verschiedener Art bestimmt, der 1978 nur noch den achten Teil des 1967 erzielten Umsatzes erreichte. Dagegen wies der Handel mit Papierwaren und Druckerzeugnissen im Beobachtungszeitraum eine Steigerung seiner Erlöse um 216% auf.

Die weitaus größten Großhandelsunternehmen sind im Bereich Erze, Stahl, NE-Metalle und Halbzeug zu finden. Hier setzten die 59 Firmen, in welchen durchschnittlich 30 Beschäftigte tätig waren, pro Unternehmen 16 Mill. DM um. Im Vergleich zu 1968 wurde damit der doppelte Umsatz mit einer deutlich geringeren Beschäftigtenzahl erzielt. Überwiegend Großunternehmen gibt es ferner in den Großhandelszweigen mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (10 Mill. DM Umsatz je Unternehmen) sowie mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, Laborbedarf und Reinigungsmitteln (6 Mill. DM). Als die kleinsten Unternehmen erwiesen sich die Altmaterialhändler (400 000 DM).

Großhandelsunternehmen und deren Umsatz nach Umsatzgrößenklassen 1962 - 1978

- Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik -

Umsatzgrößenklasse	Steuerpflichtige Unternehmen			Steuerbarer Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)		
	1962	1970	1978	1962	1970	1978
	Anteil in %					
unter 50 000 DM	14,3	12,7	10,4	0,5	0,3	0,1
50 000 - 100 000 "	14,4	10,7	9,2	1,3	0,6	0,3
100 000 - 250 000 "	23,5	19,9	16,6	4,6	2,4	1,1
250 000 - 500 000 "	16,6	15,9	14,5	7,1	4,1	2,1
500 000 - 1 Mill. "	13,1	15,3	15,2	11,1	7,8	4,4
1 Mill. - 5 Mill. "	15,2	20,1	24,0	36,6	30,3	21,1
5 Mill. - 10 Mill. "	1,8	3,0	5,7	14,4	14,6	15,7
10 Mill. und mehr "	1,0	2,3	4,5	24,3	39,9	55,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Ein Drittel der Unternehmen erzielte über 90% des Umsatzes

Von den 6 500 Großhandelsunternehmen hatten nur 1 200 oder 18% zehn Beschäftigte und mehr. Diese erzielten aber drei Viertel des Umsatzes. Am stärksten besetzt war mit knapp der Hälfte aller Unternehmen die Gruppe der Ein- und Zwei-Mann-Unternehmen. Diese waren am Gesamtumsatz aber nur zu 6% beteiligt. Im Laufe der letzten elf Jahre hatte sich hier die Unternehmenskonzentration verstärkt. Während sich der Anteil der größeren Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten um einen Prozentpunkt verringerte, erhöhte sich deren Marktanteil - gemessen am Umsatz - um drei Prozentpunkte. Im Durchschnitt nahmen die Unternehmen dieser Kategorie rund 12 Mill. DM ein im Vergleich zu knapp 5 Mill. DM im Jahre 1967. Die Einzelhandelsunternehmen dieser Größenordnung setzten 1978 durchschnittlich 6 Mill., 1967 aber erst 1,8 Mill. DM um.

Neben der Beschäftigtenzahl wird der Umsatz als Kriterium für die Klassifizierung nach der Unterneh-

mensgröße verwendet. Zur Verdeutlichung des Konzentrationsprozesses eignen sich die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik besser, weil sie in einer tiefergehenden Gliederung nach Umsatzgrößenklassen vorliegen als die vorläufigen Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung. Danach erzielten 1978 rund 50% der Großhandelsunternehmen weniger als eine halbe Million DM Umsatz. Am Gesamtumsatz waren diese aber nur zu 3,6% beteiligt. Im Jahre 1962 belief sich der zahlenmäßige Anteil dieser Größenklasse noch auf 69% mit einem Marktanteil von 13,5%. Als Gegenstück dazu erzielte 1978 gut ein Drittel der Unternehmen mehr als 1 Mill. DM Umsatz. Auf sie entfiel ein Marktanteil von 92%. Zu Beginn der 60er Jahre lagen die Anteilsätze noch bei 18% (Unternehmen) und 75% (Umsatz). Rund 360 Unternehmen setzten im Jahre 1978 bereits 10 Mill. DM und mehr um (1962: 78) und erreichten damit einen Anteil am Gesamtumsatz von 55% (1962: 24%).

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Schwangerschaftsabbrüche 1979

Die neuen rechtlichen Bestimmungen wurden in einem Beitrag über Schwangerschaftsabbrüche 1977 im Rahmen dieser Veröffentlichungsreihe bereits ausführlich dargestellt¹⁾. Sie sind jetzt vier Jahre in Kraft. Mit der Neuregelung war die statistische Erfassung aller legalen Schwangerschaftsabbrüche gesetzlich angeordnet worden. Demzufolge ist der abbrechende Arzt verpflichtet, jeden unter den Voraussetzungen des § 218 a StGB vorgenommenen Schwangerschaftsabbruch bis zum Ende des laufenden Kalendervierteljahres zu melden. Die Meldungen erfolgen auf einem ablochfähigen Individualzählblatt, das die gesetzlich vorgeschriebenen Erhebungstatbestände enthält. Es enthält Angaben über den Grund (Indikation), die Schwangerschaftsdauer, die Art des Eingriffs (ggf. abbruchbewirkendes Medikament), beobachtete Komplikationen, Ort des Eingriffs, Einrichtung, in der der Abbruch vorgenommen wurde und die Dauer des Krankenhausaufenthaltes. Der Name der Schwangeren wird nicht angegeben.

Der Schwangerschaftsabbruch wird nur nach dem Ort des Eingriffs, nicht aber nach dem Wohnort der Schwangeren registriert. Beide Orte müssen nicht identisch sein. Sicher wird oder muß in einer nicht geringen Zahl von Fällen die Schwangere einen außerhalb ihres Wohnortes liegenden Eingriffsort wählen. Hinzu kommt noch eine gewisse Untererfassung, weil vermutlich nicht alle legalen Abbrüche von den Ärzten gemeldet werden. Trotz dieser Einschränkungen erlauben die Ergebnisse der Schwangerschaftsabbruch-Statistik Rückschlüsse auf Entwicklungen und struk-

turelle Unterschiede, über die anderweitig keine Angaben verfügbar sind.

Zahl der Meldungen deutlich gestiegen

Für das Jahr 1979 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 1 232 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet, das sind 645 oder 110% mehr als zwei Jahre zuvor. Die Zunahme gegenüber 1977 dürfte vermutlich nicht allein auf eine größere Zahl tatsächlich durchgeführter Schwangerschaftsabbrüche zurückzuführen sein, sondern auch auf die wachsende Bereitschaft der Ärzte, der Meldepflicht nachzukommen. Das Ausmaß der Veränderung war allerdings in diesen beiden Jahren sehr unterschiedlich. Während Rheinland-Pfalz 1978 den zweithöchsten Zuwachs im Bundesgebiet verzeichnete (+ 72%) lag die Steigerungsrate 1979 noch bei 22% (Bundesdurchschnitt + 12,6%). Auf 100 000 Frauen im gebärfähigen Alter bezogen, wurden im Berichtsjahr 108 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet, gegenüber 51 Abbrüchen 1977. Bezogen auf 10 000 der im Berichtsjahr Geborenen ergeben sich 352 (1977: 171).

Zwei von drei Abbrüchen wegen sonstiger schwerer Notlage

Gemäß § 218 a StGB werden folgende Indikationen nachgewiesen: Allgemeinmedizinische, psychiatrische, eugenische und ethische (kriminologische) Indikation sowie sonstige schwere Notlage (soziale Indikation). Bei Vorliegen mehrerer Indikationen findet in der Statistik nur die jeweils schwerwiegendste Berücksichtigung.

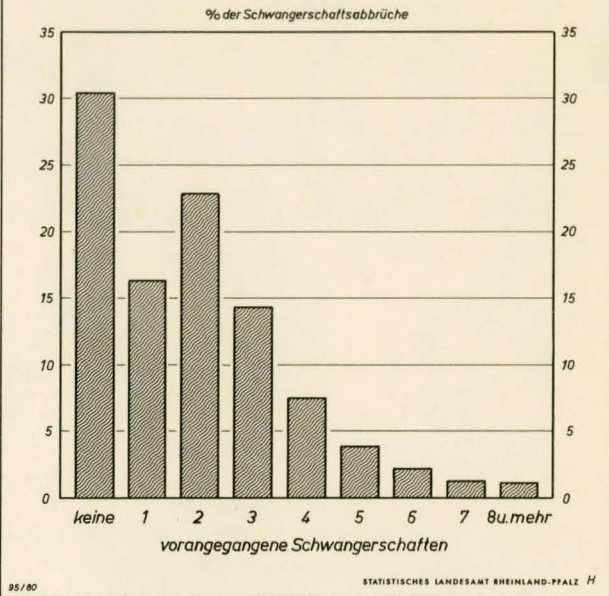
¹⁾ R. Zirwes: Schwangerschaftsabbrüche 1977. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 31, Heft 7, Juli 1978.

Die Verteilung der Schwangerschaftsabbrüche nach der Begründung hat sich in Rheinland-Pfalz gegenüber 1977 deutlich verändert. Die Abbrüche aufgrund einer sonstigen schweren Notlage, der sogenannten sozialen Indikation, erhöhten sich um 542 auf 762. Sie machten 1979 mehr als drei Fünftel (61,9%) aller Abbrüche aus, gegenüber 49% im Vorjahr und 38% im Jahre 1977. Dagegen sind die Anteile der Schwangerschaftsabbrüche aufgrund allgemein-medizinischer Indikation (24,1%) sowie psychiatrischer Indikation (2,4%) stark zurückgegangen. Zwei Jahre zuvor war fast jeder zweite Schwangerschaftsabbruch aufgrund einer allgemein-medizinischen Indikation durchgeführt worden, und annähernd fünf von hundert Abbrüchen hatte eine psychiatrische Indikation zugrunde gelegen. Schwangerschaftsabbrüche aufgrund eugenischer Indikation sind in jedem zehnten Fall zu verzeichnen. Nach wie vor selten sind die Fälle, in denen eine ethische Indikation nachgewiesen wird. Im Berichtsjahr wurde nur in einem Fall der Abbruch der Schwangerschaft mit deren Entstehen infolge einer strafbaren sexuellen Handlung begründet.

Die soziale Indikation wurde vor allem jungen Frauen und Mädchen zuerkannt. Etwa jede Fünfte der Schwangeren hatte das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet. Dagegen war nur jede zehnte Frau, deren Schwangerschaft einer sonstigen schweren Notlage zufolge vorzeitig beendet wurde, älter als 40. Die allgemein-medizinische Indikation wird hingegen anteilmäßig häufiger mit zunehmendem Alter der Frau, wobei sich der zahlenmäßige Schwerpunkt im Altersbereich zwischen 35 und 40 Jahren (20,2%) befindet.

Bei Ledigen und Geschiedenen dominiert die sonstige schwere Notlage, die in 75% bzw. 81% zum

Schwangerschaftsabbrüche nach der Zahl der vorangegangenen Schwangerschaften 1979



Schwangerschaftsabbruch führte; relativ wenige Abbrüche waren bei diesem Personenkreis auf eine allgemein-medizinische Indikation zurückzuführen (14 bzw. 13%). Bei Verheirateten lag der Anteil der sozialen Indikation nur bei 54%, der der allgemein-medizinischen Indikation dagegen bei drei Zehntel.

Ein Blick auf die Ergebnisse des Bundesgebietes zeigt, daß die Abweichung der rheinland-pfälzischen Werte vom Gesamtdurchschnitt deutlich geringer geworden ist. Der Anteil der allgemein-medizinischen Indikation (24,1%) liegt noch um etwa drei Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt, die Quote der mit sonstiger schwerer Notlage begründeten Abbrüche (62%) um rund 9 Prozentpunkte darunter.

Höchste Rate der Schwangerschaftsabbrüche bei den 30- bis 35jährigen Frauen

Die Altersstruktur der betroffenen Frauen hat sich gegenüber 1977 deutlich verändert. Während die vor zwei Jahren noch relativ schwach besetzten jüngeren Jahrgänge anteilmäßig erheblich zugenommen haben, hat sich der Anteil der 35- bis 40jährigen von fast 27% (1977) auf ein Sechstel aller Abbrüche reduziert. Die fünf Altersgruppen zwischen 15 und 40 Jahren weisen eine recht gleichmäßige Besetzung von jeweils 200 bis 220 Fällen auf, die zusammen einen Anteil von mehr als vier Fünftel aller im Jahre 1979 gemeldeten Abbrüche entsprechen.

Bezieht man die legalen Schwangerschaftsabbrüche auf 100 000 Frauen des gleichen Altersbereiches ergibt sich allerdings ein anderes Bild: 40- bis 45jährige 96 (73), 35- bis 40jährige 170 (114), 30- bis 35jährige 209 (88), 25- bis 30jährige 181 (86), 20- bis 25jährige 158 (50), 15- bis 20jährige 130 (39). Am häufigsten wurden Schwangerschaftsabbrüche also bei Frauen im Alter von 30 bis 35 Jahren vorgenommen.

Schwangerschaftsabbrüche nach Alter der Schwangeren und Familienstand 1979						
Altersgruppe	Ins-gesamt	Ledig	Ver-hei-ratet	Ver-witwet	Ge-schie-den	Unbe-kannt
Insgesamt						
unter 15 Jahre	3	3	-	-	-	-
15 - 20 "	206	189	16	-	-	1
20 - 25 "	210	91	103	-	10	6
25 - 30 "	221	32	164	-	20	5
30 - 35 "	207	18	164	2	20	3
35 - 40 "	201	4	181	3	12	1
40 - 45 "	129	1	119	2	6	1
45 - 55 "	25	-	23	-	1	1
Unbekannt	30	7	22	-	1	-
Insgesamt	1 232	345	792	7	70	18
dagegen 1978	1 008	226	689	10	64	19
1977	587	92	440	9	40	6
Anteil in %						
unter 15 Jahre	0,2	0,9	-	-	-	-
15 - 20 "	16,7	54,8	2,0	-	-	5,6
20 - 25 "	17,0	26,4	13,0	-	14,3	33,3
25 - 30 "	17,9	9,3	20,7	-	28,6	27,8
30 - 35 "	16,8	5,2	20,7	28,6	28,6	16,7
35 - 40 "	16,3	1,2	22,9	42,9	17,1	5,6
40 - 45 "	10,5	0,3	15,0	28,6	8,6	5,6
45 - 55 "	2,0	-	2,9	-	1,4	5,6
Unbekannt	2,4	2,0	2,8	-	1,4	-
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Schwangerschaftsabbrüche nach Alter der Schwangeren und Zahl der zu versorgenden Kinder 1979

Alter der Schwangeren	Insgesamt		Mütter mit ... ledigen Kindern			
			1	2	3	4 und mehr
	Anzahl	%	Anzahl			
unter 15 Jahre	-	-	-	-	-	-
15 - 20 "	15	1,8	11	3	-	1
20 - 25 "	98	11,6	55	36	4	3
25 - 30 "	170	20,2	67	65	25	13
30 - 35 "	193	22,9	49	76	35	33
35 - 40 "	188	22,3	33	78	38	39
40 - 45 "	133	15,8	30	38	32	33
45 - 55 "	21	2,5	1	9	5	6
Unbekannt	25	3,0	10	8	3	4
Insgesamt	843	100,0	256	313	142	132
%	100,0	.	30,4	37,1	16,8	15,7
dagegen 1978	760	100,0	196	300	132	132
%	100,0	.	25,8	39,5	17,4	17,4
dagegen 1977	487	100,0	101	152	120	114
%	100,0	.	20,7	31,2	24,6	23,4

Mehr als die Hälfte aller Schwangerschaftsabbrüche (792 von 1 232) betraf verheiratete Frauen, knapp drei Zehntel (345) entfielen auf Ledige. Die für Verwitwete, Geschiedene und Frauen mit unbekanntem Familienstand nachgewiesenen Fälle fielen mit 7,7% aller Meldungen nicht ins Gewicht.

Zunehmende Neigung zum Schwangerschaftsabbruch bei kinderlosen Frauen

Zwei von drei Frauen, deren Schwangerschaft abgebrochen wurde, hatten ledige minderjährige oder ältere pflegebedürftige Kinder. Insgesamt 413 Frauen hatten noch keine Kinder. 1977 ist die Bereitschaft zu einem Abbruch der Schwangerschaft bei kinderlosen Frauen offensichtlich geringer gewesen. Ihr Anteil war damals nur halb so hoch.

Um mögliche Zusammenhänge mit der Belastung der Mütter durch die Erziehung und Versorgung von

ledigen unter 18jährigen Kindern transparent zu machen, wurde in der Schwangerschaftsabbruch-Statistik zwischen Müttern mit Kindern im eigenen Haushalt und solchen Müttern, deren Kinder anderswo untergebracht waren, unterschieden. Hier sind insofern Doppelzählungen möglich, als Frauen beiden Gruppen zugeordnet werden können (insgesamt 24 Fälle). 32 von 819 Müttern lebten von ihren Kindern dauernd getrennt.

Von den Müttern mit im eigenen Haushalt lebenden Kindern hatten 29% ein Kind, 38% zwei Kinder, 17% drei Kinder und 16% vier oder mehr Kinder. Erhebliche Abweichungen zeigen sich bei einem Vergleich dieser Relationen mit denen der Gesamtbevölkerung. Hier entfielen auf Mütter mit einem Kind 49%, auf Mütter mit zwei Kindern 35%, mit drei Kindern 11%, mit vier und mehr Kindern 5%. Die auffälligen Unterschiede insbesondere in den beiden letzten Gruppen zeigen, daß die Existenz von mehreren Kindern einen nicht geringen Einfluß auf den Entschluß zu einem Schwangerschaftsabbruch nimmt.

Die Frage nach den vorangegangenen Schwangerschaften bezieht sich nicht nur auf solche, die mit Lebendgeburten, sondern auch mit Tot- oder Fehlgeburten oder Abbrüchen beendet wurden. Nachweisungen über die Art der Schwangerschaftsbeendigungen bleiben in der statistischen Ergebnisdarstellung ausschließlich auf die beiden ersten Schwangerschaftsgruppen beschränkt. Wegen der relativ geringen Gesamtzahl von legalen Schwangerschaftsabbrüchen können diese Angaben nur gruppenspezifische Bedeutung haben. Sie sind auch deshalb nicht repräsentativ, weil das Risiko einer Fehl- oder Totgeburt mit der Zahl der Schwangerschaften sehr stark zunimmt. Bei rund 30% (1977: 18%) der Frauen war die 1979 unterbrochene Schwangerschaft die erste, 16% hatten bereits eine Schwangerschaft zuvor, 23% bereits zwei, 14% drei, 7,5% vier, 3,9% fünf, 2% sechs, 1,3% sieben und 1% sogar acht oder mehr Schwangerschaften.

Schwangerschaftsabbrüche nach Schwangerschaftsdauer und Grund des Abbruchs 1979

Schwangerschaftsdauer	Insgesamt	Allgemeinmedizinischer Indikation	Psychiatrische Indikation	Eugenische Indikation	Ethische (Kriminologische) Indikation	Sonstige schwere Notlage	Unbekannt
bis 3 Wochen	1	-	-	-	-	1	-
" 4 "	1	1	-	-	-	-	-
" 5 "	13	6	1	-	-	6	-
" 6 "	44	7	-	5	-	32	-
" 7 "	183	50	1	10	1	119	2
" 8 "	311	91	10	35	-	172	3
" 9 "	233	41	4	21	1	165	1
" 10 "	155	46	2	18	-	89	-
" 11 "	99	13	4	11	-	71	-
" 12 "	71	15	5	15	-	36	-
" 13 "	8	3	-	5	-	-	-
14 und mehr "	14	6	-	7	-	-	1
Unbekannt	99	18	2	5	2	71	1
Insgesamt	1 232	297	29	132	4	762	8
%	100,0	24,1	2,4	10,7	0,3	61,9	0,6
dagegen 1978	1 008	364	53	85	1	492	13
%	100,0	36,1	5,3	8,4	0,1	48,8	1,3
dagegen 1977	587	279	27	59	1	220	1
%	100,0	47,5	4,6	10,1	0,2	37,5	0,2

Land	1977	1978	1979	1977	1978	1979	1977	1978	1979
	Anzahl			Anteil in %			je 10 000 Lebend- und Totgeborene		
Schleswig-Holstein	3 123	3 744	4 189	5,8	5,1	5,1	1 329	1 821	2 089
Hamburg	4 224	5 234	5 788	7,8	7,1	7,0	3 235	3 380	3 638
Niedersachsen	7 581	8 507	8 911	14,0	11,6	10,8	1 087	1 289	1 378
Bremen	900	1 447	4 230	1,7	2,0	5,1	1 501	1 708	5 198
Nordrhein-Westfalen	10 017	18 019	22 476	18,4	24,5	27,1	618	1 132	1 403
Hessen	8 559	12 732	15 300	15,8	17,3	18,5	1 644	2 531	3 040
Rheinland-Pfalz	587	1 008	1 232	1,1	1,4	1,5	171	285	352
Baden-Württemberg	8 517	10 958	10 133	15,7	14,9	12,2	931	1 199	1 078
Bayern	5 889	6 196	5 645	10,8	8,4	6,8	549	587	524
Saarland	401	539	573	0,7	0,7	0,7	402	552	582
Berlin (West)	4 511	5 164	4 311	8,3	7,0	5,2	2 712	3 051	2 509
Bundesgebiet	54 309	73 548	82 788	100,0	100,0	100,0	927	1 270	1 418

Die meisten Abbrüche in der achten und neunten Schwangerschaftswoche

Die Schwangerschaftsdauer wird post menstruationem berechnet, und zwar nach Möglichkeit auf der Basis der Ultraschallmethode. Bis zur zwölften Schwangerschaftswoche, der äußersten Zeitgrenze für legale Schwangerschaftsbeendigungen aufgrund einer ethischen Indikation oder einer sonstigen schweren Notlage, wurden über 90% aller erfaßten Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Innerhalb dieser Schwangerschaftsdauer erfolgten 91% der medizinisch indizierten Schwangerschaftsabbrüche, für welche ein gesetzliches Zeitlimit nicht vorgeschrieben ist. Auch bei 87% der eugenisch indizierten Schwangerschaftsbeendigungen, die erlaubt sind, wenn seit der Empfängnis nicht mehr als 22 Wochen vergangen sind, lag die Schwangerschaftsdauer unter 13 Wochen. Die meisten allgemein-medizinisch indizierten Abbrüche finden zwischen der sechsten und elften Schwangerschaftswoche (76,8%) statt, die psychiatrisch (10 Fälle) und eugenisch (35 Fälle) indizierten Schwangerschaftsabbrüche jeweils in der achten Woche. Der Abbruch der Schwangerschaft aufgrund einer sonstigen schweren Notlage erfolgte am häufigsten (59%) zwischen der sechsten und zehnten Schwangerschaftswoche.

Unter den angewendeten Methoden dominiert die Curettage (Ausschabung des Uterus) mit einem Anteil von 57%; gut ein Drittel der Schwangerschaftsabbrüche wurde durch Vakuumaspiration (Absaugmethode) vorgenommen. In weit geringerem Umfang erfolgte eine vaginale (0,7%) und abdominale (0,6%) Hysterotomie (Öffnung des Uterus) oder eine Hysterektomie (1,5%), mit welcher die gänzliche Entfernung des Uterus bezeichnet wird. Relativ gering waren auch die medikamentösen Abbrüche (1,1%).

Seit 1977 hat sich eine deutliche Verschiebung der am häufigsten praktizierten Methoden ergeben. Während die Vakuumaspiration 1977 nur in etwa jedem fünften Fall angewendet wurde, lag ihr Anteil 1979 bei 36,7%. Entsprechend reduzierte sich der Anteil der Curettage von 66% (1977) auf 56,6%. Im Bundesdurchschnitt ist die Vakuumaspiration (65,7%) erheblich häufiger, während der Anteil der Curettage hier nur 28,2% ausmachte.

Weniger Komplikationen

Die angezeigten Komplikationen stehen in kausalem Zusammenhang mit dem vorgenommenen Schwangerschaftsabbruch und wurden vom abbrechenden Arzt selbst vor der Entlassung oder Verlegung beobachtet. Spätkomplikationen sind daher nicht nachgewiesen. Bei den insgesamt 1 232 Schwangerschaftsabbrüchen im Jahre 1979 wurden nur 39 Fälle von Komplikationen gemeldet. Die Zahl der Fälle mit Komplikationen, bezogen auf alle gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche, stellte sich auf 3% und war damit gegenüber 1977 (6%) deutlich rückläufig. Wegen der geringen Fallzahl ist eine gesicherte Aussage über die Art der Komplikationen auch in bezug auf Schwangerschaftsdauer und Methode nicht möglich. Unter den Komplikationen ist kein Todesfall verzeichnet.

Die legalen Schwangerschaftsabbrüche erfolgten ausschließlich in Krankenhäusern. 22 Frauen konnten schon am Tage des Eingriffs wieder entlassen werden, jede fünfte blieb dort bis zu drei Tagen. Fast zwei Drittel der Frauen blieben zwischen vier und sieben, ein Zehntel zwischen acht und 14 Tagen in stationärer Behandlung. In 24 Fällen bedurfte es eines längeren Krankenhausaufenthaltes. Die Dauer der stationären Behandlung wird weitgehend von der Art des Eingriffs bestimmt. Bei Curettage, Vakuumaspiration und medikamentösem Abbruch betrug die Verweildauer zumeist nicht länger als sieben Tage. Dagegen bedingt die Vornahme einer Hysterotomie oder einer Hysterektomie einen Mindestaufenthalt von 14 Tagen.

Nur 1,5% der Abbrüche wurden in Rheinland-Pfalz vorgenommen

Nach den Meldungen der Ärzte wurden im Bundesgebiet während des Jahres 1979 insgesamt rund 83 000 Schwangerschaften legal beendet. Das waren 9 240 oder 12,6% mehr als 1978 und + 52% gegenüber 1977 (54 309). Bezogen auf 10 000 der im gleichen Jahr Geborenen ergibt sich eine Meßziffer von 1 418 (mangels des Vorliegens der Länderzahlen über die gebärfähige weibliche Bevölkerung muß auf einen diesbezüglich bezogenen Häufigkeitsvergleich verzichtet werden). Bezogen auf 10 000 Lebend- und Totgeborene wies Bremen die höchste Rate der Schwangerschaftsabbrüche auf. Mit 5 198 (1978: 1 708) lag sie fast viermal so hoch wie im Bundes-

durchschnitt. An zweiter Stelle stand Hamburg 3 638 (3 380), gefolgt von Hessen 3 040 (2 531). Noch vergleichsweise hohe Werte errechneten sich für Berlin 2 509 (3 051) und Schleswig-Holstein 2 089 (1 821). Deutlich den Bundeswert unterschritten haben die Länder Rheinland-Pfalz 343 (285), Bayern 524 (587)

sowie das Saarland 582 (552) und Baden-Württemberg 1 078 (1 199). Die für Niedersachsen 1 378 (1 289) und Nordrhein-Westfalen 1 403 (1 132) ermittelten Häufigkeitsziffern entsprachen annähernd dem Bundesdurchschnitt.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Landwirtschaftlicher Grundstücksmarkt 1977 bis 1979

Ergänzend zu der seit 1961 geführten Statistik über die Baulandpreise ist nach den §§ 2 und 7 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605) im Jahre 1974 eine Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz eingeführt worden, zu der die Finanzämter auskunftspflichtig sind. Sie bezieht sich auf die Käufe von landwirtschaftlich genutzten Flächen, die von Landwirten zur weiteren landwirtschaftlichen Nutzung erworben werden. Die Ergebnisse dieser Statistik vermitteln einen Überblick über den landwirtschaftlichen Grundstücksmarkt und sind für agrarpolitische Entscheidungen sowie für alle, die sich mit der Veräußerung und Verwaltung von landwirtschaftlichen Grundstücken befassen, von Bedeutung. Es wird Aufschluß gegeben über die Höhe der Kaufwerte, ihre regionalen Unterschiede sowie ihre Abhängigkeit von den natürlichen Ertragsbedingungen. Die Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke dient ferner zur Beurteilung des Verhältnisses von Verkehrs- zu Ertragswert und tritt an die Stelle der bis 1973 bei den Finanzverwaltungen nach einheitlichen Grundsätzen geführten Kauf- und Pachtpreissammlung für landwirtschaftliche Betriebe und Stückländereien, die jährlich als Geschäftsstatistik vom Statistischen Bundesamt aufbereitet wurde.

Da der Preis eines landwirtschaftlichen Grundstücks neben seiner Größe und der natürlichen Ertragsfähig-

keit von einer Reihe weiterer Faktoren wie der Bearbeitbarkeit des Bodens und der Verkehrslage des Betriebes beeinflusst wird, können die Preisangaben je Kauffall nicht zu durchschnittlichen Kaufpreisen im Sinne einer Preisstatistik, welche die Preisangaben auf genau bezeichnete und vergleichbare Waren bezieht, sondern nur zu durchschnittlichen Kaufwerten je Einheit zusammengefaßt werden. Die Preisangaben gehen somit ohne Berücksichtigung der den Preis des Einzelfalls beeinflussenden Eigenschaften und ohne jegliche Gewichtung der Kauffälle nach diesen Eigenschaften in die Berechnung des durchschnittlichen Kaufwertes ein.

Zur Erfassung der für die Statistik notwendigen Angaben wird von den zuständigen Finanzämtern für jeden Kauffall, bei dem die veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung mindestens 10 Ar groß ist, anhand der dort vorhandenen Unterlagen ein statistischer Bogen ausgefüllt. Kauffälle, die neben Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung auch Flächen anderer Nutzungen bzw. anderer Nutzungsteile oder anderer Vermögensarten umfassen, werden nur dann einbezogen, wenn vom Kaufpreis mehr als 90% auf die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung entfallen. Der statistische Bogen enthält neben Daten zur Identifizierung des veräußerten Grundstücks Angaben über die Rechtsform von Veräußerer und Erwerber, über die Art des Veräußerten Grundstücks (Flächen mit

Verkäufe von landwirtschaftlichen Flächen nach Arten 1977 - 1979

Jahr	Ver- äußerungs- fälle	Gesamt- fläche	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung		Kaufwert		
			zusammen	je Fall	insgesamt	je ha	
						Gesamt- fläche	landwirt- schaftliche Fläche
	Anzahl		ha		1 000 DM	DM	
Insgesamt							
1977	6 650	3 390	3 379	0,51	59 764	17 632	17 685
1978	6 975	3 588	3 575	0,51	67 403	18 787	18 852
1979	6 579	3 343	3 329	0,51	67 592	20 216	20 302
Veräußerungsfälle mit Gebäuden							
1977	15	112	108	7,17	3 250	29 075	30 232
1978	15	162	158	10,52	6 328	38 994	40 100
1979	15	91	88	5,89	3 621	39 617	41 015
Veräußerungsfälle ohne Gebäude							
1977	6 635	3 278	3 272	0,49	56 514	17 241	17 273
1978	6 960	3 425	3 417	0,49	61 075	17 830	17 871
1979	6 564	3 252	3 241	0,49	63 971	19 671	19 737

oder ohne Gebäuden und Inventar), die Größe des Grundstücks (Gesamtfläche, Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung), die Höhe der Gegenleistung (Geldleistung, übernommene Hypotheken, Wert des Tauschgrundstücks) und über die volle Ertragsmeßzahl der veräußerten Fläche.

Die Angaben über die Art der Fläche dienen dazu, diejenigen Kauffälle, bei denen zusammen mit der Fläche auch Gebäude mit oder ohne Inventar veräußert wurden, gesondert darstellen zu können. Die Aufbereitung für Flächen ohne Gebäude und ohne Inventar, auf welche die Kaufwertstatistik im wesentlichen ausgerichtet ist, kann somit erfolgen und ergibt mittlere Werte, die nicht durch Preise für Gebäude und Inventar verzerrt wurden. Die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung, im folgenden kurz landwirtschaftliche Fläche genannt, umfaßt die Flächen des Ackerlandes und Grünlandes, die bei der Einheitsbewertung zur landwirtschaftlichen Nutzung gehören. Sie deckt sich damit nicht mit der in der Agrarstatistik verwendeten Definition der landwirtschaftlich genutzten Fläche, die auch Rebflächen, Obstanlagen und Flächen des Erwerbsgartenbaus einbezieht.

Um die Abhängigkeit des Kaufwerts der Grundstücke von ihrer Ertragsfähigkeit untersuchen zu können, wird eine Ertragsmeßzahl für die Grundstücke errechnet. Sie stellt sich rechnerisch dar als Produkt aus der Fläche eines Grundstücks in Ar und der Acker- bzw. Grünlandzahl der Bodenschätzung. Diese Meßzahl - bezogen auf 1 Ar - ist ein Ausdruck für die natürliche Ertragsfähigkeit des Bodens. Sie orientiert sich nach dem besten Ackerboden des ehemaligen deutschen Reiches, der sich in der Magdeburger Börde befand und die Ertragsmeßzahl 100 je Ar erhielt.

Nicht in die Statistik der Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke einbezogen werden Verkäufe von nur landwirtschaftlichen Hofstellen, Verkäufe von Inventar allein, Eigentumsübergänge aufgrund von Flurbereinigungen, Enteignungen oder Zwangsversteigerungen sowie Flächen, die als baureifes Land, Rohbauland, Industrieland, Land für Verkehrszwecke oder Freiflächen verkauft werden oder die Preise sie als solche kennzeichnen. Letztere gehören in die Statistik der Baulandpreise. Dennoch läßt es sich nicht ganz ausschließen, daß solche Fälle, vor allem auch Wochenendgrundstücke, hin und wieder in der Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz berücksichtigt sind und zu erhöhten Kaufwerten führen.

Durchschnittlicher Hektarpreis für landwirtschaftliche Fläche 19 700 DM

Im Jahre 1979 wurden in Rheinland-Pfalz 6 579 Kaufverträge über insgesamt 3 329 ha landwirtschaftliche Flächen mit einem Kaufwert von 67,6 Mill. DM abgeschlossen. Die verkaufte Fläche macht 0,4% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes aus. Nur in 15 Veräußerungsfällen, die im folgenden unberücksichtigt bleiben, wurden mit der Fläche auch Gebäude verkauft.

Die Zahl der Verkäufe von Flächen ohne Gebäude und ohne Inventar belief sich 1979 auf 6 564 mit ins-

Verkäufe von landwirtschaftlichen Flächen
in den Verwaltungsbezirken 1979

Verwaltungsbezirk	Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha landw. Fläche	Ertragsmeßzahl je Ar
	Anzahl	ha	DM	Wert ¹⁾
Kreisfreie Stadt Koblenz	55	14	55 465	64
Landkreise				
Ahrweiler	108	46	26 042	48
Altenkirchen (Ww.)	86	26	9 597	38
Bad Kreuznach	220	119	12 307	50
Birkenfeld	88	91	5 851	38
Cochem-Zell	199	113	14 127	41
Mayen-Koblenz	419	199	32 646	51
Neuwied	250	101	22 196	45
Rhein-Hunsrück-Kreis	195	156	9 059	40
Rhein-Lahn-Kreis	225	144	8 094	46
Westerwaldkreis	182	68	5 307	35
RB Koblenz	2 027	1 077	16 208	44
Kreisfreie Stadt Trier	9	3	18 870	44
Landkreise				
Bernkastel-Wittlich	308	239	12 704	39
Bitburg-Prüm	370	288	17 242	36
Daun	172	129	13 529	34
Trier-Saarburg	326	148	7 532	38
RB Trier	1 185	807	13 525	37
Kreisfreie Städte				
Frankenthal (Pfalz)	14	10	94 333	71
Kaiserslautern	5	2	24 540	47
Landau i.d.Pfalz	34	11	38 169	77
Ludwigshafen a.Rhein	30	10	86 769	59
Mainz	53	22	93 697	71
Neustadt a.d.Weinstr.	35	6	30 120	61
Pirmasens	10	6	10 085	37
Speyer	17	4	49 768	50
Worms	28	13	39 491	72
Zweibrücken	33	16	11 046	41
Landkreise				
Alzey-Worms	312	155	38 664	72
Bad Dürkheim	142	43	40 722	65
Donnersbergkreis	153	95	20 392	46
Germersheim	290	93	25 222	63
Kaiserslautern	244	105	6 611	40
Kusel	446	213	7 670	39
Südliche Weinstraße	427	135	23 737	69
Ludwigshafen	303	122	58 474	66
Mainz-Bingen	405	175	38 766	70
Pirmasens	386	209	11 169	39
RB Rheinhessen-Pfalz	3 367	1 445	27 136	56
Rheinland-Pfalz	6 579	3 329	20 302	47
Kreisfreie Städte	323	117	53 285	61
Landkreise	6 256	3 212	19 102	47

1) Beste Bodengüte = 100.

Verkäufe von landwirtschaftlichen Flächen

Regierungsbezirk Veräußerungsart Größenklasse	Ver- äußerungs- fälle	Gesamt- fläche	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung		Kaufwert			Ertrags- meßzahl je Ar
			zu- sammen	je Fall	ins- gesamt	je ha		
						Gesamt- fläche	landwirt- schaftliche Fläche	
	Anzahl		ha		1 000 DM	DM	Wert 1)	
Veräußerungsfälle insgesamt	6 579	3 343	3 329	0,51	67 592	20 216	20 302	47
RB Koblenz	2 027	1 082	1 077	0,53	17 448	16 129	16 208	44
RB Trier	1 185	815	807	0,68	10 920	13 402	13 525	37
RB Rheinhessen-Pfalz	3 367	1 446	1 445	0,43	39 224	27 111	27 136	56
Veräußerungsfälle mit Gebäuden und mit Inventar	8	60	58	7,29	2 241	36 808	38 434	30
Veräußerungsfälle mit Gebäuden und ohne Inventar	7	31	30	4,28	1 380	45 222	46 034	33
Veräußerungsfälle ohne Gebäude und ohne Inventar nach der Fläche der landwirt- schaftlichen Nutzung	6 564	3 252	3 241	0,49	63 971	19 671	19 737	48
0,1 - 0,25 ha	2 777	466	465	0,17	10 907	23 425	23 457	51
0,25 - 1 "	3 099	1 488	1 485	0,48	29 996	20 161	20 192	49
1 - 2 "	513	696	694	1,35	13 728	19 715	19 773	47
2 - 5 "	155	452	450	2,90	7 681	16 994	17 081	46
5 und mehr "	20	150	147	7,33	1 659	11 039	11 314	37
nach der Ertragsmeßzahl je ha								
unter 30	472	243	242	0,51	2 348	9 646	9 679	25
30 - 40	1 843	1 038	1 031	0,56	10 896	10 504	10 565	36
40 - 50	1 674	908	905	0,54	12 349	13 599	13 651	44
50 - 60	789	312	312	0,39	7 308	23 427	23 454	54
60 und mehr	1 786	751	751	0,42	31 070	41 355	41 373	74

1) Beste Bodengüte = 100.

gesamt 3 241 ha und einem Kaufwert von 64 Mill. DM. Die durchschnittliche Flächengröße je Kauffall betrug 0,49 ha und dürfte damit erneut deutlich unter dem Bundesdurchschnitt gelegen haben. Im Jahre 1978 hatte der entsprechende Wert in Rheinland-Pfalz ebenfalls 0,49 ha erreicht, im Bundesgebiet 0,94 ha.

Ein Quadratmeter baureifes Land kostete in Rheinland-Pfalz im Jahre 1979 52,73 DM und damit rund 27mal so viel wie landwirtschaftliche Flächen (2 DM je qm). Ebenso wie für baureifes Land und Rohbauland werden auch für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke zunehmend höhere Preise gezahlt. Von 1977 bis 1979 veränderten sich die Zahl der Verkaufsfälle und die veräußerte Fläche nur wenig, während der Kaufwert von 56,5 Mill. DM auf 64,0 Mill. DM anstieg. Dementsprechend erhöhte sich der durchschnittliche Hektarpreis von 17 300 DM im Jahre 1977 um 14% auf 19 700 DM im Jahre 1979. Im Bundesgebiet stieg der Hektarpreis von 22 200 DM im Jahre 1977 auf 25 700 DM im Jahre 1978. Neuere Angaben für das Bundesgebiet liegen noch nicht vor.

Landwirtschaftliche Flächen unter 0,25 ha am teuersten

Die Verteilung der Veräußerungsfälle nach Größenklassen zeigt von 1977 bis 1979 nur geringe Veränderungen. Im Jahre 1979 betrafen nahezu neun Zehntel aller Verkäufe Grundstücke mit einer Fläche bis zu 1 ha. Die Kaufwerte sind um so höher, je kleiner die Fläche ist. Die relativ hohe Zahl der Kauffälle mit einer Fläche von 0,1 bis 0,25 ha und der für diese Grundstücke bezahlte überdurchschnittlich hohe Preis lassen vermuten, daß diese Parzellen teilweise auch als Bauerwartungsland angesehen werden. Nicht sel-

ten bezahlen Landwirte auch hohe Kaufpreise für kleinere Flächen, wenn dadurch eigene Felder zusammenhängend oder besser zugeschnitten werden.

Die besten Böden kosteten im Schnitt 41 400 DM je Hektar

Auch die Verteilung der Veräußerungsfälle nach Ertragsmeßzahlklassen zeigte von 1977 bis 1979 keine

Kauffälle von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung
1977 - 1979 1)

Größenklasse	1977	1978	1979
	%		
Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung			
0,1 - 0,25 ha	41,6	41,9	42,3
0,25 - 1 "	47,9	47,9	47,2
1 - 2 "	7,7	7,8	7,8
2 - 5 "	2,6	2,1	2,4
5 und mehr "	0,2	0,3	0,3
Ertragsmeßzahl je Ar			
unter 30	6,9	6,7	7,2
30 - 40	26,7	27,8	28,1
40 - 50	24,5	24,8	25,5
50 - 60	12,3	12,2	12,0
60 und mehr	29,6	28,5	27,2
Kaufpreis je Hektar			
unter 4 000 DM	16,6	14,4	13,3
4 000 - 10 000 "	29,7	29,4	28,7
10 000 - 20 000 "	20,8	21,7	21,0
20 000 - 50 000 "	25,0	24,2	24,7
50 000 und mehr "	7,9	10,3	12,3
I n s g e s a m t	100,0	100,0	100,0

1) Ohne Gebäude und ohne Inventar.

größeren Schwankungen. Mehr als die Hälfte aller Veräußerungsfälle betraf jeweils Böden der Ertragsmeßzahlklassen 30 bis 50 je Ar. In allen drei Berichtsjahren fiel die mittlere Ertragsmeßzahl um so höher aus, je kleiner die verkaufte Fläche war. Der Einfluß der Bodengüte und der damit verbundenen natürlichen Ertragsfähigkeit auf den Kaufpreis ist in der Aufgliederung nach Ertragsmeßzahlen deutlich erkennbar. Je besser die Böden sind, um so höher sind auch die Hektarpreise. So wurden im Jahre 1979 für Böden mit Ertragsmeßzahlen unter 30 je Ar nur durchschnittlich 9 679 DM je ha gezahlt, für Böden mit Ertragsmeßzahlen von 60 und mehr je Ar dagegen 41 373 DM.

Billige Böden in marktfernen Mittelgebirgslagen

Den regionalen Ergebnissen kommt infolge der geringen Zahl von Veräußerungen in einzelnen Kreisen

und kreisfreien Städten nur eine eingeschränkte Aussagekraft zu. Dennoch sind einige Tendenzen unverkennbar. Die höchsten Preise für landwirtschaftliche Flächen wurden in wirtschaftlichen Ballungsgebieten erzielt, vor allem in Ludwigshafen, Frankenthal und Mainz. Auch in den klimatisch begünstigten Gebieten zwischen Bingen und Ludwigshafen, wo die besten Böden des Landes liegen, werden relativ hohe Preise gezahlt. Unterdurchschnittlich sind die Preise dagegen in Gebieten mit Böden geringer Ertragsfähigkeit und in den abgelegeneren Mittelgebirgslagen von Eifel, Hunsrück und Westerwald. In den noch verhältnismäßig stark landwirtschaftlich geprägten Kreisen des Regierungsbezirks Trier lag die mittlere Größe der veräußerten landwirtschaftlichen Flächen über dem Landesdurchschnitt.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Umstellung der Steuerstatistiken auf eine neue wirtschaftssystematische Gliederung

Rechtsgrundlage für die Vergabe von wirtschaftssystematischen Kennziffern für in die Steuerstatistiken einzubeziehenden Steuerpflichtigen ist § 4 des Gesetzes über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294). Der § 4 des Gesetzes über Steuerstatistiken schafft die Voraussetzungen für eine einheitliche wirtschaftliche Gliederung in allen Steuerstatistiken.

Zweck der Umstellung

Die Systematik der Wirtschaftszweige bildet die Grundlage für die Einordnung wirtschaftlicher Institutionen nach Wirtschaftszweigen. Unter wirtschaftlichen Institutionen versteht man Unternehmen, Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger. Entsprechend dieser Wirtschaftszweigsystematik werden die wirtschaftlichen Einheiten in allen amtlichen Statistiken erfaßt. Zu diesem Zweck wird jede Institution mit einer wirtschaftssystematischen Kennziffer versehen. Die Vergabe der Wirtschaftszweig-Nummer erfolgt nach Maßgabe des wirtschaftlichen Schwerpunktes des Unternehmens. Es sind dafür möglichst detaillierte Informationen über die wirtschaftliche Tätigkeit der Institution erforderlich, damit die Tätigkeit bestimmt werden kann, die den größten Anteil an der Wertschöpfung der Einheit hat. Die Zuordnung der wirtschaftlichen Institutionen ermöglicht es, die Ergebnisse aus den verschiedenen Statistiken miteinander zu kombinieren. Dies erleichtert die Schaffung eines umfassenden Überblicks und die Lösung komplexer Probleme.

Die bisher benutzte und aus der Systematik der Wirtschaftszweige abgeleitete Fassung für die Steuer-

statistik stammt aus dem Jahre 1961. Sie wird wegen der sich in den letzten 20 Jahren in der Wirtschaft vollzogenen vielfältigen Strukturveränderungen den heutigen ökonomischen Bedingungen nur noch bedingt gerecht. Ferner soll durch die Umstellung die zukünftige strukturelle Entwicklung in der Wirtschaft berücksichtigt werden. Es ist deshalb notwendig gewesen, die Tiefengliederung in der Systematik der Wirtschaftszweige nicht unerheblich zu verfeinern. Darüber hinaus wird durch die Revision der Systematik der Wirtschaftszweige eine Angleichung an die Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE) angestrebt. Dies geschieht aufgrund der Notwendigkeit, international vergleichbare Ergebnisse zu liefern.

Für die Zwecke der Steuerstatistik wird im Gegensatz zur bisherigen Regelung nunmehr die volle Tiefengliederung der revidierten Systematik der Wirtschaftszweige von 1979 übernommen. Damit bleibt für die Steuerstatistik der volle Informationsgehalt der Wirtschaftssystematik gewahrt. Es ist somit möglich, die Nachfrage nach tiefgegliederten Branchenergebnissen zu befriedigen. Die Aussagekraft der Ergebnisse kann verbessert werden und es können detaillierte Informationen über die volkswirtschaftliche und steuerpolitische Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige gewonnen werden. Auch für die Finanzverwaltung spielen die Wirtschaftszweig-Nummern in zunehmendem Maße eine bedeutende Rolle in der Betriebsprüfung, so bei der Ermittlung der Richtsätze für die Rohgewinnermittlung. Die statistische Aufbereitung nach dem vollständigen Branchenschlüssel bringt aber auch Nachteile mit sich, zum Beispiel eine Vermehrung der Einzelangaben, die wegen Wahrung des Steuergeheimnisses nicht veröffentlicht werden dürfen und deshalb einen erhöhten Prüfaufwand erforderlich machen.

Gesamtkonzeption und Leitlinien der Umstellung

Bei der Revision der Systematik der Wirtschaftszweige sind die Sektoren Unternehmen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung als Obergliederung beibehalten worden. Es haben ausschließlich wirtschaftliche Gesichtspunkte und nicht rechtliche, organisatorische, soziologische sowie sonstige Merkmale als Gliederungskriterien Beachtung gefunden, obwohl letztere auch Einfluß auf den wirtschaftlichen Charakter der zu gliedernden Institutionen haben können. Die Bezeichnungen der Wirtschaftszweige sind im Rahmen der Revision weitgehend unverändert geblieben. Die Zahl der Unterabteilungen, Gruppen, Untergruppen und Klassen hat sich im Vergleich zu 1961 jedoch zum Teil erheblich erhöht. Diese Änderungen sind wegen des vergangenen und sich in der Zukunft abzeichnenden Strukturwandels in der Wirtschaft notwendig geworden. Außerdem sollte eine bessere Vergleichbarkeit der Wirtschaftszweig-Nummern mit den Kennziffern der Allgemeinen Systematik der Wirtschaftszweige der Europäischen Gemeinschaften erreicht werden. Die stärkere Differenzierung innerhalb der Wirtschaftszweige hat sich insbesondere auf die Anzahl der Positionen im verarbeitenden Gewerbe (Abteilung 2) und Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht, (Abteilung 7) ausgewirkt. Besonderes Augenmerk ist bei der Revision darauf gelegt worden, die Kontinuität statistischer Reihen zu erhalten.

Verzahnung der Umstellung mit der Handels- und Gaststättenzählung 1979

Die Umstellung der Wirtschaftszweig-Nummern im Handel (Wirtschaftsabteilung 4) und in der neuen Wirtschaftsunterabteilung 71 Gastgewerbe erfolgt mit Hilfe der Handels- und Gaststättenzählung 1979. Die Zusammenarbeit mit dieser Zählung führt zu einer Arbeitersparnis und vermeidet eine Doppelbefragung der Steuerpflichtigen. Die Kooperation ist möglich, weil durch die Handels- und Gaststättenzählung die Berichtspflichtigen befragt werden, die auch in der Umsatzsteuerstatistik erfaßt werden. Im Rahmen der Zählung werden Fragen nach der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens gestellt und der wirtschaftliche Schwerpunkt des Berichtspflichtigen bestimmt. Diese Angaben dienen zur Einordnung der Unternehmen nach der revidierten Systematik der Wirtschaftszweige und zur Vergabe von Wirtschaftszweig-Nummern, die für die Steuerstatistiken übernommen werden können.

Übernahme der Zuordnung des produzierenden Gewerbes

Für die Unternehmen des produzierenden Gewerbes (Wirtschaftsabteilungen 1 bis 3) werden die neuen

Wirtschaftszweig-Nummern durch Vorbeiführung an dem primärstatistischen Material der Wirtschaftsstatistiken festgelegt. Ausgangsgrundlage hierfür bilden die entsprechenden Angaben aus der Unternehmensdatei für die laufenden Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe und aus der Handwerkszählung 1977. Diese Übernahme der wirtschaftssystematischen Zuordnung der Unternehmen im produzierenden Gewerbe bietet erhebliche Vorteile, weil durch die laufenden Wirtschaftsstatistiken sehr detaillierte Angaben über die wirtschaftliche Tätigkeit der Berichtspflichtigen erfaßt werden, so daß eine exakte Einordnung der Unternehmen nach der Wirtschaftszweig-systematik gewährleistet ist. Außerdem wird durch die Übernahme der Zuordnung eine übereinstimmende Abgrenzung der Unternehmen in der Wirtschaftsstatistik mit denen in der Steuerstatistik erreicht und dadurch die Vergleichbarkeit der Ergebnisse sichergestellt.

Erhebung zur Feststellung steuerstatistischer Ordnungsmerkmale

Der Kreis der Steuerpflichtigen, für die eine Wirtschaftszweig-Nummer durch direkte Befragung festgestellt werden muß, konnte durch die oben beschriebenen Maßnahmen erheblich eingeschränkt werden. Darüber hinaus ist ein Teil der Wirtschaftszweig-Nummern maschinell umschlüsselbar, wenn sich die Abgrenzung der Wirtschaftszweige nicht verändert hat und wenn die bisherige wirtschaftssystematische Zuordnung korrekt war. Bei einer weiteren Gruppe von wirtschaftlichen Institutionen können die in der Adreßdatei registrierten Angaben über die wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens zur Neufestlegung der Wirtschaftszweig-Nummern als ausreichend angesehen werden. Durch dieses Vorgehen ist der Kreis der zu befragenden Unternehmen auf ein Minimum beschränkt worden. Diesen Unternehmen wird ein sehr übersichtlich gestalteter und leicht auszufüllender Erhebungsbogen zur wirtschaftssystematischen Einordnung übersandt.

Neue Form der Darstellung

Die neue Wirtschaftssystematik wird im Bereich der Steuerstatistiken erstmals bei der Umsatzsteuerstatistik 1980 angewandt werden. Um den Umfang der Umstellung und der dadurch zwangsläufig bedingten Vergleichsstörungen deutlich zu machen, wird eine Parallelaufbereitung nach der alten und neuen Systematik vorgenommen. Damit stehen gleichzeitig die Ausgangswerte für eine zwar pauschale, für die meisten Zwecke aber wohl ausreichende Bereinigung von Zeitreihen zur Verfügung, die jedoch aus Kostengründen nicht durchgehend, sondern nur auf besondere Anforderung im Einzelfall möglich ist.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 634	3 632	3 631	3 632	3 633	3 637	3 639
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 801	1 896	2 555	2 349	2 854	3 021 ^P	2 212 ^P	2 195 ^P	3 037 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,9	6,3	8,6	7,6	9,3	9,8 ^P	7,4 ^P	7,1 ^P	9,8 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 862	2 900	2 848	3 132	3 018	2 993 ^P	3 171 ^P	3 290 ^P	3 018 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,5	9,6	9,5	10,2	9,8	9,7 ^P	10,6 ^P	10,6 ^P	9,8 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 669	3 592	3 384	3 429	3 299	3 492 ^P	3 482 ^P	3 493 ^P	3 326 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,1	11,9	11,3	11,1	10,7	11,3 ^P	11,6 ^P	11,3 ^P	10,8 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	50	36	35	37	41	40 ^P	39 ^P	33 ^P	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	17,7	12,6	12,4	11,9	13,4	13,1 ^P	12,8 ^P	10,2 ^P	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (—)	Anzahl	– 807	– 692	– 536	– 297	– 281	– 499 ^P	– 311 ^P	– 203 ^P	– 308 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	– 2,7	– 2,3	– 1,8	– 1,0	– 0,9	– 1,6 ^P	– 1,0 ^P	– 0,7 ^P	– 1,0 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 491	7 947	7 129	9 103	9 614	7 387	7 974
Ausländer	Anzahl	1 869	2 253	1 944	2 393	2 922	2 346	2 526
Erwerbspersonen	Anzahl	3 916	4 182	3 745	4 619	4 777	4 189	4 324
* Fortgezogene	Anzahl	7 384	7 110	5 904	7 797	8 275	5 809	6 403
Ausländer	Anzahl	1 702	1 500	1 388	1 654	1 849	1 204	1 441
Erwerbspersonen	Anzahl	4 128	4 014	3 443	4 424	4 595	3 548	3 869
* Wanderungssaldo	Anzahl	107	837	1 225	1 306	1 339	1 578	1 571
Ausländer	Anzahl	167	754	556	739	1 073	1 142	1 085
Erwerbspersonen	Anzahl	– 212	168	302	195	182	641	455
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 445	10 515	9 728	11 829	12 381	9 258	10 072
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	55 749	48 262	39 319	43 127	42 022	40 995	42 295	48 591	48 973
* Männer	Anzahl	27 299	23 121	16 502	18 350	17 618	18 601	18 901	21 833	21 585
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 183	1 396	437	504	513	660	624	679	683
Bauberufe	Anzahl	2 636	2 064	1 024	1 072	1 072	1 793	1 589	1 693	1 699
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	19 818	17 031	13 673	14 328	13 670	14 815	14 997	16 679	16 469
Arbeitslosenquote	%	4,3	3,7	3,0	3,3	3,2	3,1	3,2	3,7	3,7
Offene Stellen	Anzahl	12 232	15 375	18 313	17 182	16 832	17 079	17 758	16 340	16 046
Männer	Anzahl	7 691	10 052	11 952	11 152	11 227	10 880	11 208	10 463	10 266
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	463	587	729	620	543	452	460	504	474
Bauberufe	Anzahl	989	1 366	1 635	1 439	1 417	1 175	1 158	1 057	1 145
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	4 722	6 198	7 644	7 155	7 137	6 997	7 241	6 563	6 353
Kurzarbeiter	Anzahl	6 984	4 731	3 083	1 860	2 459	6 641	6 247	3 999	4 358
Männer	Anzahl	5 075	3 095	1 915	1 043	1 608	4 543	4 478	2 904	2 879
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	682	678	698	.	.	.	668	.	.
* Milchkühe	1 000	238	236	234	.	.	.	236	.	.
* Schweine	1 000	729	687	.	.	723	.	.	.	760
Mastschweine	1 000	254	238	.	.	235	.	.	.	242
* Zuchtsauen	1 000	81	79	.	.	82	.	.	.	84
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	52	51	.	.	52	.	.	.	53
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	15 357	15 621	12 961	13 874	15 779	15 582	13 925	15 598	15 770
* Kälber	Anzahl	486	393	308	352	350	429	349	322	388
* Schweine	Anzahl	105 305	109 399	103 958	107 007	102 298	116 464	114 357	104 480	108 546
* Hausschlachtungen	Anzahl	14 164	12 917	6 532	6 364	5 983	9 744	7 789	6 482	5 253
Schlachtmengen ⁶⁾										
* Rinder	t	13 177	13 593	12 451	12 874	13 001	14 199	13 633	13 033	13 314
* Kälber	t	4 529	4 633	3 909	4 155	4 705	4 664	4 201	4 535	4 557
* Schweine	t	8 521	8 836	8 452	8 603	8 194	9 422	9 309	8 400	8 662
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken ⁷⁾	1 000	60	49	64	30	51	87	62	47	80
Milch										
* Milcherzeugung an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	77	79	87	88	84	95	91	86	83
* Milchleistung je Kuh und Tag	%	93,2	94,2	94,4	95,1	94,9	96,0	96,0	95,7	95,6
	kg	10,6	10,9	12,2	11,9	11,4	13,0	12,9	11,8	11,4

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 893	2 893	2 887	2 898	2 897	2 899	2 901	2 903	...
* Beschäftigte	1 000	386	392	389	392	397	395	395	398	...
* Arbeiter 2)	1 000	274	278	276	279	283	280	281	283	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	39 906	40 261	39 039	36 518	41 217	39 586	38 385	37 252	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	931	1 006	1 023	990	986	1 052	1 120	1 089	...
* Löhne	Mill. DM	571	618	615	619	624	658	672	687	...
* Gehälter	Mill. DM	360	388	408	371	362	394	448	402	...
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	74	76	72	65	63	88	72	71	...
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	119	143	122	141	143	142	127	148	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	193	199	176	177	174	166	151	133	...
* leichtes Heizöl	1 000 t	30	28	21	18	19	19	17	15	...
* schweres Heizöl	1 000 t	163	171	155	159	155	147	134	118	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	941	1 009	1 005	1 023	1 035	1 010	954	939	...
* Stromerzeugung	Mill. kWh	258	274	254	252	263	264	235	209	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 810	5 478	5 555	5 402	5 436	5 863	5 866	5 718	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 355	1 599	1 578	1 552	1 537	1 784	1 721	1 600	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	124	133	143	120	127	139	139	113	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	128	137	145	123	128	140	141	116	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	126	134	143	122	127	138	140	114	123 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	125	134	140	129	134	132	132	118	119 ^P
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	97	105	133	121	119	121	127	105	114 ^P
Chemische Industrie	1970 = 100	129	135	135	126	137	123	116	104	105 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	130	138	156	119	117	145	152	115	123 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	139	140	163	118	109	130	151	110	116 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	117	123	128	105	116	134	132	99	119 ^P
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	63	63	52	40	62	62	54	39	60 ^P
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	139	151	161	128	136	163	166	122	146 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	98	111	130	101	117	130	128	95	...
Handwerk ⁵⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1976 = 100	104	106	103	.	.	.	103	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	110	121	134	.	.	.	131	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	320	307	326	158	164	265	224	196	214
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 848	2 060	1 697	1 860	1 752	2 051	1 919	2 080	1 671
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	688	799	675	606	512	876	797	823	516
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 460	1 550	1 332	1 400	1 392	1 425	1 333	1 441	1 356
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	...
* Gasbezug 4)	Mill. cbm	247	300	206	197	204	269	216	223	...
* Gasverbrauch	Mill. cbm	233	281	199	187	192	239	194	203	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	70 664	73 875	74 770	75 151	76 862	74 517 ^P	74 924 ^P	74 694 ^P	...
Facharbeiter	Anzahl	39 639	40 132	41 175	40 962	41 115	39 177 ^P	40 754 ^P	39 915 ^P	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 521	16 970	17 292	17 798	18 064	17 938 ^P	17 099 ^P	17 847 ^P	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 094	9 665	10 420	9 260	11 239	9 789 ^P	9 605 ^P	8 585 ^P	...
Privater Bau	1 000	5 674	5 950	6 443	5 724	6 833	6 110 ^P	5 865 ^P	5 326 ^P	...
* Wohnungsbau	1 000	3 834	4 036	4 368	3 715	4 546	4 008 ^P	3 823 ^P	3 338 ^P	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	84	76	90	88	110	86 ^P	108 ^P	79 ^P	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 756	1 838	1 985	1 921	2 177	2 016 ^P	1 934 ^P	1 909 ^P	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 420	3 715	3 977	3 536	4 406	3 679 ^P	3 740 ^P	3 259 ^P	...
Hochbau	1 000	696	766	826	698	874	728 ^P	699 ^P	642 ^P	...
Tiefbau	1 000	2 724	2 949	3 151	2 838	3 532	2 951 ^P	3 041 ^P	2 617 ^P	...
Straßenbau	1 000	1 459	1 687	1 661	1 569	2 071	1 593 ^P	1 689 ^P	1 430 ^P	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	145	166	177	176	189	184 ^P	185 ^P	187 ^P	...
* Löhne	Mill. DM	125	143	153	153	166	161 ^P	159 ^P	163 ^P	...
* Gehälter	Mill. DM	20	23	24	23	23	23 ^P	26 ^P	24 ^P	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	385	433	724	448	435	511 ^P	576 ^P	519 ^P	...

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 456	1 336	1 565	1 506	1 489	1 436	1 619	1 421	1 268
* mit 1 Wohnung	Anzahl	1 138	1 016	1 177	1 137	1 100	1 069	1 213	1 007	896
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	259	265	330	315	316	289	369	345	312
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	59	56	58	54	73	78	37	69	60
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 423	1 306	1 516	1 484	1 513	1 574	1 519	1 455	1 235
* Wohnfläche	1 000 qm	227	212	248	239	249	243	241	234	197
* Wohnräume	Anzahl	10 675	9 912	11 363	10 943	11 714	11 742	11 297	11 001	9 409
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	308	314	362	363	373	408	394	378	321
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	9	4	6	5	2	3	3	5	6
Unternehmen	Anzahl	251	198	267	143	234	175	325	174	186
Private Haushalte	Anzahl	1 196	1 135	1 292	1 358	1 253	1 258	1 291	1 242	1 076
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	237	218	262	226	265	265	221	230	216
* Umbauter Raum	1 000 cbm	896	879	1 552	943	1 178	1 028	1 105	974	798
* Nutzfläche	1 000 qm	164	147	232	176	203	182	199	167	143
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	130	122	187	156	195	202	195	186	135
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	36	31	46	48	20	60	33	36	39
Unternehmen	Anzahl	194	136	158	110	199	174	158	159	126
Private Haushalte	Anzahl	7	51	58	68	46	31	30	35	51
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 361	2 076	2 430	2 294	2 581	2 605	2 434	2 500	2 020
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 362	1 552	1 506	1 590	1 517	1 849	1 694	1 697	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	74	89	91	101	89	101	103	106	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 287	1 463	1 415	1 490	1 427	1 748	1 591	1 591	...
* Rohstoffe	Mill. DM	15	15	16	16	14	18	18	18	...
* Halbwaren	Mill. DM	71	101	114	126	95	102	78	98	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 202	1 347	1 284	1 347	1 318	1 628	1 495	1 476	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	406	492	481	519	501	570	509	494	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	796	855	804	829	817	1 058	986	982	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	610	742	744	749	672	831	806	735	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	104	129	130	127	128	145	134	106	...
Dänemark	Mill. DM	28	31	29	29	32	31	27	24	...
Frankreich	Mill. DM	188	214	216	209	180	243	250	236	...
Großbritannien	Mill. DM	84	110	115	115	113	120	116	107	...
Irland	Mill. DM	5	8	9	9	8	7	6	7	...
Italien	Mill. DM	98	125	119	117	93	164	153	138	...
Niederlande	Mill. DM	102	124	125	144	118	120	120	118	...
Österreich	Mill. DM	57	71	68	70	79	83	82	84	...
Schweiz	Mill. DM	58	72	69	65	78	78	79	75	...
USA und Kanada	Mill. DM	88	81	76	89	79	86	69	72	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	280	275	249	313	293	421	316	421	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	77	89	84	91	92	96	78	95	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	868	1 132	1 106	1 245	1 129	1 458	1 498	1 395	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	136	155	154	168	162	171	171	153	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	732	977	952	1 077	968	1 287	1 327	1 243	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	484	601	596	668	554	670	746	698	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	116	154	161	173	121	175	230	176	...
Dänemark	Mill. DM	9	10	11	10	12	12	12	12	...
Frankreich	Mill. DM	129	166	157	171	156	196	196	189	...
Großbritannien	Mill. DM	25	32	25	37	33	41	46	54	...
Irland	Mill. DM	2	3	2	3	2	4	3	9	...
Italien	Mill. DM	91	101	99	131	95	104	110	112	...
Niederlande	Mill. DM	112	135	140	143	135	138	147	147	...
Österreich	Mill. DM	25	34	32	36	33	44	49	49	...
Schweiz	Mill. DM	17	21	26	19	19	21	27	25	...
USA und Kanada	Mill. DM	61	74	68	76	70	121	123	84	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	181	272	262	316	314	470	437	375	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	22	41	39	54	59	25	27	53	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	107	108	105	106	108	106	106	106	...
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	195	208	213	196	205	216	204	217	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	211	226	201	216	228	220	206	233	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	191	201	205	192	203	221	205	218	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	175	182	162	163	161	191	162	183	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	202	217	233	195	208	222	209	216	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	186	189	167	155	171	173	180	190	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	198	209	295	177	177	207	213	187	...
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	135	139	142	130	136	136	129	136	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	135	140	142	133	142	148	136	145	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	114	113	102	102	100	113	96	108	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	139	143	155	128	137	138	129	133	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	142	141	126	116	127	117	122	129	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	139	142	200	120	118	133	137	120	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	97	97	102	103	104	104	99	105	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	133	134	142	145	143	148	137	153	...
* Umsatz	1970 = 100	143	148	161	167	169	188	160	167	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	157	164	193	204	207	231	194	205	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	133	136	138	140	141	156	136	139	...
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	313	318	399	421	466	449	401	418	...
* Ausländer	1 000	63	58	87	130	111	85	97	142	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 144	1 194	1 558	1 958	1 913	1 526	1 549	1 941	...
* Ausländer	1 000	184	172	266	474	381	242	269	556	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 634	1 656	1 686	1 793	1 941	1 604	1 788	1 744	...
* Gütersend	1 000 t	1 423	1 498	1 615	1 626	1 663	1 614	1 560	1 647	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 468	14 383	16 209	13 212	11 103	15 427	14 266	12 740	...
Kraftfahrzeuge und Motorroller	Anzahl	558	642	989	815	623	1 451	1 069	785	...
* Personen- und Kombinationskraft-wagen	Anzahl	12 795	12 575	13 953	11 309	9 358	12 692	12 010	10 889	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	604	687	699	622	672	799	714	620	...
Zugmaschinen	Anzahl	417	375	444	344	311	339	334	324	...
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	8 943	9 152	9 517	8 385	9 032	10 075	9 715	9 096	9 047
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 940	1 898	2 369	2 104	2 129	2 429	2 223	2 022	2 276
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 003	7 253	7 148	6 281	6 903	7 646	7 492	7 074	6 771
Verunglückte Personen	Anzahl	2 739	2 650	3 302	3 014	2 961	3 436	3 049	2 804	3 204
* Getötete	Anzahl	80	67	97	76	81	71	66	75	74
Pkw - Insassen	Anzahl	42	34	51	39	41	31	36	26	27
Fußgänger	Anzahl	19	14	14	11	12	13	10	17	12
* Verletzte	Anzahl	2 659	2 583	3 205	2 938	2 880	3 365	2 983	2 729	3 130
Pkw - Insassen	Anzahl	1 589	1 481	1 639	1 539	1 447	1 729	1 559	1 515	1 565
Fußgänger	Anzahl	279	268	265	223	248	298	264	207	270
Schwerverletzte	Anzahl	853	830	1 036	950	953	1 071	979	876	1 001
Pkw - Insassen	Anzahl	452	427	497	447	424	470	451	443	426
Fußgänger	Anzahl	129	118	104	101	99	113	120	93	117

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	48 370	55 404	51 784	52 007	52 360	57 170	58 377	58 354	58 533
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	47 559	54 354	50 865	51 118	51 472	56 029	57 095	57 079	57 285
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	38 898	44 592	41 581	41 795	42 133	46 239	47 139	47 148	47 385
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 661	9 762	9 284	9 323	9 339	9 790	9 956	9 931	9 900
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 380	11 102	10 315	10 103	10 014	11 492	12 192	11 880	11 811
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	9 171	10 786	10 010	9 846	9 799	11 194	11 786	11 513	11 498
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	208	316	304	257	216	297	406	367	313
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	5 860	6 412	6 186	6 256	6 299	6 445	6 605	6 663	6 672
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	4 924	5 360	5 167	5 193	5 244	5 414	5 577	5 619	5 649
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	936	1 052	1 018	1 063	1 055	1 031	1 027	1 044	1 024
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	32 319	36 839	34 365	34 759	35 158	38 092	38 299	38 536	38 802
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	24 803	28 446	26 403	26 756	27 090	29 631	29 775	30 016	30 239
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 516	8 393	7 962	8 003	8 068	8 461	8 523	8 520	8 563
* Einlagen von Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	42 302	45 323	43 494	43 240	43 537	46 092	45 939	46 545	46 962
* Sichteinlagen	Mill. DM	6 972	7 183	6 914	7 031	6 848	6 965	6 820	7 355	7 198
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 449	6 680	6 429	6 533	6 250	6 338	6 380	6 827	6 660
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	523	503	486	499	598	628	440	528	539
Termineinlagen	Mill. DM	9 752	11 866	10 797	10 563	11 067	13 919	13 967	14 157	14 660
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	8 539	10 705	9 224	9 237	9 507	12 260	12 384	12 741	13 146
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 213	1 160	1 574	1 326	1 559	1 660	1 584	1 416	1 514
* Spareinlagen	Mill. DM	25 578	26 275	25 782	25 646	25 622	25 207	25 151	25 033	25 104
bei Sparkassen	Mill. DM	14 813	15 201	14 949	14 875	14 852	14 619	14 577	14 476	14 506
* Gutschriften auf Sparkonten ⁴⁾	Mill. DM	1 174	1 202	943	1 214	1 069	980	1 043	1 282	1 070
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 035	1 147	1 057	1 350	1 093	1 093	1 100	1 421	1 003
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁵⁾	Anzahl	38	35	28	40	32	41	37	36	39
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	17 487	10 005	5 313	7 674	17 401	6 030	18 076	35 153	6 307
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	1	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	882	834	808	945	812	979	1 032	947	983
* Wechselsumme	1 000 DM	4 293	5 184	3 987	4 857	3 596	7 931	9 457	6 591	27 661
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	932 837	1 021 729	1 208 670	838 526	1 051 731	976 052	1 326 453	856 835	1 129 544
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	654 466	701 283	916 641	508 630	675 628	631 064	1 014 472	537 253	786 629
Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	395 172	416 416	311 982	380 870	536 601	581 201	378 901	441 993	689 951
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	63 884	67 459	-	-	180 274	255 827	-	-	267 783
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	157 763	161 587	407 112	41 621	26 984	7 438	427 722	- 18 022	12 751
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	11 674	13 410	7 887	73 592	16 652	10 216	7 512	93 991	12 313
* Körperschaftsteuer ⁶⁾	1 000 DM	89 857	109 870	189 660	12 547	95 391	32 209	200 337	19 291	71 614
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	22 887	25 899	-	-	81 296	23 033	-	-	65 032
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	278 372	320 446	292 029	329 896	376 103	344 988	311 981	319 582	342 915
Umsatzsteuer	1 000 DM	201 841	221 286	190 981	238 994	239 517	212 945	196 730	206 676	220 054
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	76 531	99 160	101 048	90 902	136 586	132 043	115 251	112 906	122 861
* Bundessteuern	1 000 DM	116 109	137 390	133 041	133 452	127 109	146 570	152 554	124 799	158 355
Zölle	1 000 DM	7 624	8 624	10 625	7 551	3 099	10 455	8 848	8 487	10 284
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	106 298	126 386	120 680	123 997	122 096	134 569	142 044	114 681	146 164
* Landessteuern	1 000 DM	64 528	72 986	79 239	74 911	99 909	85 078	57 455	68 203	98 666
Vermögensteuer	1 000 DM	15 163	15 501	14 571	4 720	34 083	37 710	4 065	2 364	38 883
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	32 048	40 047	48 413	51 299	50 496	30 386	36 643	46 696	42 444
Biersteuer	1 000 DM	6 348	6 242	7 295	6 893	6 152	6 464	5 554	8 415	6 775
* Gemeindesteuern ⁷⁾	1 000 DM	449 367	468 559	496 262	.	.	.	503 538	.	.
Grundsteuer A	1 000 DM	7 701	8 016	9 301	.	.	.	8 202	.	.
Grundsteuer B	1 000 DM	67 943	69 308	76 017	.	.	.	75 041	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	313 697	333 622	348 987	.	.	.	377 769	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	22 260	21 658	19 972	.	.	.	1 060	.	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	26 622	25 393	26 831	.	.	.	25 687	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979			1980				
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	610 293	683 252	737 113	636 495	680 382	652 041	809 294	618 585	728 655
* Anteil an den Steuern v.Einkommen	1 000 DM	287 871	309 411	406 882	223 540	295 288	270 655	446 146	235 005	337 722
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	187 906	216 307	197 124	222 686	253 876	232 873	210 594	215 723	231 474
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	18 407	20 143	66	56 817	4 109	1 943	-	43 058	1 103
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	489 800	536 057	591 617	499 324	539 732	506 252	651 792	484 102	581 864
* Anteil an den Steuern v.Einkommen	1 000 DM	286 796	308 085	405 799	222 719	293 140	269 497	445 427	234 047	335 002
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	120 068	134 843	106 513	144 877	142 574	149 734	148 910	138 794	147 093
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	18 407	20 143	66	56 817	4 109	1 943	-	43 058	1 103
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	571 486	593 880	583 334	.	.	.	671 759	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	203 584	216 181	227 135	.	.	.	289 429	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	232 232	242 761	208 924	.	.	.	256 563	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 =100	106,5	110,9	110,8	111,5	111,6	116,8	117,4	117,6	117,7
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 =100	106,4	108,2	108,3	108,6	108,3	113,0	113,5	113,5	113,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1976 =100	111,3	121,1	.	.	123,7	134,5
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	489	516	.	.	523	544
* Männliche Arbeiter	DM	523	554	.	.	561	581
* Facharbeiter	DM	553	586	.	.	594	615
Angelernte Arbeiter	DM	501	530	.	.	535	556
Hilfsarbeiter	DM	425	453	.	.	458	474
* Weibliche Arbeiter	DM	346	366	.	.	367	386
* Hilfsarbeiter	DM	334	354	.	.	353	374
Bruttostundenverdienste	DM	11,59	12,28	.	.	12,39	12,96
* Männliche Arbeiter	DM	12,23	12,99	.	.	13,09	13,67
* Facharbeiter	DM	12,92	13,70	.	.	13,82	14,38
Angelernte Arbeiter	DM	11,73	12,46	.	.	12,53	13,17
Hilfsarbeiter	DM	10,02	10,70	.	.	10,80	11,29
* Weibliche Arbeiter	DM	8,69	9,20	.	.	9,23	9,74
* Hilfsarbeiter	DM	8,34	8,88	.	.	8,89	9,47
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,1	41,9	.	.	42,2	42,0
Männliche Arbeiter	Std.	42,6	42,5	.	.	42,8	42,5
Weibliche Arbeiter	Std.	39,8	39,7	.	.	39,7	39,6
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 475	2 615	.	.	2 631	2 791
Kaufmännische Angestellte	DM	2 210	2 345	.	.	2 356	2 499
männlich	DM	2 704	2 861	.	.	2 868	3 060
weiblich	DM	1 745	1 856	.	.	1 871	1 964
Technische Angestellte	DM	3 098	3 259	.	.	3 287	3 463
männlich	DM	3 173	3 337	.	.	3 366	3 549
weiblich	DM	2 132	2 246	.	.	2 257	2 331
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 871	3 028	.	.	3 045	3 228
Kaufmännische Angestellte	DM	2 584	2 735	.	.	2 744	2 921
männlich	DM	3 037	3 221	.	.	3 233	3 457
weiblich	DM	2 047	2 165	.	.	2 174	2 279
Technische Angestellte	DM	3 153	3 313	.	.	3 341	3 521
männlich	DM	3 218	3 381	.	.	3 410	3 596
weiblich	DM	2 243	2 351	.	.	2 362	2 447
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 988	2 114	.	.	2 127	2 246
Kaufmännische Angestellte	DM	1 974	2 099	.	.	2 112	2 231
männlich	DM	2 449	2 593	.	.	2 596	2 755
weiblich	DM	1 586	1 693	.	.	1 709	1 797

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 327	61 359 ^P	61 323	61 337	61 354
Eheschließungen 1)	Anzahl	27 351	28 753 ^P	40 428 ^P	37 423 ^P	32 459 ^P	26 141 ^P	47 683 ^P	34 205 ^P	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	48 039	48 499 ^P	50 875 ^P	47 588 ^P	51 272 ^P	51 450 ^P	52 706 ^P	52 170 ^P	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	60 268	59 311 ^P	60 483 ^P	55 036 ^P	56 929 ^P	58 895 ^P	58 983 ^P	57 676 ^P	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	— 12 229	— 10 812 ^P	— 9 608 ^P	— 7 448 ^P	— 5 657 ^P	— 7 445 ^P	— 6 277 ^P	— 5 506 ^P	...
Arbeitslose	1 000	993	876	775	763	804	825	767	781	853
Männer	1 000	489	417	344	334	350	389	353	356	386
Offene Stellen	1 000	246	304	331	355	346	346	344	353	335
Männer	1 000	154	198	214	230	226	222	220	223	214
Kurzarbeiter	1 000	191	88	92	65	33	92	92	86	85
Männer	1 000	149	59	56	38	18	64	63	62	63
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 641	22 374	.	.	.	23 633	.	.	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	349	364	380	348	362	354	370	359	...
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	117	123	127	133	113	132	131	130	109 ^P
ohne Baugewerbe	1970 = 100	119	125	127	133	113	134	131	131	109 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	116	121	125	131	110	131	129	129	107 ^P
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	117	125	131	135	122	132	130	130	114 ^P
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	116	121	124	133	105	133	131	133	107 ^P
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	115	120	121	129	104	128	126	124	97 ^P
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	122	126	128	134	119	133	137	135	119 ^P
Baugewerbe	1970 = 100	103	109	123	134	116	120	127	125	105 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 584	7 608	7 556	7 568	7 601	7 649	7 643	7 649	7 678
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	772	771	798	753	738	788	747	732	748
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	83 379	92 121	93 585	94 076	90 063	101 000	98 225	98 800	97 147
Auslandsumsatz	Mill. DM	20 018	22 131	22 561	22 461	21 692	24 256	24 960	24 190	22 901
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	29 451	31 062	27 459	26 236	27 078	30 516	28 470
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 590	3 780	3 656	3 405	3 361	3 748	3 471
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe	1 000	1 190	1 240	1 249	1 260	1 262	1 252 ^P	1 254 ^P	1 261 ^P	...
Beschäftigte	1 000	141	144	176	163	159	161 ^P	154 ^P	154 ^P	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	6 499	7 673	6 799	12 083	8 924	7 939 ^P	8 262 ^P	9 093 ^P	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 499	7 673	6 799	12 083	8 924	7 939 ^P	8 262 ^P	9 093 ^P	...
Baugenehmigungen 7)										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 114	14 427	17 571	16 942	17 119	13 574	.	.	.
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 149	13 525	16 625	15 924	16 211	12 608	.	.	.
Wohnfläche	1 000 qm	2 796	2 443	2 895	2 885	2 827	2 380	.	.	.
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 057	2 308	2 662	2 565	2 680	2 075	.	.	.
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	29 232	25 402	29 601	29 620	28 595	25 174	.	.	.
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	23 714	26 218	26 996	25 789	26 510	30 137	28 903	28 488	29 284
EG-Länder	Mill. DM	10 864	12 647	13 410	12 252	12 368	15 032	13 915	14 050	13 624
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 961	2 230	2 356	2 164	1 805	2 593	2 203	2 286	1 931
Dänemark	Mill. DM	527	570	595	559	528	572	563	531	503
Frankreich	Mill. DM	2 907	3 333	3 420	3 192	3 456	4 229	3 828	3 900	3 900
Großbritannien	Mill. DM	1 403	1 753	2 034	1 793	1 792	1 991	1 942	2 067	1 906
Irland	Mill. DM	84	109	114	107	107	125	111	109	103
Italien	Mill. DM	1 619	2 045	2 168	2 010	2 141	2 565	2 524	2 529	2 719
Niederlande	Mill. DM	2 363	2 608	2 724	2 428	2 539	2 957	2 745	2 627	2 562
Österreich	Mill. DM	1 218	1 372	1 354	1 287	1 408	1 607	1 545	1 539	1 701
Schweiz	Mill. DM	1 201	1 367	1 411	1 298	1 353	1 667	1 496	1 665	1 655
USA und Kanada	Mill. DM	1 857	1 935	1 903	2 052	2 148	2 255	2 101	1 850	2 071
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 956	3 757	3 550	3 705	4 036	4 198	4 336	3 679	4 567
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 470	1 570	1 698	1 492	1 764	1 460	1 554	1 573	1 626

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 7) Monatsangaben ohne Bayern.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	20 320	24 347	24 992	24 034	25 900	29 042	28 606	28 209	29 177
EG - Länder	Mill. DM	9 981	11 778	12 520	11 763	12 580	14 003	13 293	13 246	13 546
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 711	1 951	2 073	2 063	1 893	2 409	2 108	2 197	1 984
Dänemark	Mill. DM	334	386	379	339	369	455	450	430	406
Frankreich	Mill. DM	2 357	2 766	3 061	2 663	2 984	3 219	3 078	3 190	3 066
Großbritannien	Mill. DM	1 005	1 435	1 444	1 447	1 637	1 944	1 908	1 742	2 072
Irland	Mill. DM	80	98	107	112	133	121	143	115	155
Italien	Mill. DM	1 931	2 150	2 186	2 206	2 586	2 424	2 270	2 422	2 707
Niederlande	Mill. DM	2 562	2 990	3 270	2 933	2 979	3 432	3 336	3 149	3 155
Österreich	Mill. DM	593	701	711	661	755	828	778	801	859
Schweiz	Mill. DM	790	886	958	942	971	1 000	935	994	1 025
USA und Kanada	Mill. DM	1 617	1 948	2 015	1 797	1 844	2 527	2 535	2 517	2 576
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 641	4 531	4 430	4 429	4 937	5 587	5 951	5 480	5 856
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 044	1 337	1 190	1 388	1 569	1 403	1 424	1 490	1 518
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	180,7	191,6	192,5	189,6	179,1	199,5	198,0	185,5 ^P	195,2 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	151,5	160,4	175,9	172,0	181,2	169,2 ^P	169,2 ^P
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 212	1 351	1 252	1 272	1 278	1 373	1 383	1 396	1 401 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	929	1 041	961	979	981	1 058	1 065	1 079	1 080 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	283	311	291	293	297	315	318	318	320 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	902	959	905	913	912	935	942	946	942 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	466	478	472	471	468	463	461	461	458 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	19 555	21 262	14 267	27 714	19 733	17 224	16 515	29 713	20 696
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	12 719	13 445	7 124	21 074	10 630	8 773	8 511	22 298	11 858
Lohnsteuer	Mill. DM	7 668	8 089	6 498	8 038	8 693	7 536	7 767	9 498	10 317
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 119	3 129	332	7 850	806	449	133	7 801	433
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	6 106	7 017	6 560	6 629	7 353	7 264	7 563	7 408	7 575
Umsatzsteuer	Mill. DM	3 886	4 250	3 985	3 901	4 613	3 658	4 113	4 020	4 128
Bundessteuern	Mill. DM	3 578	3 723	3 754	3 346	3 990	3 593	3 810	3 784	3 789
Zölle	Mill. DM	306	343	330	358	342	378	373	371	401
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 084	3 185	3 241	2 819	3 479	3 010	3 246	3 239	3 202
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1970 = 100	151,6	157,6	157,5	158,4	158,8	164,7	166,3	166,2	166,6 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1970 = 100	137,0	139,7	137,8	138,2	138,6	141,5	141,1	140,1	139,6 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1976 = 100	103,9	108,9	108,2	108,7	109,5	116,6	117,1	117,2	117,6
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1976 = 100	111,2	120,8	120,1	.	.	.	134,1	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1976 = 100	111,3	121,1	120,4	.	.	.	134,5	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1976 = 100	109,4	120,8	119,6	.	.	.	137,0	.	.
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	106,5	110,9	110,2	110,8	111,5	116,3	116,8	117,4	117,6
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	106,4	108,2	108,6	108,3	108,6	112,6	113,0	113,5	113,5
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	109,4	114,2	113,4	113,6	114,0	119,9	120,3	120,5	120,7
Wohnungsmiete	1976 = 100	106,4	109,8	109,0	109,3	109,8	114,6	115,0	115,3	115,7
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	103,3	124,8	121,6	128,2	131,7	135,9	139,8	138,0	137,5
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	106,8	110,2	109,6	109,8	110,2	115,8	116,2	116,6	116,6
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	105,1	110,0	108,8	109,7	111,0	117,2	117,6	117,9	118,1
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	108,0	112,6	111,9	112,2	112,8	118,1	118,4	118,9	119,3
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	103,4	106,1	105,7	105,7	105,9	108,4	108,6	108,9	109,0
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	109,4	114,5	112,7	114,8	115,1	120,3	120,3	124,8	125,3

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen

19 700 DM je Hektar landwirtschaftlicher Fläche

Im Jahre 1979 wurden in Rheinland-Pfalz 6 564 Kaufverträge über insgesamt 3 241 ha landwirtschaftlicher Fläche (ohne Gebäude und ohne Inventar) mit einem Kaufwert von 64 Mill. DM abgeschlossen. Die durchschnittliche Flächengröße betrug je Kaufvertrag 0,49 ha. Der Hektarpreis erhöhte sich von 17 300 im Jahre 1977 um 14% auf 19 700 DM im Jahre 1979. Dies entspricht einem Quadratmeterpreis von 2 DM. Für einen Quadratmeter baureifes Land wurden im Jahre 1979 fast 53 DM bezahlt. Das ist etwa 27mal soviel wie für landwirtschaftliche Flächen. Ebenso wie für baureifes Land werden für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke seit Jahren zunehmend höhere Preise gezahlt. Die Kaufwerte liegen im Durchschnitt um so höher, je kleiner die Fläche je Veräußerungsfall ist. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 246

Bescheidene Kartoffelernte

Die Auswirkungen des Dauerregens und der anhaltenden Kühle im Frühsommer werden nun auch bei der Kartoffelernte sichtbar. Die Ertragseinbußen sind größer als zunächst angenommen wurde: Wie im gesamten südlichen Teil des Bundesgebietes blieben auch in Rheinland-Pfalz die Hektarerträge um rund ein Viertel hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Am meisten haben die mittelfrühen und späten Kartoffeln auf schwereren undurchlässigen Böden gelitten. So fielen die Hektarerträge dieser Sorten mit durchschnittlich 203 dt/ha erstmals niedriger aus als die der Frühkartoffeln (221 dt), die sich auf etwa Vorjahreshöhe hielten.

Da die Anbauflächen wiederum kleiner waren (— 1,4%), dürfte sich die gesamte Kartoffelernte auf 330 000 t, davon 243 000 t mittelfrühe und späte Sorten, belaufen. Das sind etwa 110 000 t oder 25% weniger als 1979. po

Niedrigste Weinmosternte seit 1966

Nach einer ersten Schätzung der Weinbau-Berichterstatte ist in Rheinland-Pfalz in diesem Herbst mit einer Weinmosternte von knapp 3,5 Mill. hl zu rechnen. Damit wird voraussichtlich die seit 1966 niedrigste Weinmosternte eingebracht. Dieses nach anfänglich gutem Wachstumsverlauf enttäuschende Ergebnis ist die Folge des Dauerregens zur Zeit der Rebenblüte und der dadurch verursachten starken Verrieselungen. Die pessimistischen Ertragserwartungen haben sich damit weitgehend bestätigt.

Die zu erwartende Qualität wird von den Weinbau-Berichterstatte rn derzeit mit durchschnittlich bewertet. Es kommt hier aber noch sehr auf die Witterung bis zur Lese an. Im Hinblick auf den stark verzögerten Reifebeginn ist der Weinbau in besonderem Maße auf eine günstige Herbstwitterung angewiesen. po

kurz + aktuell

Erneut mehr Wintergerste ausgesät

Die rheinland-pfälzischen Landwirte haben in diesem Herbst etwa 10% mehr Wintergerste ausgesät als im Vorjahr. Damit setzte sich die starke Ausdehnung des Wintergerstenanbaues fort. In den letzten zehn Jahren hat sich die Fläche auf rund 54 000 ha verdreifacht.

Winterweizen wird voraussichtlich auf einer gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig größeren Fläche ausgesät. Beim Roggen ist mit einer neuerlichen Einschränkung zu rechnen. po

Gemüseanbau leicht eingeschränkt

Der Freilandanbau von Gemüse in Rheinland-Pfalz erstreckte sich 1980 auf rund 4 800 ha. Der Anbau wurde damit gegenüber dem Vorjahr um 40 ha eingeschränkt. Von den erfaßten Arten nahm der Kopfsalat mit 818 ha die größte Fläche in Anspruch, gefolgt von Blumenkohl mit 666 ha, Spinat (558 ha), Spargel (513 ha), Möhren und Karotten (388 ha), Zwiebeln (366 ha) und grüne Pflückbohnen (246 ha).

In größerem Umfang wurden Kopfsalat (+ 51 ha), Porree (+ 21 ha), Zwiebeln (+ 13 ha), Wirsing und Grünkohl angebaut. Einschränkungen gab es dagegen bei Weißkohl (— 28 ha), Grünen Pflückbohnen (— 27 ha), Spinat (— 26 ha), Tomaten (— 18 ha), Kohlrabi, Einlegegurken, Spargel und Rotkohl.

In Unterglasanlagen wurden 36 ha Gemüse angebaut. Der Anbau unter Hochglas nahm um 5,8% zu, während derjenige unter Niederglas um 14,5% reduziert wurde.

Die Erdbeerfläche umfaßte 129 ha, von der in diesem Jahr 55 ha zur Rodung anstanden. Da an Neuanpflanzungen nur 52 ha vorgesehen sind, wird 1981 eine kleinere Erntefläche vorhanden sein. rö

5% mehr Schweine

Anfang August standen etwa 760 000 Schweine in rheinland-pfälzischen Ställen. Das sind 5% mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zunahme resultiert in erster Linie aus dem um 14,4% auf 206 300 Tiere vergrößerten Bestand an Jungschweinen. Die Zahl der Ferkel war mit annähernd 223 000 Stück nur wenig größer als vor Jahresfrist.

Mit 242 000 Tieren waren auch Mastschweine in größerer Zahl vorhanden (+ 2,9%). Die Zusammensetzung hat sich dabei zugunsten der Gewichtsklasse von 50 bis 80 kg Lebendgewicht verschoben (+ 7,1%).

Der für die Nachwuchsproduktion maßgebende Zuchtsauenbestand wurde um 2,6% erweitert. Insgesamt gab es danach rund 84 400 Sauen. Von diesen waren rund 53 500 trächtig, was einer Zunahme um 3,5% entspricht.

Die Zahl der Schweinehalter betrug 32 100. Sie war um 3,9% kleiner als im Vorjahr. Der Rückgang hat sich somit fortgesetzt. po

Recycling von fast 1 Mill. t Abfällen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft

Das Recycling gewinnt bei der langfristigen Sicherung der Rohstoffversorgung zunehmend an Bedeutung. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft, bei der jährlich 10,5 Mill. t Abfälle anfallen, gibt davon 1 Mill. t Abfälle an weiterverarbeitende Betriebe oder den Altstoffhandel ab. Außerdem werden 6,1 Mill. t Abfälle zu außerbetrieblichen Anlagen gefahren, wobei es sich zu 80% um Abfälle des Baugewerbes handelt, die in hohem Maße zu einer Verfüllung von Bodensenken und dergleichen verwendet werden können.

Die Wirtschaft betreibt 509 eigene Abfallbehandlungsanlagen sowie 141 eigene Deponien (Stand 1977). Sie behandelt dort 534 000 bzw. lagert 2,6 Mill. t Abfälle. Auch bei der Deponierung handelt es sich überwiegend um Bauschutt und ähnliche Abfälle des Baugewerbes. Lediglich 230 000 t, das sind 2% der Abfälle insgesamt, werden durch die öffentliche Müllabfuhr abgeholt.

Die chemische Industrie lagert 95% ihrer Abfälle auf eigenen Deponien ab oder behandelt sie in eigenen Anlagen. Ein derart hoher Grad der eigenen Abfallentsorgung ist in keinem anderen Wirtschaftszweig zu registrieren. sr

„Endstation Shredder“ gilt jährlich für 35 000 Autos

35 000 Autowracks gelangten 1977 in öffentliche Abfallbeseitigungsanlagen. Hier stehen Shredderanlagen bereit, um aus Autowracks wertvollen Stahlschrott wiederzugewinnen. Auch 222 000 Altreifen wurden in derartigen Anlagen angeliefert.

In den 70 öffentlichen Abfallbehandlungs- und -beseitigungsanlagen von Rheinland-Pfalz finden auch viele andere Abfälle geordnete Deponierung oder Recycling. Von den 4,4 Mill. t Abfall pro Jahr, bei denen Autowracks und Altreifen nicht mitgerechnet sind, besteht die Hälfte aus Hausmüll, hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen und Sperrmüll. Bodenaushub, Bauschutt und Straßenaufbruch machen 1,6 Mill. t aus. Sonstige produktionsspezifische Abfälle aus Industrie und Gewerbe, Schlämme der verschiedensten Art, Abscheidegut, Schlacken, Krankenhaus- und andere Abfälle werden, soweit erforderlich, zur zentralen Sondermülldeponie gebracht. sr

141 Mill. DM für Umweltschutzinvestitionen

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft investiert seit Jahren hohe Beträge in Anlagen, die ganz oder teilweise dem Umweltschutz dienen. Im Jahre 1978 wendeten allein die Unternehmen des produzierenden Gewerbes 141,4 Mill. DM auf. Das sind pro Unternehmen durchschnittlich 39 000 DM.

In Anlagen zur Reinhaltung der Luft investierten diese Unternehmen 54,8 Mill. DM. Auch für den Ge-

wässerschutz (40,5 Mill. DM), die Abfallbeseitigung (25,2 Mill. DM) sowie die Lärmbekämpfung (21 Mill. DM) wurden hohe Beträge ausgegeben. Hauptsächlich handelte es sich bei diesen Investitionen um Maschinen und maschinelle Anlagen (73,5 Mill. DM). Gleichzeitig wurden andere umweltschützende Sachanlagen (54,7 Mill. DM) und Grundstücke für diesen Bedarf (8,3 Mill. DM) angeschafft.

Die chemische Industrie trug mit 90 Mill. DM die Hauptlast. Aber auch andere Wirtschaftszweige, wie das Ernährungsgewerbe sowie die Glasindustrie, leisteten hohe Aufwendungen. Bei den Unternehmen der Holzbearbeitung und den Gießereien erreichte der Anteil der Investitionen für den Umweltschutz 27 bzw. 15% der Gesamtinvestitionen. sr

Der Fremdenverkehr rund um den Nürburgring im Jahre 1979

Der Nürburgring, im Südwesten des Landkreises Ahrweiler gelegen, zieht schon jahrzehntelang hunderttausende von Autosportfans zu den größten rennsportlichen Veranstaltungen Westdeutschlands an. Aber auch die natürliche Beschaffenheit dieser reizvollen Eifelandschaft bietet Erholungssuchenden abwechslungsreiche Touristismöglichkeiten.

Zur Fremdenverkehrsstatistik melden fünf Gemeinden rund um den Nürburgring, und zwar Adenau, Müllenbach, Nürburg, Kelberg und Virneburg. Die Hälfte der hier im Jahre 1979 ansässigen 38 Beherbergungsbetriebe sind Hotels. Hinzu kommen 10 Pensionen, 7 Gaststätten und 2 Ferienhäuser. Diese Beherbergungsbetriebe bieten ihren Gästen 422 Fremdenzimmer mit 807 Betten an. Zwei Drittel der Zimmer liegen in Hotels. Zusätzlich werden 467 Betten in Privatquartieren angeboten.

Diese fünf Gemeinden nahmen 1979 nahezu 30 000 Gäste auf, von denen jeder vierte ein Ausländer war. Von 105 000 Übernachtungen entfiel ein Drittel auf diese Auslandsgäste. Ein Vergleich zu 1975 ergibt für Gäste- und Übernachtungszahlen - bei einer Kapazitätsausweitung von 35% - Steigerungen von 47 bzw. 45% (Ausländer + 53 bzw. + 84%).

Im Durchschnitt blieben die Gäste 3,5 Tage, Ausländer 4,5 Tage. Die jährliche Bettenausnutzung hat sich gegenüber 1975 zwar um 3% erhöht, liegt mit 23% aber noch deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 30%.

Auf Adenau entfällt mit 41% der größte Anteil der Gäste vor Nürburg (28%) und Kelberg (20%). Dagegen hält Nürburg mit 38% den höchsten Anteil der Übernachtungen vor Kelberg (27%) und Adenau (26%). In Nürburg und Kelberg blieben die Gäste im Durchschnitt 5 Tage, in Virneburg 4, in Müllenbach 3 und in Adenau 2 Tage. Die Bettenausnutzung bewegte sich zwischen 35% in Kelberg und 12% in Müllenbach. san

Rheinland-Pfalz liefert Fotoartikel in mehr als 50 Länder der Erde

Im Jahre 1979 führte die rheinland-pfälzische Wirtschaft für 51 Mill. DM Fotoartikel in mehr als 50 Länder der Erde aus. 55% davon waren Objektive für Fotoapparate und Filmkameras. Foto-Thermokopiergeräte waren mit 40%, sonstige Teile und Zubehör mit 5% beteiligt. Drei Viertel dieser Erzeugnisse gelangten in europäische Länder. Sieben Zehntel des europäischen Marktes nahmen die EG auf, die Lieferungen in die USA machten die Hälfte des außereuropäischen Marktes aus. san

Industriearbeiter verdienen 13,26 DM je Stunde

Im Juli 1980 verdienen die rheinland-pfälzischen Industriearbeiter (einschließlich Hoch- und Tiefbau) in der Stunde mit brutto 13,26 DM um 7% und in der Woche mit 554 DM um 5,9% mehr als im Juli 1979. Die Stundenlöhne der männlichen Industriearbeiter erhöhten sich um 6,8% auf 13,98 DM, die der Frauen um 7,7% auf 9,94 DM. Die bezahlte Wochenarbeitszeit aller Industriearbeiter betrug 41,8 Stunden. ze

Jeder zweite Fahrgast der öffentlichen Straßenverkehrsmittel ist Schüler

Im Jahre 1979 wurden in Rheinland-Pfalz 156 Mill. Schüler mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln befördert. Das sind 71% mehr als 1970. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl aller beförderten Personen um 15% angestiegen. Ohne die Schüler errechnet sich eine Abnahme von knapp 10%. Im Jahre 1979 waren die Schüler zu 46% an der Gesamtzahl der Fahrgäste beteiligt; 1970 hatte diese Quote erst 31% betragen.

Knapp zwei Drittel aller Fahrschüler benutzten den allgemeinen Linienverkehr, ein weiteres Drittel den freigestellten Schülerverkehr, während spezielle Schülerfahrten zwischen Wohnung und Schule bzw. Kindergarten rund 4% ausmachten. Die meisten Schüler (45%) fuhren mit Omnibussen von Bundesbahn und Bundespost zur Schule.

Im Jahre 1979 vereinnahmten die Verkehrsunternehmen aus den Schülertransporten ohne den freigestellten Schülerverkehr 62 Mill. DM, was einem Fünftel der Gesamteinnahmen entspricht. Gegenüber 1974 stiegen die Erlöse aus dem Schülerverkehr um 43% (Gesamteinnahmen + 28%). pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 234

Weniger Unfälle und Verunglückte auf Bundesautobahnen

Im ersten Halbjahr 1980 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen mehr (+ 6,4%), auf den Bundesautobahnen weniger (— 8,6%) Unfälle mit Personenschaden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Diese Entwicklung zeigte sich auch bei den Verun-

glückten (+ 5,5%; — 8,6%) und den Unfällen mit schwerem Sachschaden (+ 2,1%; — 21,6%).

Die meisten Unfälle mit Personenschaden ereigneten sich innerhalb von Ortschaften (+ 8,6%). Es kamen 6% mehr Verkehrsteilnehmer zu Schaden, 15% mehr wurden getötet.

Außerhalb von Ortschaften wurden bei den Unfällen mit Personenschaden (+ 4,4%) 7% mehr Personen verletzt bzw. sogar getötet. Infolge der höheren Geschwindigkeit auf den Außerortsstraßen war der Anteil der Getöteten mit 61% und der der Schwerverletzten mit 46% besonders hoch. gz

122 motorisierte Zweiradfahrer tödlich verunglückt

In den ersten acht Monaten des Jahres 1980 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen 507 Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang für 561 Personen. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres hat die Zahl der Unfälle mit Todesfolge um 33, die der Verkehrstoten um 37 zugenommen.

Unter den Verkehrstoten befinden sich 267 Insassen von Personenkraftwagen (— 8), 122 motorisierte Zweiradfahrer (+ 24), 13 Insassen von Omnibussen (+ 13) und 13 Fahrer von Lastkraftwagen (+ 1). Außerdem starben 115 Fußgänger (+ 24) und 26 Radfahrer (— 17). Tödlich verletzt wurden 40 Kinder unter 15 Jahren (— 3), davon 22 als Fußgänger, acht Radfahrer und zehn Mitfahrer in Fahrzeugen. gz

Weniger Schulkinder im Straßenverkehr verunglückt

In den ersten acht Monaten dieses Jahres ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen 15 477 Verkehrsunfälle mit Personenschaden. Das sind 5% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dabei wurden 564 Menschen getötet und 20 953 verletzt. Außerdem gab es 55 617 (— 3,2%) Sachschadensunfälle. Hauptursachen waren nichtangepaßte Geschwindigkeit, Nichtbeachten der Vorfahrtsregeln, Fahren unter Alkoholeinfluß sowie Abbiege- und Überholfehler.

Von den 21 517 Personen, die von Januar bis August 1980 verunglückten, ist die Hälfte älter als 22 Jahre. Auf die Altersgruppe 18 bis 21 Jahre entfielen 4 996 oder 23%, auf die 15- bis 17jährigen 3 311 oder 15%. Hier ist der Anteil der motorisierten Zweiradbenutzer erfahrungsgemäß besonders hoch. Von den 2 376 Kindern unter 15 Jahren verunglückten 37% als Fußgänger, 29% als Radfahrer und 34% als Mitfahrer in Fahrzeugen. Unter allen Altersgruppen war lediglich bei den Sechs- bis 14jährigen ein Rückgang sowohl in der Zahl der Getöteten (— 21%) als auch der Verletzten (— 3,7%) festzustellen. Zu dieser positiven Entwicklung dürfte die Verkehrserziehung in den Schulen maßgeblich beigetragen haben. gz

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.